

Stenographisches Protokoll

97. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 19. Dezember 1973

Tagesordnung

1. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974

Beratungsgruppe XI: Finanzen

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Dienstpostenplan

2. Wahl eines Mitgliedes in die Beratende Versammlung des Europarates

Inhalt

Nationalrat

Schlußansprache des Präsidenten Benya (S. 9565)

Wahlen in Institutionen

Wahl eines Mitgliedes in die Beratende Versammlung des Europarates (S. 9565)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 d. B.)

Beratungsgruppe XI: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 73: Salz (Monopol), Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt

Generalberichterstatter: Josef Schlager (S. 9499)

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Dienstpostenplan

Generalberichterstatter: Josef Schlager (S. 9499 und S. 9562)

Redner: Sandmeier (S. 9500), Peter (S. 9505), Dr. Tull (S. 9511), Dipl.-Ing. Doktor Zittmayr (S. 9518), Wielandner (S. 9526), Dr. Broesigke (S. 9530), Bundesminister Dr. Androsch (S. 9535 und S. 9549), Dr. Koren (S. 9542), DDr. Neuner (S. 9547), Kurt Maier (S. 9550), Huber (S. 9553), Stohs (S. 9555), Robert Weisz (S. 9557) und Glaser (S. 9559)

Entschließungsanträge Wielandner betreffend Information über wirtschaftspolitische Entwicklungen (S. 9528) und betreffend Prüfung der Einführung der Sommerzeit (S. 9530) — Annahme E 40 und E 41 (S. 9564)

Entschließungsanträge Dipl.-Ing. Doktor Zittmayr betreffend pauschaler Vorsteuerabzug bei der Mehrwertsteuer (S. 9523) und Dr. Broesigke betreffend Novelle zum Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz (S. 9533)

Annahme der Beratungsgruppe XI (S. 9563)

Annahme des Bundesfinanzgesetzes (S. 9563)

Ablehnung der Entschließungsanträge Kern (S. 8490), Dr. Schwimmer (S. 9010), Anton Schlager (S. 9017 und S. 9019), Dipl.-Ing. Tschida (S. 9099 und S. 9481), Hagspiel (S. 9136), Neumann (S. 9473), Ofenböck (S. 8973), Kinzl (S. 8919), Regensburger (S. 8811), Dr. Marga Hubinek (S. 9330), Dr. Wiesinger (S. 9342), Dr. Scrinzi (S. 9351), Doktor Pelikan (S. 9353), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 9523) und Dr. Broesigke (S. 9533) — (S. 9563 und S. 9564)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

911: Protokoll über den Beitritt Ungarns zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (S. 9498)

Anfragen der Abgeordneten

Regensburger, Westreicher und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Abschaffung des Schnellzugzuschlages für Sonderschnellzüge in Wintersportgebiete (1552/J)

Deutschmann, Steiner, Brunner, Koller und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Schwierigkeiten beim Export von Agrarprodukten in die EG (1553/J)

Regensburger, Koller und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Sorge der Feuerwehr um Treibstoff (1554/J)

Steiner, Glaser, Helga Wieser, Doktor Frauscher und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Neubau des Postamtes in Wagrain (1555/J)

Ing. Rudolf Heinz Fischer, Westreicher, Dr. Frauscher und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend steuerliche Maßnahmen zur Beseitigung der Stagnation im Fremdenverkehr und der großen Belastung der Fremdenverkehrswirtschaft durch die Mehrwertsteuer (1556/J)

Ing. Rudolf Heinz Fischer, Westreicher, Dr. Frauscher und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Fremdenverkehrswirtschaft (1557/J)

DDr. König, DDr. Neuner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Verteuerung der Stromerzeugung (1558/J)

DDr. König, Linsbauer und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Defizit der Bundesapotheken (1559/J)

Kern und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Mittel für Öffentlichkeitsarbeit (1560/J)

Melter und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Straßenplanungen im Raum Bregenz (1561/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Fiedler und Genossen (1453/A. B. zu 1485/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Kinzl und Genossen (1454/A. B. zu 1486/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Peter und Genossen (1455/A. B. zu 1481/J)

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen (1456/A. B. zu 1483/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (1457/A. B. zu 1465/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stix und Genossen (1458/A. B. zu 1469/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Meißl und Genossen (1459/A. B. zu 1490/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Doktor Reinhart und Genossen (1460/A. B. zu 1497/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 95. Sitzung vom 17. Dezember 1973 ist in der Kanzlei auflegen und unbeanstandet geblieben.

Einlauf

Präsident: Die eingelangten Anfragebeantwortungen wurden den Fragestellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage: Protokoll über den Beitritt der Ungarischen Volksrepublik zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (911 der Beilagen), eingelangt ist. Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Abs. 4 der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XI

Kapitel 50: Finanzverwaltung

Kapitel 51: Kassenverwaltung

Kapitel 52: Öffentliche Abgaben

Kapitel 53: Finanzausgleich

Kapitel 54: Bundesvermögen

Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Kapitel 56: Familienlastenausgleich

Kapitel 57: Staatsvertrag

Kapitel 59: Finanzschuld

Kapitel 73: Salz (Monopol)

Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol)

Kapitel 75: Branntwein (Monopol)

Kapitel 76: Hauptmünzamt

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Dienstpostenplan

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XI und über das Bundesfinanzgesetz selbst samt Anlagen, soweit diese noch nicht Gegenstand der Spezialdebatte waren.

Präsident

Spezialberichterstatte zu dieser Beratungsgruppe wäre der Herr Abgeordnete Mondl.

Da er aber sehr heiser ist, wird der Generalberichterstatte, Abgeordneter Josef Schlager, diesen Bericht bringen. Ich bitte um den Bericht.

Generalberichterstatte Josef **Schlager**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XI, und zwar Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 73: Salz (Monopol), Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe XI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 am 22. November 1973 der Vorberatung unterzogen.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Budgetvoranschlag sieht im Rahmen der Kapitel der Gruppe Finanzen im Grundbudget an Ausgaben rund 50 Milliarden Schilling oder über 31 Prozent der Gesamtausgaben und an Einnahmen rund 115 Milliarden Schilling oder über 77 Prozent der gesamten erwarteten Einnahmen des Bundes im Voranschlag 1974 vor.

1. Kapitel 50 „Finanzverwaltung“

Beim Kapitel 50, welches das Bundesministerium für Finanzen, die Finanzlandesdirektionen, die Finanz- und Zollämter, die Finanzprokuratur, das Zentralbesoldungsamt sowie sonstige zugehörige Ämter umfaßt, sind für 1974 Einnahmen von rund 1150 Millionen Schilling gegen 956 Millionen Schilling im Voranschlag für dieses Jahr und Ausgaben von 4495 Millionen Schilling gegenüber 3824 Millionen Schilling im Budget 1973 vorgesehen.

2. Kapitel 51 „Kassenverwaltung“

Dieses Kapitel weist Ausgaben von 2788 Millionen Schilling und Einnahmen von 2188 Millionen Schilling auf.

Dieser Spezialbericht ist jedem Abgeordneten des Hauses schriftlich zugegangen. Ich verweise auf die Ausführungen zu den weiteren Kapiteln.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Koren, Dr. Broesigke, Wielandner, Sandmeier, Doktor Zittmayr, Robert Weisz, Kern, DDr. Neuner,

Suppan, Dr. Pelikan und Stohs. Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der gegenständlichen Beratungsgruppe zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages unter Berücksichtigung von Abänderungsanträgen der Abgeordneten Wielandner und Dr. Scrinzi vom Ausschuß angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 50: Finanzverwaltung,
dem Kapitel 51: Kassenverwaltung,
dem Kapitel 52: Öffentliche Abgaben,
dem Kapitel 53: Finanzausgleich,
dem Kapitel 54: Bundesvermögen,
dem Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung),
dem Kapitel 56: Familienlastenausgleich,
dem Kapitel 57: Staatsvertrag,
dem Kapitel 59: Finanzschuld,
dem Kapitel 73: Salz (Monopol),
dem Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol),
dem Kapitel 75: Branntwein (Monopol) und
dem Kapitel 76: Hauptmünzamt

samt dem zu den Kapiteln 50 und 54 gehörenden Konjunkturausgleich-Voranschlag des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 (880 der Beilagen) mit den dem Spezialbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Im Sinne des Generalberichtes in 974 der Beilagen stelle ich namens des Finanz- und Budgetausschusses ferner den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1974 mit den dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen sowie dessen

Anlagen Ia bis Id — Gesamtübersichten unter Berücksichtigung der sich aus den Spezialberichten ergebenden Abänderungen,

Anlage II a — summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages,

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes,

Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und

Josef Schlager

Anlage III — Dienstpostenplan mit den dem Ausschlußbericht angeschlossenen Abänderungen

wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sandmeier. Bitte.

Abgeordneter **Sandmeier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Das letzte Kapitel bei der Budgetdebatte ist jeweils das Kapitel Finanzen. Wenn es auch das letzte Kapitel ist, ist es beileibe nicht das unwichtigste, denn in diesem Kapitel sind alle Steuern und Abgaben aufgeführt, die zum Großteil die anderen Ressorts speisen. Zum anderen ist es nicht das unwichtigste Kapitel, weil durch die Höhe der abverlangten Steuern unmittelbar in den engeren Lebensbereich der Menschen eingegriffen wird.

Viele Menschen in Österreich haben vor der Wahl 1970 den gegebenen Versprechungen der Sozialisten geglaubt. Sie glaubten einem Bundeskanzler, der einen Tag vor der Wahl im Fernsehen noch verkündet hatte: Die Sozialisten werden nur in eine Regierung eintreten, die eine Steuerpolitik betreibt, die nicht konfiskatorisch ist.

Meine Damen und Herren! Heute sehen wir das Versprechen nicht gehalten. Die Menschen in diesem Lande glaubten damals dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, der versprach, die Preise wieder in den Griff zu bekommen. Und damals gab es eine Preissteigerung von durchschnittlich 3 Prozent.

Je länger aber diese Regierung im Amt ist, umso mehr werden die Menschen enttäuscht und umso deutlicher wird das Versagen der Regierung auf vielen Gebieten sichtbar. Immer häufiger wird den Menschen in diesem Lande bewußt, daß die großen Versprechen und Ankündigungen vor der Wahl bis heute zum Großteil nicht eingelöst beziehungsweise nicht gehalten wurden.

Aber nicht nur die Wahlversprechen wurden nicht gehalten, sondern es wurde auch von dem, was der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung vorgebracht hat, vieles nicht wahrgemacht. Verstummt ist heute jeder Hinweis auf die Regierungserklärung. Man hat im Laufe der Debatte — und ich war ein sehr aufmerksamer Zuhörer — kaum einmal einen Hinweis auf die Regierungserklärung hören können, weil man selbst gemerkt

hat, daß vieles von dem, was seinerzeit Doktor Kreisky versprochen hat, nicht gehalten wurde.

Ich möchte von der Regierungserklärung nur den Teil herausarbeiten, der sich mit der Finanz- und Budgetpolitik dieser Regierung befaßt. In der Regierungserklärung heißt es: „Die Bundesregierung wird sich in der Budgetpolitik vom Ziel ... der Erhaltung ... der Kaufkraft des Schillings leiten lassen.“

Wenn man das heute hört, so mutet es fast wie ein Witz an.

Wie sieht nämlich die Wirklichkeit aus? Das Resultat der Wirtschaftspolitik dieser Regierung ist ein noch nie dagewesener Kaufkraftschwund des Schillings. Mit dem Teuerungsslogan ist man seinerzeit in die Wahl gegangen. Vor den Wahlen hat man alles Blaue vom Himmel versprochen, und man kann nicht oft genug an jenes Plakat und an jenes Inserat erinnern, das die Sozialisten vor der Wahl 1970 auf allen Plakatwänden prangen ließen. Auf diesem Plakat war bekanntlich eine Hausfrau abgebildet, die lächelte und ein Einkaufskörbchen in der Hand hatte. Sie meinte: „Macht Ihnen Einkaufen noch Spaß?“

Ich möchte diese Frau heute sehen und heute wieder fragen. (*Abg. Anton Schlager: Das war die Frau vom Tull!*) Bei diesen hohen Preisen!

Und es hieß weiter in diesem Inserat: „Bei diesen hohen Preisen“ — so sagte die Frau — „macht's wirklich keine Freude mehr. Tarife und Steuern wurden stark hinaufgesetzt.“ Und weiter hieß es: „Was bleibt da noch übrig von dem hart verdienten Geld? So darf es nicht noch einmal vier Jahre weitergehen!“

Und jetzt, meine Damen und Herren, hören Sie zu, was zum Schluß zu lesen stand: „Eine neue Regierung und eine moderne Wirtschaftspolitik müssen her. Und Männer, die Probleme lösen, die nicht herumwurschteln!“

Meine Damen und Herren! So viel hellseherisches Talent hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut. Heute, nach drei Jahren, stimmt nämlich ganz genau, was Sie damals gesagt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Eine neue Regierung ist gekommen — richtig! Auch Männer sind gekommen — aber Männer, die die Probleme nicht gelöst haben, sondern die tatsächlich herumgewurschtelt haben. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Finanzminister versteht es ausgezeichnet, manchmal von den Teuerungsproblemen abzulenken. Dafür nur ein Beispiel. Mit großem Pomp hat er seinerzeit verkündet und herausgestellt, daß das Kfz-Pauschale

Sandmeier

durchschnittlich um 15 Prozent erhöht wird. Man will damit von der Benzinpreiserhöhung ablenken und offensichtlich den Leuten einreden, daß mit der Erhöhung des Kfz-Pauschales ein Ausgleich für die saftige Benzinpreiserhöhung geschaffen wird.

Dazu eine Feststellung: Eine Erhöhung des Kfz-Pauschales um 15 Prozent im Durchschnitt ist kein Ausgleich für die Teuerung von Benzin. Netto bringt nämlich die Erhöhung des Pauschales einem Durchschnittsverdiener nur zwischen 10 S und 30 S im Monat. Wenn man nun weiß, daß die Mehrkosten für einmal Tanken bereits 30 S ausmachen, dann ist das kein Grund, sich zu berümen.

Dazu kommt noch, daß der gleiche Finanzminister, der sich einer Erhöhung des Kfz-Pauschales rühmt, weil sie ihn eben nicht viel kostet, neuerlich einen Preisnachlaß bei Ofenheizöl kategorisch abgelehnt hat.

Gerade die Teuerung bei Ofenheizöl trifft die Rentner und Pensionisten ganz besonders. Wollen diese alten Leute nicht frieren, müssen sie während der Heizperiode im Monat bis zu 200 S mehr ausgeben. Bisher sind Ihnen, Herr Finanzminister, keine stichhaltigen Argumente gegen einen Preisnachlaß eingefallen.

Weiter heißt es in der Regierungserklärung: „Es wird die vordringliche Aufgabe der Bundesregierung sein, den Bundeshaushalt zu konsolidieren.“

Was ist die Realität? Das Budget des Jahres 1974 weist das größte Defizit auf, das es je in unserer Republik gegeben hat. Das Defizit unter Hinzurechnung der Stabilisierungsquote, die ja letztlich nur einen Verschleierteffekt hat, beträgt 1974 15,7 Milliarden Schilling. Ich glaube, man muß schon sehr viel Sinn für Humor haben, wenn man da von einer Konsolidierung spricht.

Herr Bundesminister! Wo sind die Zeiten, wo ein Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky sehr lautstark hier in diesen Saal in die Abgeordnetenbänke hineinrief: Defizite von sieben bis acht Milliarden Schilling sind doch ein Wahnsinn! — Herr Bundesminister! In einer Rekordzeit von drei Jahren haben Sie es zustandegebracht, das Defizit um 100 Prozent zu erhöhen.

Weiter werden in der Regierungserklärung langfristige Finanzierungskonzepte angekündigt. In Wirklichkeit gibt es weder ein mittelfristiges noch ein langfristiges Finanzierungskonzept.

Der Herr Finanzminister weiß sehr wohl, warum er die Hauptschlagworte sozialistischer

Kritik an früherer Budget- und Finanzpolitik in den letzten Jahren aus seinem Sprachschatz verbannt hat. „Budgetvorschauen“, rief hier von dieser Stelle der damalige Abgeordnete Androsch aus, „Budgetvorschauen müssen her, Herr Bundesminister! Was ist mit einer mittelfristigen Budgetpolitik, was ist mit einer mittelfristigen Budgetplanung?“ — Heute keine Rede mehr davon. Wir werden Sie aber, Herr Bundesminister, immer wieder daran erinnern!

Ein weiterer Punkt in der Regierungserklärung: „Die Bundesregierung ist entschlossen, in dieser Gesetzgebungsperiode“ eine Einkommensteuerreform vorzunehmen, die „leistungsfördernd und sozial gerecht“ ist.

Wie sieht es in Wirklichkeit aus? Richtig ist nur, daß mit den Stimmen der Regierungspartei eine Steuerreform beschlossen wurde — leistungsfördernd und sozial gerecht ist sie nicht. Deshalb wurde sie auch damals von den Oppositionsparteien abgelehnt.

Heute ist klar ersichtlich: Durch die Systemänderung ergeben sich leistungsfeindliche und nivellierende Tendenzen. Sozial gerecht ist sie ebenfalls nicht, weil gerade Familien mit geringem Einkommen und einer größeren Kinderanzahl, die wirklich Hilfe bräuchten, durch Ihr System keinen Vorteil haben. Nun hört man, daß Sie, Herr Bundesminister, nun doch langsam unserer Kritik von damals Rechnung tragen wollen und auch diesen genannten Personenkreis berücksichtigen werden. Ich bin nur neugierig, ob Sie dann sagen, das sei eine Initiative dieser Regierung. Wir sind ja gewohnt, daß Sie manches Mal ein Plagiat der Ideen der Oppositionsparteien dann als Ihre Initiative verkaufen, als Ihre Errungenschaft hinstellen. Ich erinnere hier nur an das Hochzeitsgeld, das bereits in den 107 Punkten der ÖVP drinnen stand; Sie haben es etwas modifiziert und als Ihr Produkt verkauft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was sich auf dem Gebiete der Lohnsteuer in der Zwischenzeit getan hat, ist haarsträubend. Allein die Einnahmen aus der Lohnsteuer werden 1974 wegen der verschärften Progression und wegen der höheren Einkommensteigerungen als Folge der Inflation voraussichtlich doppelt so hoch steigen wie das Lohneinkommen. Eine so starke Zunahme der Belastung durch die Lohnsteuer wird zweifelsohne die Lohn- und Einkommenspolitik der Sozialpartner im kommenden Jahr vorbelasten.

Da voraussichtlich zu Jahresbeginn 1974 noch mit einer weiteren Preissteigerung zu rechnen ist, sollte auch aus konjunkturpolitischen Gründen mit Jahresbeginn eine Entlastung der Steuerzahler erfolgen. Ziel

Sandmeier

einer solchen steuerpolitischen Maßnahme müßte sein, ungeredtfertigte Inflationswirkungen der Lohn- und Einkommenbesteuerung auszugleichen. Der Inflationsgewinn des Finanzministers allein aus der Lohnsteuer und der Einkommensteuer wird etwa 4 Milliarden Schilling betragen.

Der ÖVP-Vorschlag, zu Jahresbeginn Steuererleichterungen einzuführen, zielt auf die Anhebung der sogenannten Steuerabsetzbeträge hin.

Im Interesse vor allem einer Entlastung der am stärksten betroffenen Personengruppen hat die Österreichische Volkspartei eine differenzierte Anhebung der Absetzbeträge vorgeschlagen. Die Steuerentlastung würde etwa 3 Milliarden Schilling ausmachen, also nur einen Teil des Inflationsgewinnes des Finanzministers. Ein derartiger Einnahmefall müßte zu verkraften sein, wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1974 nicht weniger als 24 Milliarden Schilling mehr an Steuereinnahmen erwartet werden als im heurigen Jahr.

Dabei sind offensichtlich wesentliche Einnahmequellen im Budget 1974 unterbudgetiert, also zu niedrig angesetzt. Bei der Lohnsteuer besteht die begründete Annahme, daß der ausgewiesene enorme Zuwachs von rund 5,5 Milliarden Schilling noch immer zu niedrig angesetzt ist. Infolge der progressionsverschärfenden Wirkung der durchgeführten Steuerreform und der hohen Inflation müßte nämlich die Lohnsteuer 2,4mal so stark steigen wie die Lohn- und Gehaltssumme. Nach Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstituts wird im kommenden Jahr die Lohn- und Gehaltssumme um 16 Prozent steigen, das heißt, die Zunahme der Lohnsteuereingänge hätte mit 7 Milliarden Schilling angesetzt werden müssen.

Wenn der Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes, offensichtlich unter dem Druck der Opposition und der Unruhe in den Betrieben, ankündigt, daß er Anfang 1974 Steuerermäßigungsgespräche mit dem Finanzminister führen werde, dann kann ich dazu nur sagen: Sehr spät, Herr Präsident!

In einer Zeitung stand kürzlich vom Katz- und Mausspiel zwischen dem Finanzminister und dem ÖGB. Man hat das Gefühl, daß der Herr Finanzminister seitens des ÖGB — sagen wir es kulant — sehr nobel behandelt wird. Ich glaube, daß das Sprichwort: „Eine Katze kratzt der anderen das Auge nicht aus“ hier bestimmt richtig ist. Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang ... (Abg. Dr. Tull: Eine Krähe, heißt das!) Macht nichts, Herr Abgeordneter Tull, Sie kennen sich wahrscheinlich auch bei den Katzen aus.

Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang an den ÖGB-Vorstandsbeschluß vor ein paar Wochen erinnern, in dem es hieß, es müsse darauf Bedacht genommen werden, daß Lohnerhöhungen, soweit sie der Abgeltung der Teuerung dienen, nicht progressiv besteuert werden. Bleibt nur zu hoffen, daß sich die sozialistischen Gewerkschafter bei der sozialistischen Regierung durchsetzen werden. Wir werden dies jedenfalls genau verfolgen.

Nun höre ich schon den Herrn Finanzminister fragen: Ja sagen Sie mir doch, wo soll ich das Geld hernehmen? Im Budget ist kein Geld vorhanden. Der Ruf nach der Alternative ist wahrscheinlich wieder da. Dann wird es heißen: Sagen Sie uns doch, wo sollen wir denn das Geld hernehmen!

Wegen der Alternativen möchte ich nur ganz kurz etwas einblenden. Ein Journalist hat in einem Interview gesagt: „Es ist ein arger Trick aller Regierenden, von den Kritikern Lösungsvorschläge zu verlangen.“ Worauf der Interviewte geantwortet hat: „Ja, wohl, das wäre sogar ein infamer Trick.“ Wissen Sie, wer das war? Das war am 5. Juli 1973, unter der Überschrift: „Die Bekenntnisse des Leopold Gratz.“ Gratz hat gesagt, daß es sogar ein infamer Trick wäre, das zu verlangen. Ich bitte also, diese Alternativwalze nicht neuerdings aufzulegen. (Zwischenrufe.)

Der Herr Finanzminister sagt, daß kein Geld vorhanden sein wird. Herr Bundesminister! Ein Vorschlag: Setzen Sie doch einmal die Mittel, die Ihnen im Budget zur Verfügung stehen, richtig und sinnvoll ein! Hören Sie doch endlich einmal mit der Verschwendungswirtschaft, mit den Wegwerfschulbüchern auf, dann werden Sie eine Möglichkeit finden, auf Einnahmen verzichten zu können, und zwar auf Einnahmen, die Sie erzielen, indem Sie auch den Teil der Lohn- und Gehaltserhöhungen, der nur zur Abgeltung der Teuerung dient, progressiv besteuern.

Auf der einen Seite verlangt die Regierung Opfer von der Bevölkerung, ruft die Bevölkerung zum Sparen auf, die Bevölkerung soll sich einschränken. Der neueste Appell des Herrn Bundeskanzlers ist: Österreicher und Österreicherinnen, duscht euch und badet euch nicht, und die Gefahr ist beseitigt! Auf der anderen Seite betreibt die ... (Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: So hat er das nicht gesagt!) Nicht ganz so, aber sinngemäß hat er es gesagt!

Auf der anderen Seite betreibt diese Regierung selbst eine Verschwendungspolitik, deren Ausmaß unerträglich geworden ist. (Beifall bei der ÖVP.) Jährlich wird seit der Einfüh-

Sandmeier

rung der Wegwerfbücher eine halbe Milliarde Schilling in den Kübel beziehungsweise in den Ofen geworfen.

Millionen werden für fragwürdige Filmexperimente Dietmar Schönherr ausgegeben, Hunderttausende Schilling für Nennings Pornozzeitung bewilligt.

Hohes Haus! Am 14. November 1973 konnte man in der „Kleinen Zeitung“ folgende Schlagzeile lesen: „Die Regierung spart nicht — Ihre Buffets immer üppiger“.

Es werden in dem genannten Artikel die Repräsentationsausgaben der Regierung unter die Lupe genommen. In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß der Herr Bundeskanzler wieder einmal ein gegebenes Versprechen nicht gehalten hat. Vor einem Jahr, als Volk und Sozialpartner die Gürtel enger schnallen mußten, hat der Kanzler wörtlich versprochen: „Die Repräsentationsveranstaltungen des Bundes werden um ein Drittel der bisherigen Kosten eingeschränkt.“

Die genannte Zeitung schreibt dazu:

„Das Gegenteil geschieht: Die Regierungsbuffets werden immer üppiger; im Budget 1974 sind für Repräsentationsausgaben des Bundes bereits 23,8 Millionen Schilling veranschlagt, um 19 Prozent mehr als heuer.“

Besonders ins Auge fallen zwei Ressortgruppen: das Unterrichts- und Kunstressort, Wissenschaft und Forschung. Vor drei Jahren kamen sie noch mit 100.000 S aus, 1974 verlangen sie 3,3 Millionen Schilling. Aber auch der Herr Finanzminister ist nicht gerade beispielhaft bei den Repräsentationsausgaben. „Das Finanzministerium, das 1974 mehr als 1,2 Millionen Schilling verbrauchen will, fand vor drei Jahren noch mit etwas mehr als der Hälfte und vor fünf Jahren mit einem Siebtel das Auslangen.“ (Abg. Dr. Withalm: Das war bei uns!)

Ich gebe zu, in absoluten Zahlen gemessen sind diese Beträge im Verhältnis zum Gesamtbudget sicherlich nicht sehr hoch, sie mögen nicht sehr hoch erscheinen. Es kommt aber, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang nicht auf die absolute Größe der Beträge an; es kommt auf den Geist an, der hier erkennbar ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Dieser Regierung fehlt einfach die Bescheidenheit, sie hat das Augenmaß längst verloren. Sie ist offensichtlich selbst auch jetzt noch nicht bereit, Änderungen im Budget durchzuführen und die Repräsentationskosten auf ein erträgliches Maß herabzusetzen.

Einen Höhepunkt erreicht die Verschwendungspolitik, in diesem Falle aber auch die

Großmannssucht dieser Regierung durch den überdimensionalen Bau des 10-Milliarden-Projektes der UNO-City.

Das ist die eine Seite Ihrer Politik. Auf der anderen Seite betreiben Sie eine Inflationspolitik vor allem zum Schaden der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen. Diese können die Preissteigerungen nur unzureichend ausgleichen.

Auch die Jugend ist stark betroffen. Wohnungssuchende junge Ehepaare finden immer schwerer eine Wohnung, die sie sich auch preislich leisten können.

Inflation treibt die Baukosten in die Höhe. Diese stiegen um nicht weniger als 20 Prozent allein in der Zeit von Mitte 1972 bis Mitte 1973.

Es gibt noch sehr viele Menschen in Österreich, die mit sehr geringem Einkommen das Auslangen finden müssen. Auf Grund der letzten Übersicht wurden nicht weniger als 207.000 Pensionen für Arbeiter-Witwenpensionistinnen gezählt, die durchschnittlich 1493 S im Monat betragen. 8000 Eisenbahner-Witwenpensionen haben eine Durchschnittshöhe von 1010 S. 20.000 Witwenpensionen aus der Land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherung betragen durchschnittlich 1374 S. 35.000 Selbständigen-Witwenpensionen haben eine Durchschnittshöhe von 1506 S und 39.000 Bauern-Witwenpensionen haben eine Durchschnittshöhe von 991 S

Eine wissenschaftliche Untersuchung, die Ende 1972 vorgelegt wurde, ergab, daß mindestens 400.000 Österreicher, wahrscheinlich sogar wesentlich mehr, mit einem Einkommen das Auslangen finden müssen, das sie ohne ihr eigenes Verschulden zu dürftigen und ärmlichen Lebensverhältnissen zwingt.

Für sie alle und für viele andere ist die Inflation eine Quelle der Sorgen in ihrem persönlichen Leben und in ihren Familien. Sie alle zählen zu den großen Leidtragenden sozialistischer Wirtschaftspolitik.

Man kann der sozialistischen Regierung den ungeheuerlichen Vorwurf nicht ersparen, daß sie gegen diese Entwicklung lange Zeit überhaupt nichts unternommen hat. Wir haben jahrelang hier in diesem Hohen Hause und auch außerhalb dieses Hauses davor gewarnt, daß Sie die Inflation einfach laufen lassen, daß Sie nichts dagegen tun.

Aber Sie haben uns ausgelacht und mit einer Handbewegung haben Sie gemeint: Was wollen diese Krankjammerer!

Sandmeier

Sie haben nicht darauf gehört. Und plötzlich haben auch Sie, wenn auch viel zu spät, entdeckt, daß diese Inflation eine große Gefahr ist.

Das wirklich Bedauerliche aber ist, daß Sie trotzdem weiter eine flotte Verschwendungswirtschaft betreiben. Sie sehen nach wie vor zu, wie jährlich 500 Millionen Schilling durch Wegwerfbücher in die Müllabfuhr wandern.

Nun konnte auch der Herr Bundeskanzler nicht mehr anders und mußte zugeben, daß die Lage ernst ist. Es ist schon allerhand, daß er erklärt hat, die Lage ist ernst, und das noch dazu bei einer sozialistischen Regierung!

Es wäre Aufgabe jener Leute, denen die Regierung anvertraut ist, die Wirtschaftslage zur richtigen Zeit richtig einzuschätzen, und wenn eine Regierung das nicht kann, dann hat sie eben versagt, versagt deshalb, weil sie nicht wirtschaften kann (*Beifall bei der ÖVP*), weil sie alle jene, die es besser gewußt haben, die verantwortungsbewußter waren und daher gewarnt haben, verteufelt und als Hysteriker verschrien hat. (*Abg. Mühlbacher: Das haben wir schon im Vorjahr gehört!*)

Wir könnten uns eigentlich darüber freuen, was der Sozialistischen Partei jetzt alles auf den Kopf fällt. Freuen einfach deshalb, weil Sie, meine Damen und Herren, so ungemein selbstsicher verkündet haben, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Da haben Sie vor den Wahlen von Plänen und Programmen gesprochen, haben uns von einem Geisterheer der 1400 Experten erzählt, und jetzt stehen Sie in der Praxis neben diesen Programmen. (*Abg. Skritek: Ich glaube, ich bin bei der vorgestrigen Sitzung!*) Freuen könnte man sich vielleicht auch deshalb, weil bereits Ihre treuesten Anhänger erkennen, wie weit Sie uns alle in diesen drei Jahren gebracht haben.

Ich sage Ihnen ehrlich, wir freuen uns nicht, denn das Versagen in Ihrer Wirtschaftspolitik schadet nicht allein der Sozialistischen Partei, sondern leider ganz Österreich.

Sie haben, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, vor sieben Jahren eine Teuerungskampagne gegen die ÖVP-Regierung begonnen, die in ihren Ausmaßen und Ihrer Hartnäckigkeit alles bisher Dagewesene in den Schatten gestellt hat. Sie haben uns damals mit dem ganzen Apparat, der Ihnen zur Verfügung steht, inklusive ÖGB, inklusive Arbeiterkammer, bei 3 Prozent Teuerung im Jahr den Teufel an die Wand gemalt, der jetzt schon längst bei der Tür hereingekommen ist. Heute, nach drei Jahren soziali-

stischer Wirtschaftspolitik, sind Sie glücklich, wenn 1974 die Teuerungsrate nicht über 10 Prozent zu liegen kommt.

Sie haben sich, meine Damen und Herren, selbst nicht vorgestellt, daß Sie einmal vor einem solchen Scherbenhaufen stehen werden.

Reden Sie sich, meine Damen und Herren, jetzt nicht auf die Ölkrise aus!

Wir unterscheiden sehr genau zwischen den Teuerungseffekten, die aus dem Ausland kommen, und wofür Sie hier in diesem Lande die Verantwortung tragen. Das, was wir heute auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet erleben, ist zum Großteil die Folge einer falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Auswirkungen der Ölkrise kommen erst in ihrer ganzen Tragweite. Es ist sicher, daß wir harten Zeiten entgegengehen. Sie werden wahrscheinlich härter sein, als wir alle annehmen. Diese Regierung hat diese Entwicklung leider viel zu spät erkannt. Die wahre Ursache dieser Krisensituation ist: die falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Gefälligkeitsdemokratie, die Verschwendung und die Großmannssucht dieser Regierung.

Als Sie in die Regierung eingetreten sind, haben Sie eine florierende Wirtschaft, eine Teuerungsrate von unter 3 Prozent, eine Vollbeschäftigung, ein Wirtschaftswachstum in gesunden Grenzen, einen florierenden Fremdenverkehr und ständig sinkende Verwaltungsposten übernommen.

Kienzl hat recht — der Abgeordnete Mitterer hat es gestern bereits ausgeführt —, wenn er sagt: „Jetzt ist das Fest vorbei.“ Ein Sozialist, der denkt, muß Ihnen das sagen! In den drei Jahren Ihrer Regierung haben Sie es fertiggebracht, daß unsere Wirtschaft von einer Krise bedroht ist, daß die Teuerungsrate die Acht-Prozent-Marke erreicht hat, daß die Vollbeschäftigung in Frage gestellt ist, daß das Wirtschaftswachstum im Sinken begriffen ist und daß die Schwierigkeiten in der Fremdenverkehrswirtschaft immer größer werden. Wahrhaftig eine traurige Bilanz dieser sozialistischen Regierung! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Traurigste aber dabei ist, daß die Zeche die österreichische Bevölkerung bezahlen muß. Je länger diese Regierung noch im Amt ist, umso größer wird der Schaden sein. Das Versagen wird jeden Tag offenkundiger, und man hat das Gefühl, daß dieses Kabinett Kreisky II nicht mehr regiert, sondern sich nur mehr bis 1975 über Wasser halten will. (*Abg. Mühlbacher: Das haben Sie schon voriges Jahr gesagt!*) Sollte das jemand, Herr Abgeordneter, gesagt haben, dann schadet es nicht, wenn

Sandmeier

Sie es zweimal hören, denn offensichtlich haben Sie das längst wieder vergessen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Schluß möchte ich Ihnen nur noch folgendes sagen ... *(Abg. Dr. Tull: Das müssen Sie zehn Jahre lang sagen, denn so lange werden Sie noch die Oppositionsbänke drücken müssen!)* Herr Dr. Tull! Ich danke für den Hinweis, der Wähler wird das sicherlich zu entscheiden wissen.

Ich möchte zum Schluß kommen. Wir können in dieser ersten Stunde nichts anderes tun, als Ihnen sagen: Fassen Sie alle Kräfte dieses Landes zusammen, spielen Sie nicht weiter mit dem Feuer, verspielen Sie nicht noch mehr, als schon verloren ist! Wir haben Ihnen unsere Bereitschaft bekundet: In Anbetracht des Ernstes der Situation — Ihnen mag das vielleicht lächerlich erscheinen —, in der entscheidende Lebensfragen unserer Nation auf dem Spiele stehen, sind wir bereit, an der Lösung dieser Fragen mitzuarbeiten. Allerdings wird es notwendig sein, daß Sie einen anderen Weg beschreiten. Das Budget, das Sie heute hier beschließen wollen, ist sicherlich nicht der richtige Weg. Dieses Budget wird die Preise weiter anheizen, es wird die Steuer-schraube noch mehr anziehen und der Verschwendungspolitik weiter frönen. Allein aus diesen Gründen müssen wir das Budget ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Peter. Bitte.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich folge meinem Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Sandmeier, nicht in der Argumentation, wenn er allgemein von einem Scherbenhaufen spricht. Gott sei Dank ist es noch nicht so weit, hoffentlich beschert uns die Regierung Kreisky II diesen Scherbenhaufen nicht im Jahre 1974.

Ich folge aber dem Herrn Abgeordneten Sandmeier sehr wohl in der Argumentation, wenn er meint, daß diese Bundesregierung den Versuch unternimmt, sich dahintreiben zu lassen und sich bis zur nächsten Nationalratswahl über Wasser zu halten, die angeblich, wenn man den Ausführungen des Bundeskanzlers folgen darf, im Herbst 1975 stattfinden wird.

Außer Zweifel steht, daß der Steuermann der sozialistischen Budgetpolitik, Finanzminister Dr. Androsch, seinen Kurs nicht mehr unter Kontrolle hat. Umso bedauerlicher ist es, daß der Kapitän dieses Schiffes, der Herr Bundeskanzler, am letzten Tag der Budgetdebatte wiederum nicht auf der Kommando-brücke der sozialistischen Alleinregierung weilte.

Nun erlaube ich mir, ein Wort an die Mehrheitsfraktion dieses Hauses zu richten. Meine Damen und Herren! Warum haben Sie eigentlich ein großes Kompetenzgesetz beschlossen? Warum haben Sie dem Bundeskanzler mit dem 1. Jänner 1974 die Aufgabe eines Koordinators zugewiesen, eines Koordinators, der in eine Reihe von Ressorts einzugreifen hat, um die Vorgänge innerhalb des Kabinetts zu koordinieren? Wenn heute am letzten Tag dieser Budgetdebatte die Schlußpunkte des Bundesministers für Finanzen, des zuständigen Sprechers der Mehrheitsfraktion und die politischen Schlußpunkte der Sprecher der Oppositionsparteien gesetzt werden, dann, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, sorgen Sie endlich dafür, daß der Kapitän Ihres Mehrheitsschiffes auf die Kommandobrücke geht und zuhört. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP. — Abg. Dr. Gruber: Das Schiff ist ja schon leak!)*

Was soll sich dieses Parlament noch alles bieten lassen von der Mehrheitsfraktion? Ja glauben Sie denn, die Oppositionsparteien sind nur dazu da, um Ihre Minister anzuhören, die dann sowieso nicht bereit sind, einen I-Punkt und Beistrich dieses Budgets zu ändern? Ist das die Einstellung des Herrn Bundeskanzlers gegenüber der Volksvertretung der Republik Österreich? Man kann hier wieder nur daran erinnern: Wie sich die Bilder gleichen, und wie Dr. Kreisky vor der Zeit auf den Klau gekommen ist.

Man sagt Bundeskanzler Dr. Klaus nach, daß er Angst vor dem Parlament gehabt hätte und darin eine gewisse Fehlhaltung gegenüber dem Nationalrat seinerseits begründet gewesen sei. Bundeskanzler Dr. Kreisky sagt man nach, daß er das Parlament nicht einmal ignoriere. Und das empfinde ich als weitaus schmerzlicher als die vorhin dem Herrn Doktor Klaus zugeordnete Einstellung.

Herr Bundesminister für Finanzen! Ihr Bundesfinanzgesetz 1974 ist nach meiner persönlichen Beurteilung der Ausdruck sozialistischer Maßlosigkeit. Der Ausdruck sozialistischer Maßlosigkeit in einem Augenblick, in dem der sozialistischen Alleinregierung alles andere als Überheblichkeit anstehen würde.

Geht man von einem anderen Gesichtspunkt an das Bundesfinanzgesetz 1974 heran, so stellt es zweifelsohne den zahlenmäßigen Ausdruck des Regierungsprogramms dar. Daraus ergibt sich die Frage: Bitte, welchen Regierungsprogramms? Bleibt die Bundesregierung auf I-Punkt und Beistrich bei jener Regierungserklärung, die sie am 5. November 1971 abgegeben hat? Wenn sie dabei bleibt, dann ignoriert sie die derzeit gegebenen Realitäten und ist ihrerseits nicht bereit, auf die Gegeben-

Peter

heiten, die aus verschiedenen Ursachen heraus entstanden sind, einzugehen. Dann ignoriert die Bundesregierung die Realität der Erdölkrise.

Also bitte: Ausdruck welchen Regierungsprogramms? Des vergangenen und meiner Meinung zeitlich nicht mehr zutreffenden, weil es an wesentlichen Realitäten vorbeigeht, oder eines Regierungsprogramms, das auf die jetzige Situation zugeschnitten ist? — Dann, Herr Bundesminister für Finanzen, darf ich bitten, dieses Regierungsprogramm, die Änderungen gegenüber der Regierungserklärung von 1971, dem Nationalrat bekanntzugeben.

Sie beharren weiter auf Ihrer lawinenartigen Ausgabenvermehrung, die Sie vor dem Sommer 1973 konzipiert haben, zu einer Zeit, da niemand von jenen Ereignissen etwas wußte, die leider Gottes in der Zwischenzeit eingetreten sind. Auf Grund Ihres lawinenartigen Aufgabenrahmens weiß man nicht, was diese Regierung auf Grund der geänderten Situation auf lange Sicht will — nämlich jene sozialistische Regierung, Herr Bundesminister für Finanzen, die einstmals das moderne Österreich als ihr Ziel bezeichnete.

Wie weit ist doch diese sozialistische Alleinregierung vom Ziel des modernen Österreich heute entfernt, wiewohl ich gar nicht in Abrede stellen möchte, daß von der sozialistischen Alleinregierung eine Reihe von Reformen durchgeführt wurde, wie etwa die Strafrechtsreform, die Reform des Gewerberechtes und die Reform der Arbeitsverfassung.

Man kann über Inhalt und Wert dieser Reformen geteilter Meinung sein. Zum Teil sind sie einstimmig zustande gekommen. Es soll das Positive sehr sachlich gewogen und mit zu Buche geschlagen werden, damit ja keine Verzerrung der Tatsachen entsteht.

Aber entscheidende Reformen, Herr Bundesminister für Finanzen, sind Sie dort mit der sozialistischen Alleinregierung schuldig geblieben, wo es um die Erhaltung, Festigung und Vertiefung der Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes geht, nämlich auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Sie sind ebenso jene Reformen schuldig geblieben, die zur Festigung und Vertiefung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig gewesen wären.

Wir Freiheitlichen sind zwar der kleinste Teil dieses Parlaments, möchten aber gerade auf Grund der Versäumnisse der sozialistischen Alleinregierung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Strukturpolitik Ihnen doch von diesem Platze aus zur Kenntnis bringen, wie wir im Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik glauben, zu diesen offenen und

ungelösten Problemen Stellung nehmen zu sollen. Ich darf aus dem Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik zitieren:

Eines der wichtigsten Ziele der Wirtschaftspolitik ist ein geordneter Wettbewerb unter Berücksichtigung der weltwirtschaftlichen Verflechtungen. Der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist zu verhindern.

Wir Freiheitlichen vertreten eine dynamische Mittelstandspolitik, die ein mehrfaches Ziel verfolgt:

Einmal wettbewerbsfähigen Betrieben des Gewerbes, des Handels und der Landwirtschaft zu helfen,

zum anderen Selbständigen aus nicht wettbewerbsfähigen Betrieben des Gewerbes, des Handels und der Landwirtschaft den Übertritt in andere Berufe zu erleichtern,

dann wieder Unselbständigen durch ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten, durch Änderung der gewerberechtlichen Bestimmungen und durch die Gewährung von Gründungskrediten den Weg zu selbständiger unternehmerischer Tätigkeit zu ebnen,

weiter die Förderung von lebensfähigen, aber vorübergehend gefährdeten Klein- und Mittelbetrieben, zum Beispiel durch die Errichtung von Auffanggesellschaften,

und schließlich, dem kleinen Betrieb die Möglichkeit zu bieten, im Wettbewerb seine Hauptwaffe, die größere Anpassungsfähigkeit, unbehindert einzusetzen.

Über diese Dinge, Herr Bundesminister für Finanzen, gab es bis jetzt nicht den notwendigen Dialog mit der sozialistischen Alleinregierung. Wann wird dieser dringend gebotene Dialog stattfinden?

Wir Freiheitlichen möchten auf die offenen Probleme im Bereich der Strukturpolitik verweisen, denn je besser die Strukturpolitik ist, umso ertragreicher und gefestigter, Herr Bundesminister, werden die Arbeitsplätze sein.

Gerade weil der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes der Vollbeschäftigung vor den Preisen den Vorrang einräumt, sollten Sie Vorschläge der Freiheitlichen zu diesem Thema ernster nehmen, als es die sozialistische Alleinregierung bis jetzt getan hat.

Das Ziel der Strukturpolitik soll eine Produktions-, Unternehmensgrößen- und Regionalstruktur sein, die die Ausschöpfung aller Begabungsreserven gestattet und jedem die Chance bietet, eine seinem Wissen und Können entsprechende und angemessen entlohnte Tätigkeit auszuüben. Dem Staat obliegt dabei eine doppelte Aufgabe: Er hat erstens den

Peter

notwendigen Strukturwandel zu fördern, und er hat zweitens in seinem unmittelbaren Einflußbereich, den verstaatlichten Unternehmungen, den Bundesbetrieben und der öffentlichen Verwaltung, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Bitte, wann wird auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung endlich mit gutem Beispiel vorangegangen und die Verwaltungsreform durchgeführt?

Ich zitiere weiter aus dem Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik: Ein Lippenbekenntnis zum Strukturwandel ist unglaublich unwürdig, so lange die politische Praxis strukturschwachen Betrieben oder Wirtschaftszweigen Erwerbstätigen den Wechsel zu einem anderen Arbeitsplatz, in einen anderen Beruf oder an einen anderen Ort zu erleichtern. Ziel einer zukunftsweisenden Beschäftigungspolitik kann nicht die Erhaltung von unrentablen, sondern nur die Schaffung von besseren Arbeitsplätzen sein.

Ein schwieriges Problem und ein heißes Eisen. Aber, Herr Bundesminister, wir Freiheitlichen meinen, daß man dieses heiße Eisen im nächsten Jahr endlich anpacken soll. So halte ich den Vorwurf der Freiheitlichen gegenüber der sozialistischen Alleinregierung aufrecht, daß sie auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik auch im dritten Jahr ihrer Amtsführung greulich dilettiert. Die Regierung wird von der Inflation gejagt und die Regierung jagt die Inflation mit dem Bundesfinanzgesetz 1974.

Und nun komme ich zu dem hilflosen Gestammel des Bundesministers für Finanzen von der „importierten“ Inflation. Immer, wenn die sozialistische Alleinregierung in Schwierigkeiten ist, dann kommt das abwehrende Argument: Wir können nichts dafür, das ist eine von außen nach Österreich „importierte“ Inflation!

Auch hier, Herr Bundesminister für Finanzen, soll der Wahrheit die Ehre gegeben werden und das durchaus nicht verniedlicht werden, was an Inflation von außen auf uns zukommt. Herr Bundesminister! Das Bundesfinanzgesetz 1974 ist durch seine Ausgaben- ausweitung das klassische Beispiel einer „hausgemachten“ sozialistischen Inflation. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Würden Sie objektiv sein, dann würden Sie von zwei grundlegenden Ursachen der Inflation reden. Von jenen Ursachen, die von außen

auf uns zukommen, und von jener sozialistischen Maßlosigkeit, die Sie im Bundesfinanzgesetz 1974 postuliert haben, jener sozialistischen Maßlosigkeit also, die wir Freiheitlichen als einen der entscheidenden Faktoren für die „hausgemachte“ sozialistische Inflation bezeichnen.

So erleben wir — bitte das ist keine Kritik, sondern nur eine nüchterne Feststellung — in dieser Frage immer wieder den uneinsichtigen, den unbeweglichen — ich bitte um Entschuldigung —, auch den starrköpfigen und nicht anpassungsfähigen Bundesminister Doktor Androsch.

Jenen Bundesminister Dr. Androsch, der — weitab von einer Krise — vor dem Sommer 1973 seinen Budgetentwurf falsch konzipiert hat.

Da erleben wir jenen uneinsichtigen Bundesminister Dr. Androsch, der dann nach dem Sommer seinen falschen Budgetentwurf trotzig proklamiert hat.

Und dann erleben wir jetzt in der Schlußphase der Budgetberatungen jenen Bundesminister Dr. Androsch, der weder Empfehlungen noch Mahnungen von Freund und Gegner Rechnung getragen, sondern der schlicht Empfehlungen und Ermahnungen ignoriert hat und der geradezu mit einem — ich möchte nicht sagen — leichtfertigen, aber für mich unverständlichen Optimismus mit diesem Bundesfinanzgesetz ins nächste Haushaltsjahr geht.

Herr Bundesminister, auch für Sie gilt der Grundsatz: Wie man sich bettet, so liegt man. Und ich glaube, daß Sie sich eine sehr unbequeme Liegestätte mit dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 schaffen, aber ich bitte Sie, auch zu bedenken, daß es ein sehr unbequemes Ruhebett für die Familie Österreicher werden wird.

Darf ich am Ende dieser Budgetberatungen fragen: Warum ignorieren Sie im Bundesfinanzgesetz 1974 nach wie vor beharrlich die Tatsache, daß es eine Energiekrise gibt?

Bitte, wo findet denn die Energiekrise in Ihrem Bundesfinanzgesetz 1974 einen Niederschlag?

Sie reden im Bevorratungsgipfel mit den Parteien, mit den Sozialpartnern und mit den Vertretern der Notenbank; dort werden sehr sinnvolle Gespräche geführt. Aber hier im Bundesfinanzgesetz 1974 ignorieren Sie konsequent und beharrlich die Tatsache einer weltweiten Energiekrise. Glauben Sie, daß man sich das leisten kann, Herr Bundesminister für Finanzen?

Peter

Darf ich wiederholen, was Ihnen „Berichte und Informationen“ ins Stammbuch geschrieben haben: „Das vorgelegte Budget wäre in Normalzeiten schon katastrophal. Als Bestandteil einer allgemeinen Krise ist es umso gefährlicher.“ Das wird nicht nur von Politikern behauptet, sondern auch von Fachleuten, die von Finanz- und Budgetpolitik etwas verstehen. Nur der Finanzminister Dr. Androsch ist nicht willens, dem Krisenniederschlag in seinem Bundesfinanzgesetz 1974 zu entsprechen.

Eines werden Sie der freiheitlichen Opposition nicht vorwerfen können, Herr Bundesminister für Finanzen: Uneinsichtigkeit!

Uneinsichtigkeit haben wir dem sozialistischen Finanzminister Androsch gegenüber nie an den Tag gelegt. Die freiheitliche Fraktion hat Ihnen in den abgelaufenen drei Jahren gelegentlich auch geholfen, schwere Lasten und Bürden zu tragen, wie etwa bei der Mehrwertsteuer. Und darum verstehen wir einfach nicht, daß nicht nur wohlgemeinte, sondern auch sachlich begründete Argumente Sie nicht im mindesten beeindrucken und beeinflussen können.

Die Trotzköpfe, Herr Bundesminister, sitzen nicht in den freiheitlichen Reihen. Die Trotzköpfe sitzen hier (*Redner zeigt auf die Regierungsbank*) auf einem anderen Platz. Ob es Trotz ist, ob es Überheblichkeit ist oder ob es Maßlosigkeit ist, lasse ich dahingestellt. Der Vorwurf der Uneinsichtigkeit ist sicher berechtigt, Herr Bundesminister für Finanzen. Diese Uneinsichtigkeit verstehe ich in der gegebenen Situation aber nun einmal nicht.

Ich möchte nicht einen Appell an Sie richten. Ich möchte aber von einer Bitte reden: Ich bitte Sie, über das nachzudenken, was ich jetzt wieder einmal mehr recht kritisch an Ihre Adresse gerichtet habe. Ich bitte Sie auch, Ihre Regierungserklärung vom 5. November 1971 dahingehend zu überdenken, ob sie jetzt noch in die Zeit und in den Raum hineinpaßt. Es würde dieser sozialistischen Alleinregierung sehr gut anstehen, wenn sie mehr die Betonung auf Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien in dieser Situation legen würde, als immer wieder einem Machttaumel zu verfallen und zu glauben, ihre knappe Mehrheit mit 93 sozialistischen Mandaten einsetzen zu müssen.

Sie können nicht wegdiskutieren, Herr Doktor Androsch, daß diese Budgetdebatte im Schatten der Erdölkrise stattfindet. Ich pflichte jenen Journalisten bei, die uns in den letzten Wochen immer wieder gesagt haben, daß die Debatte über das Bundesfinanzgesetz 1974 den Bürger unseres Landes weitaus weniger bewegt als eine Reihe anderer offener Fragen wie etwa:

Wird man die Wohnung im kommenden Winter ausreichend heizen können?

Wird der Treibstoff ausreichen, damit der Arbeitnehmer mit seinem vierrädrigen Untersatz im Pendelverkehr noch die Arbeitsstätte erreichen und wieder zurückfahren kann?

Werden sich die Treibstoffpreise im Jahre 1974 in einer Größenordnung bewegen, daß bei einem österreichischen Durchschnittseinkommen von einem Arbeiter oder Angestellten noch Treibstoff — so er vorhanden ist — gekauft werden kann? Das sind einige jener Probleme, welche die Familie Österreicher heute unter den Nägeln brennen: Probleme, zu denen es sehr wenig konkrete Aussagen von der sozialistischen Alleinregierung gibt.

Da hört man vom Präsidenten des Gewerkschaftsbundes: Vollbeschäftigung geht vor den Preisen. Man kann darüber diskutieren. Wie und in welchem Rahmen soll sich das bewegen? Der Bundeskanzler wieder bewegt sich in nebulöseren Andeutungen, wenn es um konkrete Sachprobleme geht. Er ergreift nur das eine oder das andere Mal mahnend das Wort und trifft keine Entscheidungen.

Gerade wenn der Präsident des Gewerkschaftsbundes von „Vollbeschäftigung geht vor Preisen“ redet, wäre es eigentlich hoch an der Zeit, wenn die sozialistische Alleinregierung sich einmal mit der Problematik der Geldwertstabilität beschäftigen würde.

Darf ich „Berichte und Informationen“ noch einmal zitieren, um die sozialistische Alleinregierung daran zu erinnern, daß bezüglich der Geldwertstabilität alles offen ist.

In dem Artikel „Von Stabilitätsbudget für 1974 ist keine Rede“ heißt es unter anderem: Handelsminister Dr. Josef Staribacher hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß ihm Wachstum und Vollbeschäftigung über alles geht. Kreisky hat nie ein eindeutiges Bekenntnis zur Geldwertstabilität abgelegt.

Darf ich auf Grund dieses berechtigten Vorwurfes ehebaldigst eine sehr konkrete Meinungsäußerung der sozialistischen Alleinregierung, des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers für Finanzen, zum Thema der Geldwertstabilität erbitten.

Und nun zu einem Problem, das seit 28 Jahren in der Zweiten Republik offen ist, einige kurze Gedanken. Wenn die Österreichische Volkspartei der sozialistischen Alleinregierung sehr kritisch ins Stammbuch schreibt, daß sie drei Jahre auf dem Gebiet der Bevorratung und Vorsorge versagt habe, so hat die ÖVP damit recht.

Peter

Darf ich aber um der historischen Wahrheit willen die Österreichische Volkspartei ebenfalls daran erinnern, daß sie von 1945 bis zum Jahr 1970 auf dem Gebiet der Vorsorge und der Bevorratung genauso wie die Sozialistische Partei versagt hat. Ich glaube, wir sollten uns weniger in gegenseitigen Vorwürfen über das ergehen, was in der Vergangenheit versäumt wurde. Wir sollten vielmehr konsequenter, als es bisher der Fall war, an die Lösung dieser offenen Probleme herangehen. Es wird schwierig genug sein, sie einigermaßen befriedigend in den Griff zu bekommen.

Am Ende dieser Budgetdebatte erscheint auch ein kurzes Wort zu dem Thema angebracht, inwieweit eine Straffung der Budgetdebatte gelungen ist. Es mag sein, daß auf Grund der allgemeinen Ereignisse und daß in der gegebenen Krisensituation diese Anstrengungen vielleicht nicht die gebührende Würdigung gefunden haben oder finden konnten, aber ich glaube doch, daß der von allen drei Fraktionen erarbeitete Fahrplan sehr präzise eingehalten wurde.

Wir sollten uns aber nicht der Täuschung hingeben, daß mit den bisherigen Versuchen wirklich das Reformziel erreicht ist, das eigentlich alle drei Fraktionen dieses Hauses anstreben, auch wenn die Straffung der Budgetdebatte sozusagen im Schatten der internationalen Erdölkrise stattgefunden hat. Ich verweise mit allem Nachdruck darauf, daß eine endgültige Bewältigung dieses Problems nur im Rahmen der gesamten Parlamentsreform befriedigend erfolgen kann. Es wird daher notwendig sein, dieses Thema auch im Rahmen der Reform der Geschäftsordnung einer weiteren Überlegung zu unterziehen.

Eine konkrete Bitte richte ich zum wiederholten Male an die beiden anderen Fraktionen des Hauses: Wir Freiheitlichen haben bisher im Geschäftsordnungskomitee weder bei der Sozialistischen Partei noch bei der Österreichischen Volkspartei Gehör gefunden, das Verlesen von Manuskripten künftig zu verbieten. Verlesen soll werden bei einer Regierungserklärung, bei der grundsätzlichen Stellungnahme einer Fraktion zu einem Budgetkapitel oder zu einem Gesetz. Ansonsten soll nur der freien Rede Raum gegeben werden. Bei Anwendung der freien Rede würde eine wesentliche Verlebendigung der Debatte eintreten. Ich gehöre zu denen, die auch meinen, daß bei Anwendung der freien Rede eine entscheidende Niveauverbesserung in der inhaltlichen Aussage erzielt werden würde.

Nun, Herr Bundesminister, die Zeit, in der die sozialistische Alleinregierung Verteilungspolitik betreiben konnte, ist abrupt zu Ende

gegangen. Sie betreiben jetzt eine Verteilungspolitik mit Verteilungsschwierigkeiten. Und das sollte Ihnen doch Anlaß sein, die Regierungserklärung von 1971 einer Überprüfung zu unterziehen.

Sie haben sich für ein Inflationsbudget entschlossen und einem Stabilitätsbudget für das Jahr 1974 die Absage erteilt. Damit trägt die sozialistische Alleinregierung die volle und ausschließliche Verantwortung für das Gesamtbudget 1974.

Ich bedauere auch außerordentlich, daß Bundeskanzler Dr. Kreisky nicht jener Linie folgen konnte, die Bundeskanzler Brandt vor vier Wochen im Deutschen Bundestag aufgezeigt hat. Brandt dramatisierte die Situation nicht, sprach aber sehr ernste und umso offenere Worte an die Bevölkerung seines Landes. Diese Rede Brandts klang an an Churchills seinerzeitigen „Blut-und-Tränen-Appell“ und unterscheidet sich grundlegend von jenen Stellungnahmen zur Erdölkrise, die bisher von Bundeskanzler Dr. Kreisky abgegeben worden sind.

Überlegt man das, was Bundesminister Doktor Staribacher in den letzten Wochen zur Treibstoffsituation gesagt hat, dann war es schlicht und einfach eine Linie der Purzelbäume. Einmal war es eine himmelhochjauchende und später war es eine zu Tode betübte Erklärung, die wir aus dem Mund des zuständigen Ressortministers erfahren haben.

Wir Freiheitlichen haben den Handelsminister immer gewarnt, diese Beschönigungstaktik anzuwenden. Wir haben ihn immer gebeten, die Realitäten so hart und konkret wie immer nur möglich einzuschätzen. Und selbst der Bundesminister für Finanzen ignoriert — das unterstreiche ich noch einmal — in seinem Budget 1974 die Erdölkrise. Ein Finanzminister, der derartige Weltereignisse in seinem Budget ignoriert, wird unglaubwürdig. Der Finanzminister budgetiert frei drauflos und in den Tag hinein, so wie er es vielleicht noch aus seiner sozialistischen Sicht im Juni oder Juli 1973 tun konnte, wie es aber meines Erachtens im Dezember 1973 angesichts der Erdölkrise schlicht und einfach unmöglich ist.

Herr Bundesminister für Finanzen! Sie beschließen ein Budget mit sozialistischer Mehrheit, als ob in der Welt in den letzten Wochen nichts geschehen wäre.

Und der Bundeskanzler beschränkt sich auf allgemeine Mahnungen, konkretisiert nichts und koordiniert nichts innerhalb seines Kabinetts.

Peter

Die Familie Osterreicher hingegen erlebt die unübersichtlichste Jahreswende seit vielen Jahren.

Herr Bundesminister! Zum Schlusse stelle ich die Frage: Sind Sie nicht auch der Meinung, daß jetzt in der Politik eine Zäsur eingetreten ist? Wenn ja, wie offenbart sich der Finanzminister Dr. Androsch in dieser Krisensituation dem Bürger des Landes, wie stellt er sich in dieser ernstesten Situation dem Politiker dieser Republik dar? Sitzt Dr. Androsch hier auf der Regierungsbank, dann ist es der uneinsichtige Finanzminister, der keinen Millimeter von seiner vorgefaßten Meinung abweicht. Hörte man den Dr. Androsch zum Beispiel in einer überaus interessanten Fernsehsendung zum Thema diskutieren, es war dies die Sendung „Offen gesagt“, die Sie mit Herrn Taus, Herrn Vorhofer und Herrn Knapp bestritten haben, dann war es ein überaus interessanter Finanzminister, der in dieser Fernsehsendung erklärte: Gerade in dieser Situation sind wir Lernende, wir müssen verschiedenes neu überdenken, wir müssen verschiedenes durchdenken. Und es ist genau dieselbe Linie, Herr Bundesminister für Finanzen, die Herr Dr. Koren und meine Wenigkeit in der vergangenen Woche in der Fernsehdiskussion mit dem Klubobmann Weisz eingeschlagen haben. Nur bitte, wo sind die Konsequenzen aus den Einsichten, die eigentlich alle drei Parteien und Fraktionen bewegen? Diese Konsequenzen aus der besseren Einsicht, die können doch in erster Linie nur Sie, die Mehrheitspartei, ziehen! Und genau diese Konsequenzen werden nicht gezogen.

Stimmt es, daß wir verschiedenes neu durchdenken müssen, dann sollten wir ehebaldigst an die Arbeit gehen. Dann muß man aber auch mit der Bevölkerung über das Thema dieser Neuorientierung reden. Wie schaut es jetzt mit der Rangordnung der Werte aus? Bleibt die Konsumgesellschaft Ihr Credo Rangordnung Nummer eins? Unser freiheitliches Credo war die Konsumgesellschaft nie. Oder bekennen wir uns nicht nur verbal zur Lebensqualität? Wenn wir uns nicht nur verbal zur Lebensqualität bekennen, dann müssen wir auch den Mut haben zu sagen, wenn wir Lebensqualität gewährleisten wollen, müssen wir länger oder kürzer, zeitweilig auf etwas anderes verzichten. Nur eines habe ich aus dem Mund der Minister der sozialistischen Alleinregierung bis zum heutigen Tag nie gehört, daß man auch auf etwas verzichten muß. Geschenkepolitik, Verteilungspolitik, Ausweitung des Ausgabenrahmens, schwere Opfer für die Sozialpartner, hohe Lasten für die Familie Osterreicher, das hat die Regie-

rung Kreisky bisher beschert, und wann, Herr Minister, fangen Sie endlich in Ihrem Budget mit dem Sparen an?

Das sind offene Fragen, die man Ihnen am Ende dieser Budgetdebatte vor Augen führen muß. Schwierige Situationen wird man nicht durch die große Koalition oder Koalitionsänderungen klären. Schwierige Situationen wird man durch Zusammenarbeit aller bewältigen. Warum soll die jetzige Situation nicht durch Zusammenarbeit einer sozialistischen Alleinregierung mit den zwei Oppositionsfraktionen dieses Hauses gelöst werden? Aber dann, Herr Bundesminister, ist die Information, und zwar die ausreichende, die seriöse und die hieb- und stichfeste Information die Grundlage der Zusammenarbeit.

Wie war es denn im letzten großen Bevorratungsgipfel? Die Oppositionsparteien haben Informationen erbeten, mehrere Male Professor Koren, einige Male meine Wenigkeit. Wie hat der Bundeskanzler darauf reagiert? Er hat uns vor Augen geführt, welchen Part die Oppositionsparteien im Bevorratungsgipfel zu spielen haben. Dr. Kreisky sagte, er verlange von den Oppositionsparteien, wie er sich ausdrückte, keine „carte blanche“, also keinen Freibrief und keine Zustimmung. Der Bevorratungsgipfel diene der Information, die Vertreter der Oppositionsparteien sitzen nur dort, um zuzuhören, und alles andere wird mit den Sozialpartnern und mit der Nationalbank abgesprochen. Will der Bundeskanzler in nationalen Fragen des Staates nicht auch mit den Oppositionsparteien zusammenarbeiten? Wenn wir nur informiert werden sollen, dann war es obendrein eine sehr schlechte Information, die wir im letzten Bevorratungsgipfel erhalten haben. Aber dann war es nicht jene Grundlage der Zusammenarbeit, deren jetzt, meines Erachtens, dieses Land und seine Wirtschaft bedürfen, um die Engpässe zu steuern.

Darf ich zumindest für meine Fraktion in Erinnerung rufen: Seit dem letzten großen Bevorratungsgipfel erhielten wir von der Bundesregierung keinen Satz an Information, wie sich die Dinge entwickelt haben und was weiter geschehen soll. Aber wir sitzen seit drei Wochen täglich 10 bis 12 Stunden im Parlament und reden über das Budget. Das, Herr Bundesminister, ist eine Zumutung! Diese Bundesregierung stiehlt uns schlicht und einfach die Zeit, obwohl sie jeden Tag die Möglichkeit hätte, von der Regierungsbank aus die erforderlichen Informationen zu geben, oder wir könnten uns, wenn sie vertraulicher Natur sind, jeden Tag da treffen, um diese Informationen von Ihrer Seite entgegenzunehmen.

Peter

Die sozialistische Alleinregierung hat die Beziehung zum Parlament verloren. Die Arbeitsweise und die Arbeitsqualität sind desolat. Jede Woche müssen an Gesetzen zwei- bis dreimal Fehler saniert werden, die den Beamten Ihrer Ressorts widerfahren sind. Wer zahlt die Zeche der schlampigen Arbeit des Kabinettes Kreisky? Das Parlament, denn es sind schlechte Gesetze. Es wird gehudelt und es wird nicht sorgfältig gearbeitet. Warum? Weil Sie kein System in Ihrer Regierungsarbeit haben.

Wir haben langsam einen Zustand erreicht, der es notwendig macht, die „Withalm-Zustände“ — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich es so ausdrücke — in der Präsidialkonferenz wiederherzustellen.

Es tut mir leid, Herr Klubobmann Weisz, feststellen zu müssen: Aus der Sicht meiner Fraktion kann man Ihnen das Leben nicht mehr so leicht machen, wie es in den letzten Monaten geschehen ist.

Herr Bundesminister! Ich sage Ihnen und für den abwesenden Regierungschef folgendes: Wie blamabel ist es für den Klubobmann Ihrer Mehrheits- und Regierungsfraktion, wenn er in der Präsidialkonferenz immer wieder kommen und sagen muß: Bitte schön, da ist wieder etwas passiert, könnten wir das nicht doch noch sanieren? So geht es am laufenden Band. Früher, unter einer ÖVP-Alleinregierung, hatten wir folgendes erreicht: Die Alleinregierung der ÖVP hat den Oppositionsklubobmännern in der Präsidialkonferenz mitgeteilt, welche Gesetze sie bis zu welchem Zeitpunkt noch durchzubringen beabsichtigt. Dann ist eine Debatte geführt worden, und schließlich hat Herr Klubobmann Withalm in der Regel die Hälfte von dem nach Hause gebracht, was er für seine Alleinregierung angestrebt hatte. Diesen Zustand möchte zumindest ich namens der freiheitlichen Fraktion in der Präsidialkonferenz wiederherstellen.

Herr Bundesminister! Stellen Sie klar, ob Sie an Ihrem verfehlten Kurs festhalten oder ob Sie zur Kurskorrektur bereit sind?

Sind Sie mit Ihrer Mehrheit nach wie vor der Meinung, man solle die absolute Mehrheit der 93 sozialistischen Mandate so wie bisher auch in der Krisensituation anwenden?

Sind Sie nach wie vor der Meinung, daß es beim Niederstimmen der Oppositionsparteien durch die SPÖ bleiben soll, weil sich die Regierungsfraktion den Argumenten der Oppositionsfraktion verschließt? Oder wäre es nicht doch besser, im Interesse Österreichs besser, jetzt wenigstens zeitweilig vom hohen

Roß herunterzusteigen, die Zusammenarbeit mit den Oppositionsfractionen zu suchen, um die gegebenen Engpässe erfolgreich zu überwinden?

Ich unterstreiche das Nein der freiheitlichen Abgeordneten zum Bundesfinanzgesetz 1974 damit, daß ich abschließend jenes eingangs schon gebrachte Zitat wiederhole: Ihr Budget, Herr Bundesminister, wäre schon in normalen Zeiten katastrophal. Als Bestandteil einer allgemeinen Krise ist es umso gefährlicher. Daher müssen wir Freiheitlichen den Bundeshaushalt 1974 ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächster kommt Herr Abgeordneter Dr. Tull zum Wort.

Abgeordneter Dr. **Tull** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist durchaus vorstellbar, daß dann, wenn heute die erste Lesung des Budgets 1974 stattfände und entsprechend objektive Gesichtspunkte im Mittelpunkt der Überlegungen und Betrachtungen stünden, verschiedene Oppositionsredner sicherlich andere Maßstäbe an diesen Voranschlag gelegt, realistischere Überlegungen angestellt hätten und das Budget 1974 als wirtschaftspolitisches Instrumentarium anders werten würden.

Die wirtschaftliche Szene hat sich — das ist unbestritten, da gebe ich Herrn Abgeordneten Peter grundsätzlich recht — in den letzten Wochen grundlegend verändert. Nach diesen wenigen Wochen sieht man die Dinge anders und muß daher auch andere Methoden, andere Maßstäbe suchen.

Im Lichte der Erfahrungen der letzten Tage tritt für jedermann, nicht nur hier in Österreich, sondern in allen wesentlichen Industriestaaten, die enge weltwirtschaftliche Verflechtung klar in Erscheinung. Jedermann muß mit weniger oder mit mehr Freude, aber wahrscheinlich mit weniger Freude, einfach zur Kenntnis nehmen, daß niemand von uns mehr auf einer Insel der Seligen lebt.

In einer weltweiten Ernüchterung zeichnen sich nunmehr die Wachstumsgrenzen der Wirtschaften klar ab. Im Zeichen einer in allen Industriestaaten einsetzenden energiewirtschaftlichen Bewußtseinsbildung treten wir von Tag zu Tag mehr aus dem Banne der Bedarfsweckungswirtschaft wiederum in die Bedarfsdeckungswirtschaft ein.

Aber gerade im Hinblick auf diese sich nunmehr abzeichnende Veränderung glauben wir Sozialisten feststellen zu können, daß die Grundkonzeption des Budgets 1974 auch den Erfordernissen einer sich grundlegend wandelnden wirtschaftlichen Situation entspricht.

Dr. Tull

Obwohl die Grundlinie, die Leitlinie dieses Budgets zweifelsohne stabilitätsorientiert ist, kann man trotzdem durch das Konjunkturausgleichsbudget und die erstmals verankerte Stabilisierungsquote entsprechende Vollbeschäftigungsimpulse auslösen.

Folgendes möchte ich hier mit aller Deutlichkeit feststellen und auch Ihnen, Herr Abgeordneter Peter, sagen: Sicherlich ist eine Inflationsrate im gegenwärtigen Ausmaß oder auch eine solche, wie sie unter Umständen im kommenden Jahr denkbar wäre, vielleicht sogar in gewissen Zeitabschnitten, in gewissen Monaten bis zu 10 Prozent ein Übel, aber das wesentlich größere Übel für Österreich und für die ganze freie Welt sind Hunderttausende oder Millionen Arbeitslose!

Die Sorge um die Sicherung der Arbeitsplätze ist zumindest bei uns, meine Damen und Herren — das möchte ich mit allem Nachdruck hier unterstreichen —, in den Vordergrund des wirtschaftlichen Geschehens und aller unserer Überlegungen gerückt. Unser Ziel ist es daher: Wenn schon das Inflations-tempo im Jahre 1974 infolge von Umständen, die nicht von uns verursacht und ausgelöst worden sind, vielleicht etwas schärfer werden sollte als im Jahre 1973, dann, glaube ich, muß alle unsere Mühewaltung dennoch darauf gerichtet sein, zu verhindern, daß wir in eine Stagnation oder gar in eine Rezession schlittern.

Ich glaube, meine Damen und Herren, feststellen zu können, daß es nicht richtig ist, wenn der Herr Abgeordnete Peter hier mit aller Eloquenz feststellt, daß sich der Finanzminister weigert, im Zusammenhang mit dem vorliegenden Budget und mit der Vollziehung dieses Budgets den neuen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß man mit diesem flexibel gestalteten Budget, das auf die Kapazitäten der heimischen Wirtschaft weitestgehend Rücksicht nimmt und abgestimmt ist, sowohl die Stabilitätspolitik fortsetzen kann als auch allenfalls eine maßvolle Expansion zu fördern in der Lage ist oder daß, wenn es notwendig sein sollte, durch die Betätigung des Gaspedals — das Gaspedal funktioniert genauso gut wie die vorsichtshalber eingebaute Bremse — der Wirtschaft kräftige Impulse gegeben werden können. *(Abg. Dr. Kohlmaier: An den Weihnachtsmann glaubt er auch!)*

Mit diesem Budget, meine Damen und Herren — das können Sie nicht wegdiskutieren, wenn Sie objektiv und nüchtern sind —, ist Vorsorge getroffen worden. Herr Abgeordne-

ter Dr. Kohlmaier, nach menschlichem Ermessen ist alles unternommen worden, um für jede Situation vorbereitet und gerüstet zu sein. Überhitzungserscheinungen können vermieden werden, ebenso aber kann auch mit diesem Budget dafür gesorgt werden, daß gegebenenfalls Auftragslücken überbrückt werden. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Wenn Sie mir weiter zuhören, Herr Kollege, dann werden Sie zumindest im Innern unseren Vorstellungen recht geben müssen und erkennen, daß der Weg, der hier mit diesem Budget vorgezeichnet ist, der zweifelsohne einzig mögliche und richtige ist.

Nach menschlichem Ermessen, meine Damen und Herren, werden wir also keine Talfahrt in die Rezession antreten, wenn auch, und da gebe ich dem Herrn Abgeordneten Peter recht, die Energiekrise zweifelsohne tiefe Spuren im gesamten wirtschaftlichen Geschehen und damit auch im Wirtschaftswachstum hinterlassen wird. Aber ich glaube, ein geringeres Wirtschaftswachstum — es hat keinen Sinn, hier unter allen Umständen Schwarzmalerei betreiben zu wollen — ist kein nationales Unglück.

Wir Sozialisten sind Optimisten und davon überzeugt, daß wir diese schwere Zeit, die sicherlich vor uns liegt, gut überstehen werden, wenn wir zusammenstehen, wenn wir alle zusammen bereit sind, allenfalls Opfer auf uns zu nehmen, um zu verhindern, daß wir durch eine große Arbeitslosigkeit den sozialen Frieden gefährden. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: Ich habe geglaubt, es ist alles vorgesorgt?)* Jawohl, Herr Professor Koren, nach menschlichem Ermessen — das habe ich gesagt — ist vorgesorgt, und ich glaube, wir können somit hier schon ein gewisses Vertrauen in den Bundesminister für Finanzen, in das Budget 1974 setzen. Es hilft nichts, meine Damen und Herren, hier krankzujammern und so zu tun, als ob eine Weltuntergangsstimmung gegeben sei.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie doch nur an eines erinnern, was gestern in der „Wochenpresse“ veröffentlicht worden ist, und zwar im Zusammenhang mit der Entwicklung der Spartätigkeit in Österreich. Da heißt es eindeutig: „Daß bisher die Sparkassen von einer etwaigen Krisenstimmung ihrer Kunden etwas zu spüren bekamen, wird dezidiert verneint. Im Gegenteil: Die Spareinlagen übertrafen alles Bisherige: Im Durchschnitt um 800 Millionen Schilling höher als im Vorjahr. Karl Vak, ab 1. Jänner 1974 zum Satzungs-direktor der „Z“ bestellt“, erklärte: „Jetzt kommt die Stunde der Wahrheit. Verhält sich der Österreicher wie bisher“ — und wir glau-

Dr. Tull

ben, daß er das tun wird, meine Damen und Herren —, „dann ist Österreich vollkommen krisensicher.“

Meine Damen und Herren! Wir wollen die Opposition nicht überfordern, wir wollen nicht erwarten, daß Sie, meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), nunmehr dieses Budget bejubeln. Aber nur zu verteufeln, nur zu negieren, nur zu kritisieren, das allein im Zeichen einer von Ihnen großspurig in Aussicht gestellten und verkündeten differenzierten Konfrontation ist doch etwas zuwenig, ist doch etwas zu billig. Denn was blieb denn von Ihrer in Badgastein entwickelten differenzierten Konfrontationsstrategie oder -taktik übrig? So gut wie nichts! Alles hat sich in Schall und Rauch aufgelöst. Ein Berg kreiße, und ein Mäuslein ward geboren. Kleinliches Nörgeln, nur immer nein sagen, ablehnen um jeden Preis: so sieht Ihre differenzierte Konfrontationspolitik in Wahrheit aus.

Meine Damen und Herren! In der ersten Lesung haben Sie einige Schwerpunkte bei Ihren Angriffen gesetzt. Da haben Sie sich als erstes mit der Stabilisierungsquote beschäftigt und versucht, die Stabilisierungsquote lächerlich zu machen. Ihr Herr Abgeordneter Dr. Mussil hat damals erklärt: „Ich darf dann zur Stabilisierungsquote folgendes sagen: Ich würde diese Quote als Verschleierungsquote bezeichnen.“ So Abgeordneter Dr. Mussil in der ersten Lesung des Budgets 1974. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Sie sagen, das ist richtig. Ist das richtig? — Gut, geht in Ordnung. Wenden Sie sich dann bitte an den Landesfinanzreferenten in Niederösterreich, und ich zitiere nunmehr die „Oberösterreichischen Nachrichten“. Da heißt es: „Androsch-Budget macht Schule. Auch Niederösterreich teilt.“ Auch Niederösterreich teilt insofern, als neben einem ordentlichen und außerordentlichen Budget auch eine Stabilisierungsquote vorgesehen ist.

Wenn also dieses Androsch-Budget so schlecht wäre, wenn diese Stabilisierungsquote nur der Verschleierung dient, ja warum macht es Ihr Parteifreund Ludwig dem Androsch nach? Weiß Ihre Linke nicht, was die Rechte tut? (*Ruf bei der ÖVP: Das stimmt ja nicht! — Weitere Zwischenrufe.*) Ach das ist eine echte und das andere ist eine unechte Stabilisierungsquote. Ah so, also jetzt haben wir eine neue Definition, das eine ist eine echte und das andere ist eine unechte Stabilisierungsquote. (*Zwischenrufe des Abg. Doktor Withalm.*)

Herr Dr. Withalm! In dieser Stabilisierungsquote, wie sie Androsch im Budget verankert hat, sind doch immerhin sehr bedeutsame Projekte enthalten: auf dem Gebiet der Bauten, Hoch- und Tiefbauten, 1,41 Milliarden Schilling, für den Kauf von Gütern und Leistungen rund 1,2 Milliarden, wie Fahrzeuge für Bundesbahn und Fortsetzung der Automatisierung im Fernsprechverkehr. Ihr Wunsch ist es doch, meine Damen und Herren des Österreichischen Bauernbundes, daß die Verbesserung des Telephonausbaues auf dem flachen Lande forciert wird. Hier sind entsprechende Mittel vorgesehen.

Das zweite Angriffsziel in Ihrer ersten Lesung war die Schuldenpolitik. Herr Abgeordneter Dr. Koren hat laut ÖVP-Pressedienst am 31. Oktober erklärt, die ÖVP sei gegen Schuldenpolitik und Verschwendung. Ihr Herr Parteiboss Dr. Schleizer ist aus den Bereichen der Agrarpolitik nunmehr in die Gefilde der hohen Finanzpolitik übersiedelt und sah sich veranlaßt, gleichfalls entsprechende Erklärungen im ÖVP-Pressedienst abzugeben. Unbekümmert von einem entsprechenden Fachwissen, offenbar unbeschwert, verwegen und kühn stellt hier Dr. Schleizer fest: „Mit dem Budget 1974, das er“ — Androsch — „unter das Motto: ‚Vorrang der Stabilität‘ gestellt hat, hat Dr. Androsch deutlich gezeigt, daß er leider ein sehr schlecht vorbereiteter Finanzminister ist.“

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube dem Herrn Dr. Schleizer — und ich bin froh, daß er hier ist — eines sagen zu können: Sie brauchen sich um die Qualitäten Doktor Androschs in der Finanzpolitik wahrlich nicht zu sorgen. Der hat schon seine Bewährungsprobe bestanden, und wenn Sie, Herr Doktor Schleizer, die gleiche Bewährungsprobe seinerzeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft bestanden hätten, wäre zweifelsohne in der Landwirtschaft heute so manches besser gestellt und müßten nicht Ihre Parteifreunde aus dem Bauernbund hier dauernd herauskommen, sich an die Klagemauer stellen und immer wieder ein Lamento anstimmen. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Sie sagen hier, Herr Dr. Schleizer, die Teuerungsrate sei mit 7 Prozent überwältigend. Ich habe schon gesagt, wir sind natürlich nicht glücklich, daß wir eine solche Teuerungsrate in Österreich haben. Aber, Herr Dr. Schleizer, wissen Sie, wie es um die Teuerungsrate derzeit in Europa aussieht? Ist Ihnen bekannt — da Sie sich nunmehr mit nationalökonomischen Problemen beschäftigen, dürften Sie sich doch auch solcher

Dr. Tull

Unterlagen bedienen, ehe Sie solche Behauptungen unbewiesen in den Raum stellen —: Schweden hat eine Teuerungsrate von 6,4 Prozent, Österreich von 7 Prozent, und dann geht es los: Frankreich 7,4, die Bundesrepublik 7,4, Belgien 7,5, die Schweiz 8,2, Holland 8,3, Großbritannien 9,3, Finnland 10 Prozent und Italien 11,5 Prozent! Das ist, meine Damen und Herren, die Wahrheit. *(Zwischenrufe.)*

Und nun, meine Damen und Herren, noch etwas über die Schulden. Auch wir, meine Damen und Herren, sind grundsätzlich gegen volkswirtschaftlich unbegründete und daher unerwünschte Verschuldungen. Deshalb das Bemühen Dr. Androschs und der Regierung seit 1970, die Staatsfinanzen zu sanieren und zu konsolidieren. Deswegen unsere Anstrengungen, den ÖVP-Schuldenberg, den Sie uns seinerzeit überlassen haben, abzubauen, vorzeitige Schuldentilgungen vorzunehmen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Sie werden wir abbauen, Herr Tull!)*

Meine Damen und Herren! Die von der Sozialistischen Partei, von den sozialistischen Regierungsmitgliedern in die Wege eingeleitete Konsolidierung zum Gesundungsprozeß *(Abg. Graf: ... ist mißlungen!)* hat erfreuliche Resultate gezeigt. Ist mißlungen? Nun bitte, auch darüber läßt sich reden. Sie sagen, Herr Kollege Graf, mißlungen. *(Abg. Graf: Sie sind der schlechteste Tull, den ich je erlebt habe!)* Herr Kollege! Das ist Ihnen unangenehm, wenn man Sie mit Tatsachen, mit harten Fakten konfrontiert. *(Abg. Graf: Heute haben Sie einen schlechten Tag, Herr Tull!)*

Herr Kollege Graf! Schauen wir uns einmal an, wie sieht es mit der Entwicklung der Finanzschuld im Vergleich zum Bruttonationalprodukt in der Zeit von 1968 aus. *(Abg. Graf: Mit Ihnen schau ich mir gar nichts an, aber schon gar nichts!)* Das glaube ich. Das wollen Sie nicht hören. Aber trotzdem werde ich es Ihnen sagen, Herr Kollege Graf: 1968 — damals war, glaube ich, Koren Finanzminister, Herr Dr. Schleinzer *(Abg. Graf: Der Beste, den es je gegeben hat!)* —: 13,2 Prozent, 1969 13,1 Prozent, 1970 12,6 Prozent, 1971 11,3 Prozent, wiederum weniger, 1972 wiederum weniger 10,6 Prozent und 1973 9,4 Prozent. Das sind die Erfolge der sozialistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik in diesem Land! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist, meine Damen und Herren, keine differenzierte Konfrontation und Opposition, wenn man einerseits gegen die Steuerpolitik dieser Regierung zu Felde zieht und polemisiert, andererseits eine geradezu hemmungslose Lizitationspolitik betreibt.

Und damit komme ich zum Problem der Steuern, Herr Kollege Sandmeier. Niemand ist glücklich und froh, Steuern zahlen zu müssen. Aber über eines müssen wir uns auch im klaren sein — und das sei Ihnen ins Stammbuch geschrieben —: Eine alternativlose, nur auf Lizitation ausgerichtete Neinsager-Politik der ÖVP ist nicht der geeignete Weg, die steigenden Gemeinschaftsausgaben, die sich mehrenden Gemeinschaftsaufgaben, die Verbesserung der Lebensqualität aller Bevölkerungsschichten garantieren zu können.

Meine Damen und Herren! Damit komme ich zum Problem der Lebensqualität. Auch wir sind der Meinung, daß auf diesem Sektor so manches geschehen muß. Auch wir sind der Meinung, es gibt hier nur eine harte Alternative ... *(Zwischenrufe des Abg. Kraft.)* Herr Kraft! Schauen Sie, das ist doch eine so einfache Rechnung, aber Sie kapieren es offenbar noch immer nicht. Selbst wenn man es Ihnen hundertmal sagt, werden Sie trotzdem das Gegenteil dessen behaupten. Schauen Sie, es gibt doch nur zwei Möglichkeiten *(Abg. Kraft: es gibt immer zwei Möglichkeiten!)*: Wenn ich die Lebensqualität verbessern will, wenn ich die Infrastruktur verbessern will, wenn ich mehr Schulen, wenn ich besseres Wasser, wenn ich die Kanalisationsbauten fördern will, dann kann man entweder nur irgendwo etwas streichen oder entsprechende Opfer von der Bevölkerung verlangen und auch in der Gesundheitspolitik *(Abg. Kraft: Schröpfungspolitik betreiben Sie!)* den Menschen einfach die Wahrheit sagen, daß die Gesundheit beispielsweise etwas kostet und daß man dafür entsprechende Beträge bereitstellen muß. *(Abg. Kraft: Eine Schröpfungspolitik betreiben Sie! — Abg. Fachleutner: Eine Ausbeutungspolitik ist das!)*

Sie sagen, das ist eine Schröpfungspolitik. Meine Damen und Herren! Wie schaut es denn mit dieser Schröpfungspolitik in Wahrheit aus? Es ist unbestritten, es ist keine Erfindung von uns, sondern das ist vom Institut für Wirtschaftsforschung in den letzten Tagen bekanntgegeben worden: Die Steuerbelastung des Bruttonationalproduktes in Österreich betrug 1973 nur 21,8 Prozent, das ist der absolut niedrigste Wert seit 1965.

Meine Damen und Herren! Wir sind bereit, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern und nach entsprechenden Wegen zu suchen und die entsprechenden Mittel bereitzustellen *(Zwischenruf des Abg. Kraft)*, aber zu einem werden wir uns nicht hinreißen lassen, meine Herren des ÖAAB: Wir werden uns nicht dazu hergeben, die gleiche unver-

Dr. Tull

antwortliche Zickzackpolitik hinsichtlich der Steuern zu machen, wie Sie sie von 1966 bis 1970 praktiziert haben. Erinnern Sie sich: Heute verlangen Sie groß eine Steuersenkung mit 1. Jänner (Abg. Kraft: Mit Recht!), 1967 haben Sie eine verlangt — auch mit Recht — und durchgeführt. (Ruf: Durchgeführt!) Ja, durchgeführt. (Abg. Graf: Wir!) Sie, ja! Aber was jetzt kommt, haben auch Sie durchgeführt, gegen die Stimmen der Sozialistischen Partei, nämlich: die Erhöhung der Umsatzsteuer, die Einführung der Alkoholsondersteuer, 1969 die Zuschläge: 10 Prozent, meine Herren des ÖAAB, zur Lohn- und Einkommensteuer, 10 Prozent zur Körperschaftsteuer, 50 Prozent zur Vermögensteuer. (Abg. Doktor Neuner: Die Sie noch immer einheben!) Das war eine Mehrbelastung von immerhin rund 5000 bis 6000 Millionen Schilling. (Abg. Kraft: Schauen Sie sich doch die Lohnsteuerentwicklung an!)

Damals haben Sie schwere Opfer von den Menschen verlangt, heute stellen Sie maßlose Forderungen. Sie kommen heraus und sagen, es geschähe zuwenig. Das Budget sei aufgebläht, trotzdem geschähe zuwenig, und Sie beginnen, nunmehr Ihre Forderungen vorzutragen. (Abg. Dr. Mussil: Das ist nicht wahr! Schauen Sie sich die Anträge an! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ.)

Sie verlangen Senkung der Mehrwertsteuer; Kostenpunkt 6 Milliarden Schilling. (Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.) Sie verlangen die Senkung — das hat Herr Abgeordneter Sandmeier gesagt — der Lohn- und Einkommensteuer (Abg. Sandmeier: In zwei Monaten werden wir es haben!) — nein, in zwei Monaten werden Sie es noch nicht haben, in zwei Monaten werden Sie es bestimmt noch nicht haben —: 3,6 Milliarden Schilling. Die Färbung des Dieselöls 720 Millionen Schilling.

Die Frau Abgeordnete Dr. Hubinek hat einen sicherlich interessanten Antrag eingebracht auf Einführung der Mütterpension, Mütterbeihilfe, Lebenskapital. Zusammen 6 Milliarden Schilling. Nur eines hat sie nicht gesagt, woher das Geld genommen werden soll. (Abg. Dr. Koren: Das ist doch Unfug, was Sie da behaupten! — Abg. Mitterer: Woher haben Sie die 6 Milliarden?)

Herr Dr. Schleinzer spricht ... (Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Alles zusammen macht doch 6 Milliarden Schilling aus! (Neuerliche lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.) Aber alles zusammen macht doch 6 Milliar-

den Schilling aus, wenn Sie das addieren, was Sie hier verlangt haben. (Abg. Doktor Koren: Sie haben behauptet, die Frau Hubinek habe einen Antrag auf 6 Milliarden Schilling eingebracht! Korrigieren Sie das!)

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Schleinzer hat im Pressedienst der ÖVP geschrieben: „Dr. Androsch ist nicht sparsam.“ Nun soll uns der Herr Dr. Schleinzer sagen, wo konkrete Streichungsanträge gestellt werden müssen. Sie haben in den letzten Tagen — Herr Dr. Koren, das werden Sie wohl nicht leugnen — im Finanz- und Budgetausschuß eine Reihe von Abänderungsbeziehungsweise Entschließungsanträgen eingebracht. Haben Sie einmal den Rechenstift zur Hand genommen und ausgerechnet, was das kostet, was Sie dort verlangt haben? Haben Sie das getan? (Abg. Kern: Haben Sie es getan?) O ja, wir haben es getan, Herr Kern! (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ja, weil Sie keine Bedeckungsvorschläge gebracht haben, weil Sie nicht gesagt haben, woher man das Geld nehmen soll, um das alles zu realisieren! (Abg. Mitterer: Haben Sie das immer gemacht? — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Herr Abgeordneter Mitterer! Ich komme dann darauf zu sprechen. (Abg. Mitterer: Ja, ja! — Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich danke Ihnen für den Zwischenruf. Darf ich Sie bitten, sich zu gedulden, ich komme dann später noch darauf. (Abg. Withalm: Nicht später, gleich jetzt!)

Sie fordern: Erhaltung des Siedlungs- und Kulturraumes in den Bergbauerngebieten! Nach sehr vorsichtigen Schätzungen kostet das rund 1 bis 4 Milliarden Schilling; aber ich nehme nur 1 Milliarde an. (Ruf bei der ÖVP: Eine großzügige Schätzung! — Abg. Dr. Withalm: Eine positive Schätzung!) Sie bestreiten das.

Der Entschließungsantrag des Herrn Doktor Zittmayr bezüglich Mehrwertsteuersenkung und halben Satz bei Handelsdünger kostet 1 Milliarde Schilling.

Auf eins, zwei sind hier 3 Milliarden Schilling beisammen! Sagen Sie uns doch, woher man dieses Geld nehmen soll! Man kann doch nicht einfach hergehen und sagen: Das kostet nichts, der Finanzminister soll einfach schauen, woher er das Geld nimmt! (Abg. Mitterer: Das haben Sie immer gesagt, Herr Kollege Tull! Sie haben das immer so gesagt! — Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm.) Ja, ja, jetzt komme ich auf 1966, Herr Dr. Withalm!

Meine Damen und Herren! Wenn Sie der Meinung sind, daß mehr eingespart werden

Dr. Tull

sollte, dann sagen Sie uns bitte konkret, wo! — Herr Abgeordneter Dr. Withalm! Das waren Sie, der das am 20. Dezember 1968 in diesem Hohen Hause gesagt hat. (*Abg. Mitterer: Und haben Sie es beantwortet?*) O ja, Herr Abgeordneter Mitterer! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Wir haben sehr konkrete Anträge gestellt. (*Abg. Dr. Withalm: Die waren wirklich „konkret“!*) Doch, wir haben Anträge gestellt, woher das Geld kommen soll, während Sie sich nicht einmal der Mühe unterzogen haben, auch nur den geringsten Hinweis zu geben, woher man das nehmen soll. (*Abg. Dr. Withalm: 5 Milliarden Schilling an einem Tag haben Sie verlangt! Erinnern Sie sich!*)

Ja, ich erinnere mich sehr gut, meine Damen und Herren, aber ich habe auch gleichzeitig gesagt, woher das Geld kommen soll! (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) O ja, das haben wir immer gesagt! Wir haben eine sehr seriöse Oppositionspolitik betrieben (*Beifall bei der SPÖ — Heiterkeit bei der ÖVP.*), jawohl, eine sehr seriöse Oppositionspolitik!

Herr Dr. Withalm! Ich möchte Ihnen nur sagen, was Sie uns am 15. Juni 1966 — bleiben Sie jetzt hier, Herr Dr. Withalm! — gesagt haben. Sie haben damals an uns gewendet erklärt: „Sie waren Regierungspartei und müssen sich in die Rolle der Oppositionspartei erst richtig eingewöhnen; das macht für den Anfang sicherlich gewisse Schwierigkeiten!“ (*Abg. Dr. Withalm: Selbstverständlich!*)

Ja, aber wir haben die Schwierigkeiten gemeistert und nicht nur gemeistert, wir sind auf Grund unserer guten Politik für Österreich aus der Opposition zur absoluten Mehrheitspartei in diesem Hause geworden! (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist der Unterschied. (*Abg. Graf: Das ist vorbei!*) Das geht Ihnen auf die Nerven, das glaube ich Ihnen gern, die Wahrheit verträgt man nicht leicht. Das verstehe ich. Das tut weh, meine Herren des Wirtschaftsbundes, wenn man Ihnen hier einmal den Spiegel vor das Gesicht hält (*Abg. Mitterer: Ja, ja! — Heiterkeit bei der ÖVP.*), um aufzuzeigen, daß Sie viel und oft mit zwei Zungen reden! (*Abg. Mitterer: Der Spiegel ist ganz matt, aber schon ganz matt! Mit lauter Rostflecken!*)

Sie können unbesorgt sein: Wenn eine Partei in zwei Jahren fast 70 Prozent des Regierungsprogramms erfüllt hat (*Ruf bei der ÖVP: Ach so?*), wie es die Sozialistische Partei tat, dann braucht ihr um die Zukunft nicht bang zu sein! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Wo sind die 70 Prozent?*)

Wo sie sind? — Wir haben den Großteil unseres Regierungsprogramms erfüllt! (*Abg. Doktor Withalm: Den „Großteil“: 70 Prozent?*) Das haben wir Ihnen schon wiederholt aufgezeigt. Wir können auf unsere Leistungsbilanz stolz sein, denn was wir versprochen haben, Herr Dr. Withalm, haben wir auch bisher zum Großteil erfüllt. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Wo sind die 70 Prozent?*)

Die internationale Lage, Herr Dr. Withalm, meine Damen und Herren (*Abg. Graf: Wo sind die 70 Prozent, Herr Doktor?*) — das sage ich auch Ihren Sprechern des heutigen Tages —, die internationale Lage wird zweifelsohne am Budget, am Budgetvollzug nicht spurlos vorübergehen. Wir werden allenfalls durch die Mobilisierung entweder des Konjunkturausgleichs-Budgets oder durch den Einsatz der Stabilisierungsquote (*Abg. Kraft: Sie wissen es also noch immer nicht?*) für einen richtigen, volkswirtschaftlich optimal effizienten Vollzug des Budgets sorgen. (*Abg. Kraft: „Damit das Einkaufen Freude macht“! Eine Riesenfreude im ganzen Lande! — Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Es wird sicherlich auch Umschichtungen geben. (*Abg. Mitterer: Budget-Simplizismus ist das!*) Ich möchte Ihnen eines sagen, Herr Mitterer: Natürlich werden wir auch im kommenden Jahr sicherlich Budgetüberschreitungsgesetze in diesem Hause behandeln (*Abg. Mitterer: Davon redet man nicht!*), das hat es ja immer gegeben.

Da komme ich jetzt auf eine Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Gruber zurück (*Abg. Doktor Withalm: Wo sind die 70 Prozent?*), der im Zusammenhang mit dem 2. Budgetüberschreitungsgesetz sich hierhergestellt und gefragt hat: „Was ist das für eine Planung? Was ist das für eine Budgetierung?“ (*Abg. Graf: Eine schlechte!*) „Ich sage noch einmal: Man führt die Abgeordneten wirklich an der Nase herum!“ (*Abg. Graf: Jawohl!*)

Dann beklagt er sich darüber, daß verschiedenes in den Schulen nicht geschehen könne, weil bis zu diesem Zeitpunkt die Gelder nicht bereitgestellt worden sind. (*Abg. Graf: Jawohl!*)

Herr Abgeordneter Graf! Wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen! Seien Sie vorsichtig! (*Abg. Graf: Ich sitze nicht im Glashaus!*) Aber Ihr Kollege Dr. Gruber sitzt im Glashaus! Er soll doch hier kein Klagelied anstimmen, er soll doch vielmehr beispielsweise das Protokoll der 157. Sitzung vom 26. November 1969 zur Hand nehmen und dort nachlesen:

Dr. Tull

„Von einem einzigen Institut liegt mir ein Brief vor, dem Institut für Publizistik, Vorstand Professor Kieslich, das mitteilt: 600.000 S sind ihm für den Ausbau des neuen Institutes bewilligt, 100.000 S für die Anschaffung wissenschaftlicher Apparate, verteilt auf die Jahre 1968, 1969 und 1970. Die Jahre 1968 und 1969 sind vergangen, bis heute sind 5 Prozent der Summe eingelangt.“ So das Institut für Publizistik. So war das in Ihrer Zeit, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Das sind Tatsachen, die man nicht wegdisputieren kann, weil sie in den stenographischen Protokollen festgehalten sind. *(Abg. Dr. Withalm: Bei uns war ...!)* O ja! *(Abg. Mitterer: Ihre Erklärungen ...!)*

Jetzt reden wir weiter *(neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm)*, jetzt reden wir weiter, Herr Dr. Withalm, um zu sehen, wie in Ihrer Zeit die Dinge gewesen sind, als Sie der Zuchtmeister und Klubobmann der Österreichischen Volkspartei waren. *(Zwischenrufe.)* Wie hat es da ausgesehen? — Das sage ich Ihnen jetzt, Herr Dr. Withalm. Im Protokoll der 157. Sitzung heißt es weiter: „Das Institut für Publizistik der Universität Salzburg teilt weiter mit, daß es seit Jänner 1969 außerstande ist, die Institutsmiets zu bezahlen.“

Oder: „Der Rektor der Universität Salzburg hat auf der Pressekonferenz erklärt: Ich bedaure mitteilen zu müssen, daß das Rektorat seit Wochen weder Papier noch Bleistifte kaufen kann, weil ihm nicht 1 Schilling vom Finanzminister“ — vom Herrn Dr. Koren damals — „zur Verfügung gestellt wird.“ *(Rufe bei der SPÖ: Jawohl!)*

Die Universität Salzburg konnte damals den elektrischen Strom nicht bezahlen! *(Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Die Universität Salzburg war nicht einmal in der Lage, die Telefonrechnungen zu begleichen!

So sah es damals aus, als Sie die Verantwortung für das Unterrichtsressort und für die Finanzen in diesem Staate gehabt haben! *(Abg. Dr. Withalm: Herr Tull, was war voriges Jahr mit den Rektoren? — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Nun möchte ich in diesem Zusammenhang doch noch etwas kurz einblenden: Bei der Behandlung der Gruppe Gesundheitswesen hat sich die Frau Abgeordnete Hager auch mit der Kürzung im Gesundheitsressort in Oberösterreich beschäftigt *(Abg. Graf: Falsch!)* und damals ausdrücklich ... *(Abg. Graf: Falsch!)* Nein! Eben: Da sieht man, wie Sie alles verdrehen, wie Sie einfach alles auf

den Kopf stellen, wenn Sie glauben, daß Ihnen damit ein parteipolitischer Dienst erwiesen wird! *(Abg. Graf: Aber geh!)* Dann nehmen Sie es mit der Wahrheit nicht so ernst!

Sie hat ausdrücklich gesagt *(Abg. Graf: Völlig falsch!)* — das muß ich heute kollegialer- und objektiverweise richtigstellen —: Im Gesundheitswesen, bei der Krebsbekämpfung, bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, bei der Bekämpfung des Alkoholismus, bei der Vorbeugung gegen die Englische Krankheit, bei Beratungsstellen für Körper- und Sinnesbehinderte, erfolgte jeweils eine 10prozentige Kürzung. *(Rufe bei der SPÖ: Jawohl!)*

Und was haben Sie daraus gemacht? — Sie sind einfach hergegangen und haben behauptet, und zwar angeblich nach Rücksprache mit Herrn Dr. Ratzenböck *(Ruf bei der ÖVP: Angeblich? Wirklich!)* — ich weiß es nicht *(Zwischenrufe bei der SPÖ)*, also bitte, ich nehme das zur Kenntnis —, daß das Gesundheitswesen insgesamt um 10 Prozent erhöht worden ist!

Das hat die Frau Abgeordnete Hager — ich glaube, Sie nannten 36.000; ich kann mich nicht mehr genau erinnern — nie in der Form gesagt, wie Sie es nachher publiziert haben, um eine kosmetische Operation des Budgets des Landes Oberösterreich vornehmen zu können. *(Abg. Sandmeier: Nachzulesen in der Korrespondenz!)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das Resümee der Budgetverhandlungen kurz und einfach lautet: Die Österreichische Volkspartei hat sehr viel geredet, viel kritisiert und noch mehr lamentiert. *(Abg. Graf: Tull ist passé als Sprecher!)* Aber von differenzierter Konfrontation und Opposition — weit und breit kein Ansatz! *(Abg. Graf: Androsch hätte etwas Besseres verdient!)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Koren hat am 30. November dieses Jahres in Gastein erklärt, die ÖVP soll keine Quasi-Regierungspartei sein.

Herr Graf! Ich möchte Ihnen und auch dem Herrn Abgeordneten Koren eines sagen *(Abg. Graf: Sie sind passé als Sprecher!)*: Die ÖVP war als Regierungspartei schlecht. Warum soll sie als Quasi-Regierungspartei besser sein als seinerzeit in der Zeit von 1966 bis 1970? *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Der Budget-Simplizissimus von Tull! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Der Herr Abgeordnete Sandmeier hat sich bemüßt gefühlt, in seiner Rede auch das Problem der landwirtschaftlichen Zuschußrenten hier kurz anzuziehen. In diesem Zusam-

Dr. Tull

menhang möchte ich darauf hinweisen, daß Ihr Herr Abgeordneter Dr. Withalm am 14. Juli 1966 folgendes gesagt hat:

„Meine Damen und Herren! Sie werden sich noch wundern, was wir in den jetzt begonnenen vier Jahren dieser Legislaturperiode an Sozialinitiativen entwickeln werden. Da werden Sie sich noch wundern!“

Diesbezüglich hat er recht gehabt: Sie haben nämlich nichts an Sozialoffensiven, an Sozialinitiativen entwickelt. Was Sie gemacht haben, war die Einleitung des Sozialstopps. Was Sie gemacht haben, war nichts anderes, als auf der Stelle treten.

Wie schaut es denn heute aus, Herr Kollege Sandmeier? Belassen wir doch die Kirche im Dorf. Sie reden von den landwirtschaftlichen Zuschuñrenten. Ist Ihnen, Herr Abgeordneter Sandmeier, denn entgangen, daß im Jahre 1970 der Bundeszuschuß zur landwirtschaftlichen Zuschuñrente 725 Millionen Schilling betragen hat (*Abg. Kern: Wer hat das Gesetz beschlossen, Herr Dr. Tull?*), während 1973 der Zuschuß immerhin 1300 Millionen Schilling ausmacht?

Die ÖVP hat es damals nicht zuwegegebracht, trotz ihrer absoluten Mehrheit, diesen Zuschuñrentnern die Ausgleichszulagen zu geben. Heute bekommen diese Personen die Ausgleichszulagen. Im Jahre 1973 waren es 700 Millionen Schilling. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Viel zuwenig, Herr Tull!*) Sie sagen: Viel zuwenig! Aber bei Ihnen haben die Betroffenen 0,0 Schilling bekommen. Heuer haben sie immerhin 700 Millionen Schilling bekommen.

Eines möchte ich auch noch sagen: Die Gesamtkosten für die bäuerliche Sozialversicherung betrug 1 Milliarde Schilling im Jahre 1970, während sie 2,4 Milliarden Schilling im Jahre 1972 ausgemacht hat. (*Abg. Graf: Gemeinplätze, Herr Tull! Nicht mehr!*)

Meine Damen und Herren! Sie haben sehr viel kritisiert. Das ist das gute Recht der Opposition. (*Abg. Graf: Jawohl!*) Aber wir hätten auch etwas anderes erwartet. (*Abg. Graf: Den Rücktritt der Regierung! Höchste Zeit!*) Wir hätten auch Alternativen erwartet. Herr Abgeordneter Graf! Was wir und was das österreichische Volk vor allem von der Opposition erwarten müssen, ist, daß sie bessere Alternativen vorschlägt und die Sachlichkeit in den Vordergrund rückt. Das sage nicht ich. Das hat seinerzeit der Herr Abgeordnete Dr. Withalm gesagt. Vor Tisch las man es anders. Damals verlangte man Alternativen. Heute begnügt man sich mit billiger Effekthascherei, mit hemmungsloser Lizitationspolitik. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dok-*

tor Withalm: Herr Dr. Tull! Der Herr Abgeordnete Czettel hat ja damals ein Alternativbudget angekündigt! Erinnern Sie sich?) Ja. Das haben wir auch gemacht. Wir haben damals auch Minderheitsberichte vorgelegt und sehr, sehr viele konkrete Vorschläge gemacht (*Abg. Dr. Withalm: Nein! Sie haben nichts gemacht! Überhaupt nichts!*), die Sie aber bedauerlicherweise alle in den Wind geschlagen haben.

Meine Damen und Herren! Es wurde heute auch die Aufforderung an den Finanzminister beziehungsweise an die Regierung gerichtet, die Regierungserklärung zu modifizieren, weil bisher auf die Regierungserklärung nirgends Bezug genommen worden sei.

Ich glaube sagen zu können: Wir haben in den letzten drei Jahren weniger geredet, dafür aber mehr gehandelt. Wir haben eine Politik gemacht, die wirklich den breitesten Schichten der österreichischen Bevölkerung zugute gekommen ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

In diesem Zusammenhang muß ich noch etwas sagen, meine Damen und Herren — und es sei klar ausgesprochen —: Wir sind mit einem Wahlprogramm angetreten. Die Wähler haben uns den Auftrag gegeben, dieses Programm durchzuführen. Wir haben dieses Programm in die Regierungserklärung gegossen. Und wir werden konsequent diese Regierungserklärung durchsetzen, so wie es uns die Wähler aufgetragen haben! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: 30 Prozent, Dr. Tull!*)

Meine Damen und Herren! Wir werden daher auch das Budget 1974 — in der Gesamtschau unserer Regierungspolitik, unserer Regierungserklärung gesehen — konsequent durchführen. Wir betrachten es als ein taugliches Instrument zur Verwirklichung unserer gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen. (*Abg. Graf: Herr Tull! Glauben Sie das wirklich?*) So werden wir unsere Politik in Österreich in der Überzeugung fortsetzen, daß sie von der überwiegenden Mehrheit dieses Volkes anerkannt, gutgeheißen und letzten Endes auch honoriert wird! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Glauben Sie das wirklich? Doktor Androsch hätte einen besseren Sprecher verdient! — Bundesminister Dr. Androsch: Zu güutig! — Abg. Robert Weisz: Der beste Tull, den es jemals gab!*)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

eine laute Stunde hinter uns. Ich möchte doch einige Feststellungen des Herrn Abgeordneten Dr. Tull in aller Kürze korrigieren.

Der Herr Abgeordnete Dr. Tull hat festgestellt, er bringe nur objektive Gesichtspunkte. Der Verlauf dieser Stunde hat uns gezeigt, daß es um die Objektivität nicht sehr gut bestellt war.

Der Herr Abgeordnete Dr. Tull hat festgestellt: Das Budget 1974 ist äußerst flexibel. — Ich glaube, Herr Abgeordneter Dr. Tull, daß gerade diese Feststellung nicht richtig ist. Ich werde darauf noch zurückkommen. Der Herr Finanzminister hat nämlich leider sehr wenig Bewegungsspielraum, und vor allen Dingen ist er nach unserer Auffassung nicht in der Lage, die Erfordernisse, die sich allenfalls aus einer geänderten wirtschaftlichen Entwicklung ergeben, wirklich mit diesem Budget zu bewältigen.

Sie, Herr Abgeordneter Dr. Tull, haben gesagt: Wir alle müssen zusammenstehen. — Das ist völlig richtig. Wir stehen in schwierigen Zeiten auch zusammen und wir unterstützen die Regierung, wenn wir davon überzeugt sind, daß die Regierung richtige Maßnahmen im Interesse des Volkes ergreift.

Bezüglich Ihrer Formulierung die Teuerung betreffend: Es ist üblich geworden, immer nur monatliche oder allenfalls jährliche Teuerungsraten anzuführen und diese mit allen möglichen und unmöglichen Ländern zu vergleichen. (Abg. Dr. Tull: Sind die europäischen Länder unmöglich? Was heißt das? — Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)

Für Österreich und für die Bevölkerung ist entscheidend (Abg. Dr. Tull: England, Frankreich!), wie sich die Dinge langfristig entwickeln. (Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Doktor Maleta gibt das Glockenzeichen.)

Eine einfache Feststellung: Der Verbraucherpreisindex 1966 ist ein Beispiel für den Vergleich: 1966 betrug der Verbraucherpreisindex in Österreich 100 Punkte. Innerhalb von vier Jahren bis zum April 1970 ist der Verbraucherpreisindex auf 113,4 Punkte gestiegen, also um 13,4 Punkte höher gewesen. Im November 1973 ist dieser Verbraucherpreisindex auf 142,4 Punkte angestiegen. Das heißt: Von April 1970 bis November 1973 eine Steigerung um 29 Indexpunkte. (Abg. Blecha: Und die Gehälter?)

Meine Damen und Herren! Diese Teuerung innerhalb von dreieinhalb Jahren muß die Bevölkerung aushalten. (Neuerliche Zustim-

mung bei der ÖVP.) Nicht die 7 Prozent oder 8 Prozent in einem Monatsvergleich, sondern die langfristige Entwicklung trifft die österreichische Bevölkerung am härtesten. Diese Teuerung ist für die Bevölkerung wirklich eine Zumutung.

Auf die Forderung der Landwirtschaft — auf diese 1 Milliarde — komme ich auch ganz kurz zu sprechen. Wir werden darüber noch reden.

Auch zu den Sozialaufwendungen für die Landwirtschaft ein kurzes Wort. Es ist noch keiner Berufsgruppe in Österreich von der sozialistischen Fraktion der Beitrag aus dem Budget für die Krankenversicherung oder für die Pensionsversicherung ständig vorgeworfen worden. Der Landwirtschaft wird diese Leistung, diese gesetzliche Leistung ständig vorgeworfen. Ich glaube, daß das eine ungerechte Beurteilung der Situation ist. (Abg. Dr. Tull: Die Wahrheit wird man doch noch sagen dürfen!) Sie dürfen die Wahrheit sagen, aber Sie sollen nicht die halbe Wahrheit sagen. (Zustimmung bei der ÖVP.) Dann sagen Sie wenigstens dazu, daß die anderen Berufsgruppen mindestens die dreifache Geldsumme bekommen.

Von den 22 Milliarden Schilling an Sozialbudget bekommt die Landwirtschaft nur rund 3 Milliarden Schilling; das ist ein Anteil, der ungefähr nur 14 Prozent oder 15 Prozent entspricht. Bei dieser Situation in der Landwirtschaft ist das kein überhöhter Beitrag aus dem Budget für diesen Bereich. (Abg. Graf: Ja wohl!)

Nun zum Kapitel Finanzen. Der interessierte Österreicher stellt sich im Zusammenhang mit dem Budget 1974 sicherlich einige Fragen: Stimmen die Aussagen des Finanzministers in seiner Budgetrede mit den Tatsachen überein? Gehen von diesem Budget 1974 im nächsten Jahr weitere Preissteigerungen aus? Hat das hohe Budgetdefizit für die Bevölkerung nachteilige Folgen? Der einzelne Österreicher fragt sich: Werden meine Steuern und meine Beiträge von dieser Regierung wirtschaftlich und sparsam eingesetzt? Werden für die Österreicher in den kommenden Jahren besonders wichtige Aufgaben von dieser Regierung richtig erkannt und im Budget auch entsprechend berücksichtigt?

Das sind einige Fragen, die sich automatisch jedem Österreicher aufdrängen, weil er ja von diesem Budget, von diesem Bundeshaushalt auch persönlich und direkt betroffen ist. Es ist so wie in einer Familie oder wie in einem Unternehmen. Eine bestimmte Menge Geld steht zur Verfügung, und es kommt dann darauf an, ob dieses Geld wirtschaftlich und zweckmäßig eingesetzt wird, ob man die

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Erfordernisse erfüllen kann und ob man eine richtige Priorität einhält; das heißt, daß man das Wichtigste vorerst erledigt und erst dann die weniger wichtigen Maßnahmen setzt.

Das gilt für die Familie, das gilt für den Betrieb — das gilt für das Gewerbeunternehmen, das gilt für den Handelsbetrieb —, das gilt für die Industrie, das gilt aber genauso für den Staat und für die Finanzverwaltung des Staates, und zwar daß die zur Verfügung stehenden Beiträge, Steuern und Einnahmen zweckmäßig und wirtschaftlich verwendet werden.

Zu den generellen Aussagen des Finanzministers. Es wurde der Begriff „neues Budgetkonzept“ gewählt. Der Herr Abgeordnete Tull hat diese Dreigliederung des Budgets auch besonders gelobt und hat darauf hingewiesen, daß es bereits Landesräte gibt, die diesem schlechten Beispiel folgen. (*Abg. Dr. Tull: Auch der Ludwig ist dafür! — Abg. Doktor Koren: Er macht es aber vernünftiger! — Abg. Dr. Tull: Ich bin nicht so sicher, daß er es so macht! Beim Ludwig zweifle ich daran, beim Androsch nicht! — Abg. Graf: Doktor Tull! Wenn Sie so gescheit wären wie der Ludwig, könnten Sie sich eine Messe lesen lassen! — Heiterkeit.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte die sich steigernden Liebenswürdigkeiten wieder etwas einzudämmen! (*Zwischenrufe.*) Ich habe gerade gesagt: die Liebenswürdigkeiten etwas eindämmen!

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (*fortsetzend*): Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Tull haben wie bei einem Erdbeben ein echtes Nachbeben.

Zur Frage Budgetkonzept: Das Grundbudget sieht Ausgaben von 159,4 Milliarden und einen Abgang, ein Defizit von 10,9 Milliarden Schilling vor. Die Stabilisierungsquote beträgt 4,9 Milliarden Schilling. Sofern sie realisiert wird — voraussichtlich ist es so, daß die Stabilisierungsquote angesichts der Situation, aber auch deshalb, weil in ihr sehr viele Aufwendungen enthalten sind, die für die Durchführung der Verwaltung unbedingt notwendig sind, verwirklicht werden muß —, haben wir schon ein Defizit von 15,8 Milliarden Schilling. Es ist halt für den Herrn Finanzminister sehr unangenehm gewesen, ein Budget vorzulegen, in dem 15,8 Milliarden Defizit sind. Das ist sehr unschön, und daher ist ihm rechtzeitig die Stabilisierungsquote eingefallen.

Dann kommt aber noch etwas Schönes dazu: das sogenannte Konjunkturbelebungsprogramm mit 3 Milliarden Schilling. Wenn das Konjunkturbelebungsprogramm durchgeführt

wird — der Herr Abgeordnete Tull hat es schon angedeutet —, insgesamt 18,8 Milliarden Schilling Defizit. Wir müssen uns schon heute damit befreunden, daß es einen Unterschied zwischen den Einnahmen des Bundes von 148,5 Milliarden Schilling und den Ausgaben von 167,3 Milliarden Schilling geben wird.

Jetzt der große Slogan in der Budgetrede: Vorrang für die Stabilität!

Herr Finanzminister! Ich bin der Meinung, unter diesen Umständen glauben Sie selbst nicht daran. Sie haben ja auch während der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Tull so gelächelt. Wahrscheinlich haben Sie sich darüber gefreut, daß es wenigstens einen Abgeordneten gibt, der noch an Ihre Thesen glaubt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Denn die Tatsache ist folgende: Sie haben ein Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von nominell 12 Prozent prognostiziert. Beim Grundbudget allein ist die Ausgabensteigerung 14,6 Prozent, zusammen mit der Stabilisierungsquote beträgt sie 18,1 Prozent, und zusammen mit dem Konjunkturbelebungsprogramm ist die Ausweitung der Ausgaben 20,3 Prozent.

Was bedeutet das? Die Frage des Österreichers: Wird von diesem Budget eine Preissteigerung ausgehen? ist von diesen Zahlen her eindeutig mit Ja zu beantworten.

Der Herr Finanzminister gibt ja jetzt schon zu, daß der Preisauftrieb nächstes Jahr rund 8 Prozent und — manchmal, während einiger Monate — vielleicht sogar 10 Prozent sein wird. Das bedeutet, daß diese unheilvolle Entwicklung seit 1970 in noch schärferem Ausmaß auf die Bevölkerung hereinbricht und die Bevölkerung damit größte Nachteile in Kauf nehmen muß. Und, Herr Finanzminister, bei dieser Anordnung und Gliederung des Budgets dürfen Sie nicht böse sein, wenn wir das als eine echte Verschleierung des Budgets und eine Täuschung der Österreicher hinstellen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Noch etwas kommt dazu: die Flexibilität, die der Herr Abgeordnete Dr. Tull angeschnitten hat. Diese Flexibilität ist überhaupt nicht gegeben, denn Sie brauchen weite Bereiche der Stabilisierungsquote, damit Sie Ihre Aufgaben in der Staatsverwaltung notdürftig durchführen können. Für zusätzliche Investitionsmaßnahmen steht ein lächerlicher Betrag im Rahmen dieser Stabilisierungsquote zur Verfügung. Und das Konjunkturbelebungsprogramm, das mit 3 Milliarden vorgesehen ist, müssen Sie erstens einmal erst finanzieren und zweitens ist das auch ein Betrag, der die Situation nicht mehr wirklich bewältigen kann. Das ist also die Tatsache.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

In diesem Zusammenhang kann man feststellen, daß sich jetzt die schlechte Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre rächt, das heißt, in der Zeit der Konjunktur, in der Zeit der Überkonjunktur wurde nicht dafür vorgesorgt, daß man für Rückschläge gewappnet ist, daß man Rückschläge finanzieren kann. Im Gegenteil: In der Zeit der Hochkonjunktur haben wir das größte Budgetdefizit, das es je gegeben hat; in einer Zeit, da wir uns rüsten müßten, allenfalls zusätzlich etwas zu tun.

Herr Finanzminister — auch der Herr Abgeordnete Tull hat das immer wieder angeführt —, die Sache ist nicht so einfach, wie Sie das darstellen: Nennen Sie uns Alternativen, schlagen Sie uns etwas vor! — Ich stelle hier fest: Die Fraktion der Österreichischen Volkspartei hat in diesen drei Jahren eine Reihe von Vorschlägen und Alternativen gebracht, die von Ihnen einfach nicht akzeptiert wurden. Die wahre Neinsagerpartei ist die Sozialistische Partei! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben nicht auf uns gehört, als wir schon 1971 die exorbitanten Teuerungswellen auf dem Bausektor erkannt und Abhilfe gefordert haben. Wir haben einen Vorschlag zur Stabilisierung gemacht, und Sie haben einfach nein gesagt, weil Sie nicht geglaubt haben, daß diese Entwicklung kommt, die jeder einfache Mensch schon erkennen konnte.

Wir haben bei den Verhandlungen mit der EWG konkrete Vorschläge gemacht. Nur von unserer Seite wurde konkret vorgeschlagen, was zu tun ist.

In der Frage Mehrwertsteuer haben Sie den größten Teil unserer Alternativvorschläge einfach weggewischt und nachher mit einem Erlaß selber wieder erkannt, daß es anders gar nicht geht.

So sind die Tatsachen, und das muß hier eindeutig festgestellt werden. Wenn Sie bereit gewesen wären, schon früher mit uns zusammenzuarbeiten, dann wären Sie jetzt nicht in der Klemme, in der Sie praktisch an die Zusammenarbeit appellieren. Wir lehnen diese nicht ab, wir unterstützen Sie, aber wir müssen Ihnen die Fehler, die Sie gemacht haben, eindeutig vorwerfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Sandmeier hat hier schon ausgeführt, welche Belastungen 1974 auf die Bevölkerung zukommen. Die Einkommensteuer steigt laut Budget von 15,5 Milliarden auf 18 Milliarden, die Lohnsteuer von 20 Milliarden auf 26 Milliarden, also um 6 Milliarden oder 30 Prozent, die Umsatzsteuer — im Budgetvoranschlag 1973 mit 29,2 Milliarden enthalten — ist 1974 mit 53 Milliarden veranschlagt. Es ist richtig, daß 1973 die Einnahmen

aus der Mehrwertsteuer nicht 29 Milliarden betragen werden, sondern rund 40 Milliarden, aber es ist trotzdem noch eine Steigerung um 13 Milliarden vorgesehen. Das ist immerhin eine Steigerung um 32,5 Prozent gegenüber dem heurigen Jahr, wobei ich schon die höheren Ziffern — nicht die des Voranschlages 1973 — zugrunde lege.

Wenn das nicht eine Belastung für die Bevölkerung ist, dann weiß ich nicht, was Sie unter Belastung verstehen. Denn eines ist sicher: Sie waren so stolz auf das Wirtschaftswachstum, auf die Entwicklung in diesem Lande. Aber diese Budgetsteigerung, diese Belastung der Bevölkerung in einem Jahr, das ist die größte Steuerbelastung, die es je gegeben hat. Die Bevölkerung muß diese Leistungen erbringen. Es ist eine leistungsfeindliche Steuerprogression, weil immer nur im unteren Bereich etwas Kosmetik betrieben wird, aber die Progressionsmilderung die Inflation nicht richtig berücksichtigt.

Herr Finanzminister! Sie sind ein sehr harter Finanzminister, und die sozialistische Fraktion ist uneinsichtig. Denn auch in diesem Zusammenhang haben wir eine Alternative vorgeschlagen. Wir haben nicht Steuerreformen im großen gefordert, weil wir wissen, daß die Einnahmenentwicklung natürlich auch für den Staat wichtig ist. Aber der Antrag der Österreichischen Volkspartei, die Absetzbeträge zumindest etwas anzuheben, einen Freibetrag für die mittägige Ehegattin einzuführen, wurde vor einer Woche von der sozialistischen Fraktion ganz glatt abgelehnt. Das ist die echte Neinsagerpartei, die kein Verständnis für eine Milderung der Steuerprogression und eine Besteuerung, die nicht mehr tragbar ist, hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was hat der Herr Finanzminister im Falle der Mehrwertsteuer zugesagt? Erinnern wir uns: aufkommensneutral; es wird überhaupt nichts passieren. Die alte Umsatzsteuer hätte genau soviel gebracht wie die neue Mehrwertsteuer. Tatsache ist: Mehreinnahmen in der Größenordnung von 32,5 Prozent, 13 Milliarden mehr wird der österreichischen Bevölkerung nächstes Jahr über die Mehrwertsteuer abgenommen.

Noch etwas dazu: Die Mehrwertsteuer, Herr Finanzminister, ist die unsozialste Steuer, die es überhaupt in Österreich gibt. *(Bundesminister Dr. Androsch: Warum haben Sie sie dann verlangt?)* Die Mehrwertsteuer in diesem Ausmaß, Herr Finanzminister, belastet jeden, auch den armen Rentner und Pensionisten, der keine Lohnsteuer bezahlt, weil er mit seiner Milch, mit seinem Bier, mit seinem Heizöl, mit seinem Strom und mit

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

alles, was er kauft, Mehrwertsteuer bezahlen muß, und zwar in einem sehr hohen Ausmaß: 8 Prozent für Grundnahrungsmittel und für Heizöl und 16 Prozent für die übrigen Produkte. Das ist eine Belastung, die jeder Österreicher — ganz gleich, ob er Einkommen- oder Lohnsteuer bezahlen muß — über den Einkauf der lebensnotwendigen Produkte leisten muß.

Daher haben wir kein Verständnis gehabt, daß Sie in diesen Fragen so hart vorgegangen sind. Gerade als Sozialist müßten Sie wissen, daß diese indirekte Besteuerung die größte Ungerechtigkeit für die kleinsten Leute ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben einfach gesagt, es sei unmöglich. Es sei ganz unmöglich, hat es geheißen, daß wir für das Heizöl, dessen Preis jetzt durch die Ölverknappung so gestiegen ist, etwas tun können, daß wir auf die Mehrwertsteuer verzichten können. Schon bei den Beratungen haben wir damals festgestellt: Auch für Benzin, für die Treibstoffe sollte man einen ermäßigten Steuersatz von 8 Prozent einführen. Auf Grund der Einführung der Mehrwertsteuer ist es zu einer gewaltigen Belastung gekommen.

Nur einige wenige Zahlen: Die alte Umsatzsteuer hat Superbenzin mit 13 Groschen pro Liter belastet. Jetzt, nach der Teuerung und nach Einführung der Mehrwertsteuer beträgt die Steuerbelastung pro Liter Superbenzin bereits 77 Groschen, das ist eine Mehrbelastung von 64 Groschen pro Liter. Beim Dieselöl gab es bei der alten Umsatzsteuer eine Belastung von 8 Groschen pro Liter Dieselöl, und jetzt ist sie 61 Groschen, das bedeutet eine Mehrbelastung um 53 Groschen innerhalb eines Jahres. Das ist eine Tatsache, und von dieser Belastung werden alle betroffen: die kleinsten Leute, die Pendler, sogar die Mopedfahrer, aber auch der übrige Bereich der Wirtschaft. Damit entsteht eine Steuer-mehrbelastung von 600 Millionen Schilling allein aus der Mehrwertsteuer für die österreichische Bevölkerung. Diese Belastung ist unabhängig von der allgemeinen Ölpreisauswirkung, das heißt, allein durch den Finanzminister wird die österreichische Bevölkerung um 600 Millionen mehr belastet als ein Jahr vorher. Das ist ein Punkt, der uns nicht gleichgültig sein kann, Herr Finanzminister.

Im Finanzausschuß hat auch der Abgeordnete Wielandner den Standpunkt vertreten, daß man doch bei Treibstoffen, bei Benzin und Dieselöl, mit dem Steuersatz von 8 Prozent durchkommen müßte, weil sich zwar auch damit eine Teuerung gegenüber früher ergibt, die aber doch in erträglichen Grenzen liegt. Sie haben einfach nein gesagt. Ich weiß nicht

— haben Sie ein gestörtes Verhältnis zum Auto, oder haben Sie sonst irgendwelche Bedenken? Jedenfalls haben Sie dort rücksichtslos nein gesagt, obwohl alle Beteiligten gewußt haben, was da auf uns zukommt.

Der Preisdämpfungseffekt wäre ja gerade jetzt für die gesamte Volkswirtschaft, für die gesamte Bevölkerung von ganz großer Bedeutung. Aber, Herr Finanzminister, ich habe das Gefühl, daß Sie auf diesem Sektor überhaupt nicht mit sich reden lassen; das haben wir schon in den letzten Jahren gesehen. Es ist daher sehr schwer, zu Ihrer Vorgangsweise ja zu sagen.

Noch eine andere Seite möchte ich ganz kurz beleuchten: Was sagen die Bauern zum Budget 1974? Auch hiezu einige ganz kurze Feststellungen, denn es wurde darüber schon sehr viel gesprochen:

Während die Gesamtausgaben des Budgets 1974 um 14,6 Prozent, wenn nur das Grundbudget verwirklicht wird, um 18,1 Prozent, wenn die Stabilisierungsquote verwirklicht wird, und um 20,3 Prozent, wenn auch das Konjunkturbelebungsprogramm verwirklicht wird, steigen, so bleiben die Ansätze für die Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1974 unverändert, der Grüne Plan bleibt unverändert, die Förderungsmittel bleiben gleich hoch, die Mittel für den Wegebau verringern sich. Der Antrag der Österreichischen Volkspartei auf mehr Mittel für die Erschließung des ländlichen Raumes wurde von den Sozialisten glatt abgelehnt. Und es gab außerdem eine gesunkene Kaufkraft der Förderungsmittel. Das heißt, wir können uns mit weniger Geld und der gesunkenen Kaufkraft mindestens um 20 bis 30 Prozent weniger Leistungen um diese Beträge erwarten als 1973.

Das nennt man Aushungerungsbudget. Ich habe gestern beim Kapitel Handel schon festgestellt: In Anbetracht der schwierigen Situation, in Anbetracht der Energiekrise und in Anbetracht der Unsicherheit auf dem Ernährungssektor ist diese Haltung der sozialistischen Regierung unverantwortlich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine gewaltige Kostensteigerung auf allen Sektoren und eine zunehmende Verschuldung der Landwirtschaft ist zu verzeichnen. Der Herr Landwirtschaftsminister hat sehr optimistisch die Einnahmenentwicklung und Ertragslage der Landwirtschaft 1972 geschildert, aber er hat schamhaft verschwiegen — man kann ihm deshalb nicht böse sein, er sagt nicht gerne etwas, was ihm schadet —, daß im Jahr 1972, das laut Ausführung der Sozialisten ein gutes Jahr war, die Verschul-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

dung der österreichischen Landwirtschaft um 3,6 Milliarden Schilling oder um 17,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Eine solche Zunahme der Verschuldung der Landwirtschaft gab es noch nie! Das ist das untrügliche Zeichen, daß es der Landwirtschaft nicht gut geht, sondern daß es unter dieser Regierung zu einer wesentlichen Verschlechterung gekommen ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wie könnte man die Belastungen der Landwirtschaft senken? Es gibt dazu einige Vorschläge, Alternativen, wie man so schön sagt, von uns; der Herr Abgeordnete Tull hat sie gefordert. Solche Alternativen werden von uns bereits seit einiger Zeit vorgebracht: Die Entlastung der Landwirtschaft kann auf dem Sektor der Mehrwertsteuer erfolgen. Ich habe immer darauf hingewiesen, daß die Behandlung der Landwirtschaft bei der Mehrwertsteuer ungerecht ist, ganz einfach deshalb ungerecht, weil die pauschale Vorsteuer nicht die Mehrwertsteuerausgaben der Landwirtschaft abdeckt, wie es sonst nach dem System der Mehrwertsteuer bei Unternehmungen der Fall ist. Das ist ganz klar.

Die Landwirtschaft hat im Jahr 1972 laut Grünem Bericht für Bauten und Instandhaltung, Maschinen, Futtermittel, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Energie und Treibstoffe abzüglich der Rückvergütung des Finanzministers insgesamt 23,2 Milliarden Schilling ausgegeben. Damit hat die Mehrwertsteuerbelastung 3,5 Milliarden betragen. Das ist die eine Seite.

Die Land- und Forstwirtschaft hat Einnahmen von 39,8 Milliarden Schilling erzielt und hat nach der Berechnung, die ich durchgeführt habe, rund 2,5 Milliarden Schilling Mehrwertsteuer beim Verkauf ihrer Produkte eingenommen. Sie hat also rund 1 Milliarde Schilling mehr Mehrwertsteuer bezahlt, als sie durch die Einnahmen gedeckt bekommen hat. Das ist auch eine echte Belastung der Landwirtschaft gegenüber anderen Unternehmensgruppen und daher vom System her gesehen ungerecht. Daher ist unsere Forderung nach wie vor aufrecht! Sie wissen, daß das Agrarwirtschaftliche Institut 8,7 Prozent Mehrwertsteuervorbelastung für die Landwirtschaft errechnet hat. Wenn man zumindest die pauschale Vorsteuer für die Landwirtschaft von 6 auf 8 Prozent erhöhen würde, dann wäre eine Entlastung der Landwirtschaft um 660 Millionen Schilling, Herr Abgeordneter Tull, und nicht um 1 Milliarde gegeben. Die Handelsdünger-Ermäßigung, das heißt die Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes für Handelsdünger von 16 Prozent auf 8 Prozent, würde

200 Millionen ausmachen. Zusammen würde das einen Betrag von 860 Millionen Schilling ergeben.

Das wäre gerecht, Herr Abgeordneter Tull, denn diese Mehrwertsteuerbelastung ist systemfremd, und der Herr Finanzminister zieht der Landwirtschaft zusätzlich eine Milliarde aus der Tasche! Und das in dieser Situation! *(Abg. Mühlbacher: Bitte, was zahlen Sie für eine Mehrwertsteuer?)* Herr Abgeordneter Mühlbacher! Sie kennen offensichtlich das System ... *(Weiterer Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.)* Sie waren doch im Unterausschuß „Mehrwertsteuer“ und Sie sind außerdem ein Steuerberater! *(Abg. Doktor Tull: Deshalb weiß er es auch besser als Sie!)* Sie müssen das doch wissen! Sie müssen doch das System der Mehrwertsteuer kennen! Wissen Sie denn nicht, daß in der Unternehmenskette die Mehrwertsteuer neutral ist, daß der Unternehmer, der Industriebetrieb die Vorsteuerbelastung zur Gänze abziehen kann und daß die Mehrwertsteuer eine Steuer ist, die der Letztverbraucher bezahlt? *(Abg. Mühlbacher: Haben Sie eine Zahllast? Sie wollen das zurück!)* Herr Abgeordneter Mühlbacher! Passen Sie auf, das hat ja mit dem System nichts zu tun. Das ist ein Zeichen ... *(Weiterer Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.)* Herr Abgeordneter Mühlbacher! Hören Sie mir doch aufmerksam zu: Nach Ihrer Vorstellung gibt es keine Zahllast; dann könnten Sie auch sagen: Herr Finanzminister! Machen wir einen 2prozentigen pauschalen Vorsteuerabzug. Wenn ich pauschaliere, dann muß ich die ungefähren Mehrwertsteuerausgaben pauschalisieren, und die betragen nicht 6 Prozent, sondern 8,7 Prozent, und daher ist dieses System ungerecht und in der Unternehmenskette falsch. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Sie wollen es geschenkt!)*

Herr Abgeordneter Tull! Wir wollen gar nichts geschenkt. Uns ist völlig klar, daß wir von dieser Regierung ohnehin nichts geschenkt bekommen!

Ich darf daher nochmals unseren Entschließungsantrag einbringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Zittmayr und Genossen betreffend pauschaler Vorsteuerabzug bei der Mehrwertsteuer und halber Satz für Handelsdünger.

Der Finanz- und Budgetausschuß wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, ehebaldigst dem Nationalrat

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

eine Novelle des Umsatzsteuergesetzes 1972 vorzulegen, in der allen Land- und Forstwirten ein pauschalierter Vorsteuerabzug in der Höhe von 8 Prozent eingeräumt wird. Weiters ist der Mehrwertsteuersatz für Handelsdünger von 16 Prozent auf 8 Prozent herabzusetzen.

Das ist unser Entschließungsantrag. Es wäre dem Herrn Finanzminister und der sozialistischen Fraktion doch möglich, dieser Sache näherzutreten, wenn sie es mit der Landwirtschaft gut meinen. Aber ich fürchte, daß die Haltung trotz der Entwicklung noch nicht anders geworden ist.

Noch einige Fragen, die sich der interessierte Österreicher vorlegt: Werden die von mir bezahlten Steuern und Beiträge von dieser Regierung wirtschaftlich und sparsam eingesetzt? Könnte die staatliche Verwaltung nicht einfacher, billiger und unbürokratischer sein? Das ist eine Entwicklungstendenz, die sich immer stärker durchsetzt. Herr Abgeordneter Mühlbacher! Ich rede jetzt nicht von der Landwirtschaft, sondern von der Frage, die sich in diesem Zusammenhang der Österreicher vorlegt: Könnte die staatliche Verwaltung nicht einfacher, billiger und unbürokratischer sein? (*Abg. Ulbrich: Machen Sie doch Vorschläge!*) Die kommen schon noch. Lassen Sie sich nur Zeit. (*Abg. Dr. Tull: Koren soll sagen, was er gemacht hat! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Aber, aber, meine Herren! Bitte um ein wenig Zurückhaltung.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (*fortsetzend*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch dazu einige Dinge feststellen. Diese Fragen sind völlig berechtigt. Diese Fragen stellen sich ja nicht nur die Österreicher. Diese Fragen haben sich ja zum Beispiel auch die Dänen gestellt. Erinnern wir uns an die Wahlen in Dänemark. Als plötzlich eine Partei aufgetreten ist, die gesagt hat, wir sind gegen das Steuerzahlen und für einen Abbau von 90 Prozent der Beamten, hat sie 28 Mandate erreicht. Das ist an und für sich eine ganz beängstigende Entwicklung, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ein Zeichen des zunehmenden Unmutes in der Bevölkerung, nicht nur in Dänemark. Dieser Zustand ist auch bei uns immer stärker im Kommen. (*Abg. Haas: Die Kammernbürokratie!*)

Was haben wir für Tatsachen: Eine ständig zunehmende Steuerbelastung; durch die Geldentwertung wird die Steuerprogression ständig verschärft; die Beiträge für Pensions-, Kranken-, Unfall-, Arbeitslosenversicherung und für den Kinderbeihilfenfonds steigen stän-

dig an, weil die Bemessungsgrundlagen ständig angehoben und die Prozentsätze erhöht werden; der sozialistisch geführte Staat übernimmt ständig neue Aufgaben und wird damit immer bürokratischer. Das sind die Tatsachen, die man nicht wegleugnen kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Österreich ist auf dem besten Weg, eine Entwicklung zu nehmen wie andere sozialistisch regierte Länder. Dänemark soll ein warnendes Beispiel für uns sein, denn es wäre ja wirklich schade, wenn wir einen so schönen Finanzminister, der im Fernsehen so gut ankommt, durch eine Wahl verlieren würden, weil einfach die Leute nicht mehr bereit sind, die hohen Steuern zu bezahlen. Es wäre furchtbar schade. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Problem hat der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede richtig erkannt. Der Herr Finanzminister hat ja schon darauf hingewiesen, daß die staatliche Verwaltung, daß der Personalkostenaufwand in eine beängstigende Höhe gestiegen ist und daß praktisch — einschließlich der Vergütungen an die Landeslehrer, die schamhaft unter Sachaufwand geführt werden, damit der Personalaufwand nicht so hoch ist — im Jahr 1974 ein Betrag von rund 62 Millionen Schilling erreicht wird.

Ich möchte hier ausdrücklich feststellen: Das ist keine Kampagne gegen die Beamten, denn die Beamten können nichts dafür, daß der Staat immer bürokratischer und die Bestimmungen und Verfahren immer komplizierter und arbeitsaufwendiger werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das möchte ich ausdrücklich feststellen. (*Abg. Ulbrich: Die Beamten sollen aus Liebe arbeiten?*) Herr Abgeordneter Ulbrich! Im Gegenteil. Ich bin der Meinung, daß die Beamten gut bezahlt werden müssen. (*Abg. Ulbrich: Sie sind nicht gegen die Beamten? Die Personalkosten sind Ihnen zu hoch! Das ist nicht gegen die Beamten gerichtet?*) So einfach, Herr Abgeordneter Ulbrich, können Sie das Problem nicht lösen. Ich stehe auf dem Standpunkt, die Beamten müssen gut bezahlt werden, die Beamten müssen entsprechende Arbeitsplätze, moderne Arbeitsplätze haben. Aber wir müssen ihnen die Arbeit vereinfachen und dürfen ihnen nicht mit jedem Gesetz neue Belastungen auferlegen und uns dann wundern, wenn wir immer wieder neue Posten brauchen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ulbrich: Machen Sie Vorschläge, wie Sie sich die Verwaltungsreform vorstellen!*) Kommt schon, Herr Abgeordneter Ulbrich! Sie haben eine Ungeduld, Sie können es gar nicht erwarten, ich bin am besten

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Wege ... (Abg. Ulbrich: Der Kollege Gasperschitz wird sich bei Ihnen bedanken!) Das richtet sich überhaupt nicht gegen die Beamenschaft oder gegen den Kollegen Gasperschitz, sondern es muß hier im Parlament einmal dieses Problem richtig aufgezeigt werden; weil ich der Meinung bin, daß wir auf Dauer das nicht mehr bezahlen können, wenn das so weitergeht. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ulbrich: Sie sind ein Verleumder auf Kosten der Beamten!)

Präsident Dr. Maleta: Herr Abgeordneter Ulbrich! Machen Sie mit den Zwischenrufen ein bißchen eine kleine Verspätung. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Bitte, dort auch.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (fortsetzend): Das wäre gut.

Ich greife das noch ganz kurz in dem Zusammenhang auf. Herr Abgeordneter Ulbrich! Ich muß auch ein Unternehmen führen. Ich habe mit dem Problem der Verwaltung und des Verwaltungsaufwandes in der Privatwirtschaft genauso zu kämpfen wie der Herr Finanzminister beim Verwaltungsaufwand für den Bund. Das ist für alle gleich. (Abg. Ulbrich: Das ist ein Unterschied zwischen einer „Kastandelei“ und dem Staat!) Daher bin ich der Auffassung, daß man die Grundsätze, die in der Privatwirtschaft angewendet werden, auch in der Staatswirtschaft anwenden muß. Zum Beispiel, Herr Finanzminister: Eine Kostenrechnung für alle Maßnahmen und insbesondere für Neuaktivitäten, damit man einmal weiß: Was kostet eine neue Maßnahme, was kostet ein neues Gesetz an Arbeitsstunden, an Aufwand? Was kostet diese Maßnahme? Kann man das nicht mit anderen, mit einfacheren Mitteln ebenfalls erreichen? Wenn die Kosten einer Maßnahme höher sind als der erreichte Nutzen, dann muß man sich in der Privatwirtschaft den Kopf zerbrechen, ob man diese Maßnahme nicht einstellen oder abändern soll. Man muß unnötige Arbeiten vermeiden, das ist das Hauptproblem. Man muß nach dem Prinzip: Was verursacht mir eine Maßnahme an Kosten und Arbeit? alles durchleuchten. Dazu muß man bereit sein, denn wir in der Privatwirtschaft machen auch eine Kostenanalyse, bevor wir etwas durchführen, und können uns nicht den Luxus leisten, jedes Jahr höhere Verwaltungsaufwendungen zu haben. Das ist doch ganz klar. Diese Kostenanalyse ist auch in der staatlichen Verwaltung möglich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verweise auf die Schulbuchaktion, die verwaltschaftsmäßig für die Beamten arbeitsaufwendig ist und die gesamte Staatsverwaltung in einem Ausmaß belastet, das ins Gigantische

geht, dabei aber nirgends aufscheint; die Stunden, die aufgewendet werden müssen, scheinen nirgends in einer Kostenermittlung auf. Man hat einfach gesagt, die Beamten müssen das noch zusätzlich machen! Das geht einfach nicht. Wenn soundso viele Stunden zusätzlich zu leisten sind, dann braucht man dafür mehr Beamte, oder es kostet sonstwie mehr Geld. (Abg. Ulbrich: Ihr versteht wirklich nichts davon!) Herr Abgeordneter Ulbrich! Sie haben von Rentabilitätsrechnungen und Kostenanalysen wirklich keine Ahnung, darum wundert mich auch bei der Bundesbahn nichts mehr! (Beifall bei der ÖVP.)

Das Problem der Schulfahrten von der rein verwaltschaftsmäßigen Seite muß man auch sehen.

Das Problem der Kraftfahrzeugsteuerkarten: Auf jedem Finanzamt sitzen die Leute Wochen hindurch, nehmen die Steuerkarten in Empfang, und schreiben eine Bestätigung, und dann wird nachgesehen, ob die gestempelten Karten stimmen. Das ist ein immenser Verwaltungsaufwand! (Abg. Mühlbacher: Wissen Sie gar nicht, daß wir das abgeändert haben?) Man könnte doch neue Wege suchen, um das einfacher und praktischer zu machen. Sie haben andere Marken eingeführt, damit man sich beim Durchschauen ein bißchen leichter tut! Das ist doch überhaupt keine Maßnahme, das ist doch ein Trauerspiel! Daraus ersieht man ja, daß Sie sich einfach nicht auskennen! (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Mühlbacher: Da haben Sie gefehlt!) Ich war dabei. Wir haben gegen diese Maßnahme gestimmt, weil wir es als sinnlos ansehen, daß man neue Marken einführt, nur damit sich der Finanzbeamte beim Prüfen leichter tut. Da gibt es doch viel bessere Wege.

Herr Finanzminister! Es könnte zum Beispiel die Kraftfahrzeugsteuer gleichzeitig mit der Kraftfahrzeugversicherung einbezahlt werden. Wenn die Kraftfahrzeugversicherungsanstalt diese Beträge an das Finanzamt abführt, dann brauchten nicht 1,5 Millionen Menschen ein ganzes Jahr hindurch Steuermarken zu picken. Aber so müssen diese 1,5 Millionen Steuerkarten durchgeprüft werden, während es mit dem Computer ohne weiteres auch zu machen wäre. (Abg. Dr. Gradenegger: Das haben Sie verschlafen: Die Länder kriegen die Einnahmen! Das haben Sie verschlafen!) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das kann man doch anders auch organisieren. Wenn man sich den Kopf zerbricht, kann man vieles anders organisieren.

Ich möchte zum Schluß kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Vorschläge sind: die Verwaltungsarbeit verein-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

fachen; Gesetze in ihrer Auswirkung auf die Verwaltung vorher überprüfen und analysieren lassen; moderne Verfahren und Managementmethoden in der Verwaltung einführen; gute Arbeitsplätze für die Beamten und eine entsprechende Bezahlung, denn ohne entsprechende Bezahlung erfolgt eine negative Auslese, das ist ganz selbstverständlich.

Man muß danach trachten, mit weniger Verwaltungsaufwand durchzukommen. Denn wenn auf diesem Gebiet nichts geschieht, brauchen wir in den nächsten Jahren immer mehr Mittel für diese Aufgaben; für Investitionen, Umweltschutzmaßnahmen und so weiter bleibt dann immer weniger übrig. Wir müssen eine neue Steuer einführen, damit wir mehr Geld für die Spitäler bekommen. Das ist ein Zustand, der einfach der österreichischen Bevölkerung nicht zumutbar ist!

Herr Finanzminister! Nicht neue Steuern, sondern die vorhandenen Geldmittel wirtschaftlich und sparsam einsetzen, das ist der beste Kampf gegen die Inflation. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Zittmayr und Genossen, der verlesen wurde, ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wielandner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wielandner** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu meinen Ausführungen komme, darf ich doch ganz kurz zu den Ergüssen des Herrn Abgeordneten Zittmayr Stellung nehmen, zumindest zu einigen Punkten.

Er hat wieder das Klagelied der Landwirtschaft geführt. Ich habe vor wenigen Tagen beim 2. Budgetüberschreitungs-gesetz darlegen können, daß die Landwirtschaft jetzt absolut nicht schlechtergestellt ist als in der Zeit der ÖVP-Regierung.

Er hat von der Verschuldung der österreichischen Landwirtschaft gesprochen. Ich darf hier folgendes feststellen: Es sind in Österreich etwa 30.000 Bauernhäuser erneuerungsbedürftig, aber nicht erst seit der Zeit der SPÖ-Regierung, sondern schon viel, viel länger.

Nunmehr sind die Wohnbauförderungsmittel auch für diese Bauernhäuser freigegeben worden. Ich glaube, daß das eine Ursache dafür ist, daß die Verschuldung der Landwirtschaft eintritt, allerdings mit geringen Zinssätzen; so betragen zum Beispiel AI-Kredite 1 Prozent, die Wohnbauförderungskredite

ebenfalls 1 Prozent. Man kann hier wirklich nur von einer Hilfe und nicht von einer Verschuldung sprechen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Kollege Zittmayr hat auch von der Anti-steuerpartei in Dänemark gesprochen. Vielleicht wäre es eine Lösung für die Österreichische Volkspartei, aus ihrem Dilemma herauszukommen, wenn sie die Thesen dieser dänischen Partei vertreten würde! *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wir haben kein Dilemma! — Abg. Dr. Zittmayr: Ein Unmut der Bevölkerung!)*

Herr Kollege Zittmayr! Sie reden über Beamte und wissen ganz genau, daß in der modernen Zeit, in der modernen Gesellschaft Beamte eben notwendig sind. *(Abg. Dr. Zittmayr: Ganz klar!)* Selbstverständlich! Aber Sie sagen, wir haben zu viele, wir sollten vereinfachen, wir sollten abbauen. Gerade bei der Schulbuchaktion gibt es Schwierigkeiten. Die Durchführung ist früher ganz einfach gegangen und geht jetzt genauso einfach. Wir haben früher in den Gemeinden, in den sozialistisch geführten Gemeinden, die Schulbücher zur Verfügung gestellt. Sie sind ohne weiteres verwaltet und ausgegeben worden. Nun ist es kaum anders. Wir werden diese Aktion selbstverständlich zugunsten unserer Österreicher weiterführen.

Sie haben auch wieder gegen die Schulfahrten, nämlich die freien Schulfahrten gewettert. Sehen Sie: Unsere Bauernkinder sind froh, daß sie vom Berg heruntertransportiert werden und daß ihnen diese Fahrt nichts kostet. Wir haben die entsprechenden Vereinbarungen, und das novellierte Gesetz aus dem Jahre 1972 hat alles, was notwendig ist, beinhaltet.

Wir stehen jetzt am Ende dieser Budgetdebatte zum Budget 1974. Man hat uns einen sehr heißen Herbst prophezeit. Ich darf aber heute feststellen, dieser heiße Herbst ist in einem kalten Winter gelandet. Die Offensive ist steckengeblieben wie die Napoleons in Rußland oder wie die Hitlers im Jahre 1944. Die harte Konfrontation ist von der großen Oppositionspartei angekündigt worden. Aber sie ist ausgeblieben. Das stelle nicht nur ich, sondern das stellen sogar ausländische Zeitungen fest, zum Beispiel die „Zürcher Zeitung“. Das einzige, was Sie interessiert hat, war der „Drüberstreuer“. Das haben Sie von uns übernommen, als wir noch Oppositionspartei waren.

Ich möchte nochmals sagen, das ist nicht eine Feststellung, die nur im Hause hier getroffen wurde, sondern diese Feststellung machen auch ausländische Zeitungen. Es ist richtig, daß wir den Fahrplan eingehalten haben. Herr

Wielandner

Abgeordneter Peter hat dies heute schon erwähnt. Aber die Belastung der Abgeordneten, die dabei erforderlich war, steht in keinem Ausmaß zu dem, was tatsächlich erreicht werden sollte oder konnte.

Beobachter sagen und schreiben sogar, daß unsere Budgetdebatte wieder in einer tibetischen Gebetslitanei endet. Abgeordneter Peter hat heute wieder auf die Reform hingewiesen; ich glaube, es wird wirklich notwendig sein, daß wir die Dinge noch einmal überlegen und neu überdenken und eine andere Lösung dafür finden. Ich darf aber sagen, daß das kein gutes Zeugnis für die Opposition ist. (*Abg. Graf: Erteilen Sie keine Zensuren! — Abg. Dr. Fischer: Haben Sie Angst, daß Sie einen Fünfer bekommen?*) Das darf ich ja gar nicht, und das will ich auch gar nicht. Aber Feststellungen darf ich schon treffen, nicht wahr, Herr Abgeordneter Graf? Oder? (*Abg. Graf: Aber Zensuren stehen Ihnen nicht zu! Ist Ihnen das klar? — Abg. Dr. Fischer: Man müßte einen Sechser erfinden!*)

Herr Abgeordneter Graf! Sie gestatten mir, daß ich Sie kritisiere, so wie Sie uns auch kritisieren. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich kann kritisieren, aber ich zensuriere nicht. Herr Abgeordneter Graf! Wenn Sie das verwechseln, dann tun Sie mir leid. Oder sind Sie so wehleidig geworden? Mir ist es fast schon so vorgekommen. (*Abg. Graf: Ich bin Ihnen überhaupt nicht böse!*) Herr Abgeordneter Zittmayr hat ja anklingen lassen, daß man doch in Österreich wieder zusammenarbeiten müßte. Die längst verteilte Koalition — stimmt es, Herr Abgeordneter Dr. Withalm? — sollte wieder Wirklichkeit werden. Man sollte wieder zu dem zurückkehren, wo man einst im Jahre 1965 gesagt hat: Das ist ein Trümmerhaufen, das ist ein Scherbenhaufen! Wir müssen aufräumen! Wir müssen ein neues Österreich aufbauen!

Es ist Ihnen damals nicht gelungen, hier etwas Besseres zu machen, denn in den Jahren 1970 und 1971 haben Ihnen die Wähler die entsprechende Antwort gegeben.

Sie haben in dieser Budgetdebatte alles verlangt, was gut und teuer ist. Sie haben keine Vorschläge zur Bedeckung gemacht. Sie haben gegen die Steuerhöhen geschimpft und gemeckert. Sie haben gesagt, daß die Verschwendung der Regierung (*Abg. A. Schlager: Himmelschreiend!*) himmelschreiend ist. Ja, genau das ist es, Schlager! So ist es immer wieder hervorgekommen.

Ich darf heute feststellen, daß keine Rede von Verschwendung sein kann, sondern daß wir unsere Programme durchsetzen werden, so wie es eben notwendig ist.

Sie haben in dieser Budgetdebatte alles verlangt, was Sie 1966 bis 1970 versäumt haben. Sie haben uns Ihre Programme gezeigt, das Grazer Programm und andere mehr, auch Abgeordneter Peter hat uns heute wieder das Freiheitliche Manifest gezeigt.

Ich glaube, wir brauchen diese Programme nicht. Sie sind kein Vorbild für uns, sondern sie sind Programme einer konservativen Politik, und diese konservative Politik ist bereits 1970 und 1971 von den Österreichern abgelehnt worden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

1966 gab es einen strahlenden Klaus als Sieger. Was ist geblieben: das Waterloo von 1970 und 1971. Ich rate Ihnen, behalten Sie dieses Gedankengut aus Ihren Programmen oder in Ihren Programmen! Es wird sicher nicht reichen, Ihnen wieder aus der Oppositionsrolle herauszuhelfen. Die Argumente in der Debatte waren das Spiegelbild der Versäumnisse der ÖVP, und es ist selbstverständlich, daß Sie zu diesem Budget nicht ja sagen können, denn es ist ein Budget mit einer guten Politik für alle Österreicher. Daß Sie hier eine Absage geben müssen, ist vollkommen klar, denn Sie wissen ganz genau, daß wir auf dem besten Weg sind, unsere Politik weiter konsequent fortzusetzen. Aber Sie gehen mit verbundenen Augen durch die Welt, und zwar so, daß Sie die Entwicklung in Österreich wie etwa in einem Iglu als Eskimo sehen. Sie sehen nicht die Entwicklung in der Welt und in Europa, zumindest haben Sie hier in der Budgetdebatte so getan, als ob Sie sie nicht sehen würden.

Ich darf auf den Herrn Abgeordneten Mitterer zurückkommen: „Schlechte Wirtschaftspolitik, Inflation“. Was heißt Inflation? Das ist doch keine Inflation! Von einer Inflation kann man sprechen in den Jahren 1920 bis 1925, aber doch nicht unter den gegebenen Verhältnissen derzeit in Europa und in Österreich. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist keine Inflation, was wir jetzt haben?*) Wir haben den Schilling zweimal aufgewertet! Was wollen Sie mehr? (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Die Regierung macht man verantwortlich für die Preissteigerungen. Kollege Staudinger, Sie wissen ganz genau, daß gestern hier der Abgeordnete Mitterer gestanden ist, gewettert hat gegen die Preissteigerungen, und schließlich hat er das Beispiel mit dem Reis gebracht, der aus Italien kommt. 120 Prozent Ausfuhrsteuer hat man auf diesen Reisexport aus Italien gelegt. Natürlich ist eine Teuerung bei Reis eingetreten. Das ist doch selbstverständlich. Dafür macht man auch die Regierung verantwortlich? (*Abg. Mitterer: Sie haben ja erklärt, daß der Reis so teuer ge-*

Wielandner

worden ist!) Aber, Herr Kollege Mitterer, Sie reden auf der einen Seite so, und auf der anderen Seite anders! (*Abg. Mitterer: Nein, Sie haben ja gesagt, der Reis ist so teuer geworden!*) Sie sagen, die Regierung ist verantwortlich für die Preissteigerungen, und auf der anderen Seite erklären Sie, daß die Händler gar nicht anders können, weil die Italiener die Ausfuhrsteuer eingeführt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte nicht von den gesamten anderen Beispielen sprechen, die es gibt. (*Abg. Mitterer: Sprechen Sie ruhig! Es hat niemand etwas zu scheuen!*) Herr Kollege Mitterer! Ihre gestrigen Ausführungen sind wohl ins Blinde gegangen. Das darf ich hier schon feststellen, wenn man die Ausführungen unseres Handelsministers am Abend gehört hat. (*Abg. Mitterer: Der erklärt hat: Die amtliche Statistik interessiert mich nicht!, die ich ihm vorgehalten habe! — Abg. Dr. Fischer: Ja, weil es neue gibt!*) Sie leben wahrscheinlich noch in der Vergangenheit. Haben Sie die vielleicht aus Ihrem Ministerium seinerzeit mitgenommen, Herr Kollege Mitterer? (*Abg. Dr. Gruber: Der Wielandner ist schlecht informiert! Mein Gott!*) Herr Dr. Gruber, so gut wie Sie auf jeden Fall. Sie können Gift darauf nehmen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die widersprechenden Argumentationen ließen sich in vielen Beispielen immer wieder und weiter fortsetzen. Es wäre müßig. Heute hat man ja wieder von den Preissteigerungen gehört. — Wo ist denn der Zittmayr? Er wird essen gegangen sein vor lauter Müdigkeit nach seinen Ausführungen. — Er hat von den Preissteigerungen gesprochen, aber er hat dabei vergessen, daß auch die Löhne und die Gehälter in Österreich gestiegen sind. (*Abg. Dr. Gruber: Sollen sie denn nicht gestiegen sein?*) Was jammern Sie denn dann, wenn das doch in Einklang steht, Löhne und Gehälter und Preise? (*Zwischenruf des Abg. Doktor Keimel.*) Schauen Sie, das stimmt ja überhaupt nicht, Herr Kollege Keimel, was Sie da verzapfen! Sie sind selbst im Finanz- und Budgetausschuß und wissen selber, wie die Dinge liegen. Deshalb können Sie nicht sagen, daß alles weggesteuert wird. Das ist ja gar nicht richtig! (*Abg. Mitterer: Schauen Sie sich die Eingänge bei der Lohnsteuer an!*)

Dieses Budget 1974 ist ein Schlag gegen die Opposition. In 150 Stunden Debatte ist es Ihnen nicht gelungen, hier die Dinge so zu entkräften und neue Alternativen zu setzen, auf die man zurückgreifen könnte. Es ist ein Budget, das allen Rechnung trägt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und nun gestatten Sie mir ganz kurz einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Abge-

ordneten Peter, der heute hier gesagt hat, es wäre ein falsches Budget. Ich glaube, er hat die Gesamtheit dieses Budgets nicht so betrachtet, wie es zu betrachten ist. Der Herr Abgeordnete Tull hat es heute bereits gesagt und festgestellt, in welchen Richtungen dieses Budget wirksam sein wird.

Und bevor ich auf diese spezielle Frage noch einmal eingehe, möchte ich ihm, weil er es gefordert hat, sagen, daß wir einen Entschließungsantrag einbringen, damit der Herr Abgeordnete Peter und seine Fraktion und auch die andere Oppositionspartei besser informiert sind, und zwar einen Entschließungsantrag betreffend Information des Nationalrates über wirtschaftspolitische Entwicklungen.

Entschließungsantrag:

Der Herr Bundesminister für Finanzen wird ersucht, den Nationalrat, so wie in der Vergangenheit, über wirtschafts- oder währungspolitische Entwicklungen von großer Tragweite eingehend zu informieren und zu diesem Zweck dem Nationalrat innerhalb der nächsten fünf Monate einen Bericht über die wirtschaftspolitische Entwicklung in Österreich vorzulegen.

(*Abg. Meißl: Inzwischen geht die Entwicklung drüber hinweg! — Weitere Zwischenrufe.*) Bla-bla ist das? Bitte schön, Herr Kollege Peter, das war doch heute der vorgetragene Wunsch während Ihrer Morgenansprache, die Sie gehalten haben. (*Heiterkeit. — Abg. Peter: Für die Morgenandacht ist der Herr Präsident zuständig!*) Ich glaube, Herr Kollege Peter, weil Sie gesagt haben, was für Österreich etwa gelten sollte, daß die Entwicklung unübersichtlich wäre, das gilt nicht nur für Österreich. Ich darf wohl feststellen — denn das ist ja immer das Unterschieben, daß es hier in Österreich so schlecht ist —, das gilt für die ganze Welt, das gilt für ganz Europa, und ich glaube, das müssen auch Sie sicherlich zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Peter: Mit dem trösten Sie sich?*)

Herr Kollege Peter, das Budget, das hier vorgelegt worden ist, ist eben gerade das, was wir brauchen. (*Abg. Peter: Ein Lizitationsbudget! Ein Inflationsbudget!*) Es ist ein Budget, das beweglich ist. Nein, das ist kein Inflationsbudget, sondern das ist ein Budget, das beweglich ist, und ich glaube, daß es die Zukunft Österreichs im Jahre 1974 sichern wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf Ihnen noch einmal die Grundsätze zur Kenntnis bringen. Es ist sicherlich schwierig, bei einer anhaltenden Vollbeschäftigung und bei vernünftigem Wirtschaftswachstum und steigenden Einkommen die Beschleuni-

Wielandner

gung des Preisauftriebes zu verhindern. Es muß daher das Budget offen gehalten werden, um insbesondere internationalen, aber auch unerwarteten nationalen — und das ist jetzt der Punkt „Energiekrise“, den Sie angezogen haben — Einflüssen Rechnung zu tragen.

Das Budget 1974 ist auf die Kapazität der heimischen Wirtschaft abgestimmt, Überhitzungen werden dadurch verhindert. Die Aufnahmefähigkeit der heimischen Wirtschaft soll zur Orientierung der Kredit- und Einkommenspolitik dienen. Damit kann das richtige Maß in der Wirtschaftspolitik gefunden werden.

Die Möglichkeiten dieses Budgets sind aber dennoch entweder eine Stabilitätspolitik, eine maßvolle Expansion oder eine Wirtschaft, die kräftige Impulse braucht. Dies muß, wie bereits erwähnt, der Entwicklung überlassen bleiben.

Wir haben derzeit eine geänderte Entwicklung in Österreich, die von außen herangetragen worden ist — das wissen Sie genau — aus der Ölkrise und so weiter. Ich lade Sie ein, eventuell erforderlichen Budgetüberschreitungsgesetzen die Zustimmung zu geben, damit wir diese Politik in Österreich erhalten können.

Dieses Budget beeinflusst aber auch den Finanzausgleich 1973. Wir haben eine rückwirkende Tendenz festgestellt. Es hat im Gemeindebund von den Vorarlberger Gemeinden und zum Teil von den anderen westlichen Gemeinden gegen die östlichen Gemeinden Einwände gegeben, daß die gestiegene Bevölkerungszahl nach der Volkszählung 1971 nicht gebührend berücksichtigt worden wäre.

Ich glaube, diese Dinge sind zuungunsten der schwächeren Gemeinden in den Ostgebieten Österreichs ausgegangen. Man hat der Klage des OVP-Landeshauptmannstellvertreters Haslinger Rechnung getragen und hat die Beträge von den ostwärts gelegenen Gemeinden auf die Westgemeinden umgeschichtet. Wir hätten das absolut nicht gebraucht. Aber wir können heute feststellen, daß man hier einfach in egoistischer Art und Weise diese Dinge manipuliert und Klagen eingebracht hat.

Das Finanzausgleichsgesetz 1973 ist ein weiterer Schritt für eine gute Entwicklung zwischen den Finanzausgleichspartnern in Österreich. Der neue Finanzausgleich — das haben wir jetzt im ersten Jahre seines Bestehens erfahren — hat die Prägung der Sozialistischen Partei Österreichs bekommen. Er hilft uns, in allen Belangen die Wohlfahrt der Menschen zu erreichen.

Sie wissen ganz genau, daß die Grundfeste im freien Staat die freie Gemeinde ist und

daß diese Gemeinden in erster Linie ihre Politik zu vertreten haben. Es ist kein Wunder, daß wir in den sozialistischen Gemeinden gute Wahlergebnisse erzielen.

Jetzt darf ich noch einmal zum Kollegen Sandmeier zurückkommen. Herr Kollege Sandmeier! Keine Anträge mehr stellen, die den Gemeinden und den Ländern 1,7 Milliarden Schilling kosten. Das müssen wir anderen überlassen (*Beifall bei der SPÖ*), das dürfen wir nicht von Gemeindeseite her tun. (*Abg. Sandmeier: Sie haben zugestimmt!*) Herr Kollege Sandmeier, ich hätte aber nie die Initiative ergriffen, um eine derartige Änderung eines Gesetzes, das den Gemeinden sehr, sehr viel Geld wegnimmt, einzubringen. Das müssen Sie doch verstehen. Als Bürgermeister kann man das nicht. (*Abg. Dr. Gruber: Was war denn dann im Jahre 1967, haben Sie zugestimmt? — Abg. Dr. Fischer: Der Gruber hat lauter Fragen! Er scheint überhaupt nichts zu wissen! — Abg. Skritek: Das waren Sie auch einmal! — Heiterkeit. — Beifall bei der SPÖ.*) Wozu haben wir zugestimmt? Ja, ja, der Kollege Grundemann hat 1966 zu den Gemeinden gesagt: Seid zufrieden, wir werden schon stufenweise dafür sorgen, daß das geändert wird. Der Herr Kollege Grundemann ist nicht mehr dazugekommen. Zum ersten hat die ÖVP die Mehrheit verloren und zum zweiten ist er aus dem Parlament ausgeschieden, und als Bürgermeister ist er auch „abgsagelt“ worden. (*Abg. Dr. Gruber: Ein ÖVP-Bürgermeister!*)

Diese verbundene Steuerwirtschaft verlangt vom Bund ein großes Maß an Verantwortung gegenüber den anderen am Ertrag der gemeinschaftlichen Bundesabgaben beteiligten Gebietskörperschaften.

Die eine Grundtendenz ist die Absicht der Bundesregierung, auch das Finanzausgleichsgesetz 1973 den von ihr angestrebten Zielen der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik dienlich zu machen. Das Ziel der Gesellschaftspolitik ist es bekanntlich, die Wohlfahrt der Menschen zu erhöhen.

Wir haben in unserem Parteiprogramm einen Leitspruch, der lautet: Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt des Interesses. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Sandmeier: Im Programm steht viel!*) Das ist verschiedentlich jetzt auch von Ihnen verlangt worden. Schön langsam begreifen Sie, was gute Politik in Österreich bedeutet, die wir Sozialisten eben seit Jahren verlangen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die andere Grundtendenz ist die vom Bund sowie von den Ländern und Gemeinden einheitlich und konsequent vertretene Absicht, die

Wielandner

verbundene Steuerwirtschaft beizubehalten und nach Tunlichkeit auszubauen.

Schon 1973 wurde dem Hohen Haus berichtet, daß der neue Finanzausgleich eine optimale Leistungsgemeinschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden schafft und daß die Mehreinnahmen der Länder und Gemeinden zu Lasten des Bundes im Jahre 1973 mit 1,3 Milliarden Schilling und die Mehrbeteiligung der Gemeinden an der Finanzausgleichsmasse von 1973 bis 1978 in der Höhe von 9 Milliarden Schilling geschätzt worden sind. (*Abg. Staudinger: Da waren aber 4 Milliarden Biersteuer dabei!*) — Nein, so hoch wird sie nicht werden! (*Heiterkeit.*)

Die zuerst genannte Schätzung der Mehrbeteiligung der Länder und Gemeinden von 1,3 Milliarden Schilling im Jahre 1973 — Kollege Staudinger, du bist doch selber Bürgermeister, du weißt doch ganz genau, daß wir 1972 und 1973 noch keine Biersteuer gehabt haben; von diesen Zahlen spreche ich ja (*Abg. Staudinger: 1973 bis 1979!*), jetzt spreche ich von diesen Zahlen; gut achtgeben! — läßt sich schon jetzt an Hand des vorhandenen Zahlenmaterials weitgehend überprüfen und hat sich eher als zu niedrig denn als zu hoch erwiesen: Fest steht, daß die Erhöhung der Finanzzuweisungen des Bundes sowie die neuen und angehobenen Zweckzuschüsse des Bundes an die Länder und Gemeinden diesen jährliche Mehreinnahmen von rund 304 Millionen Schilling erbringen.

Die Zwischenabrechnung: Der Ertragsanteil der Länder und Gemeinden für 1972 ergibt ein Mehr für die Länder von rund 399 Millionen, für die Gemeinden von rund 542 Millionen, also insgesamt von rund 941 Millionen Schilling.

Die Zuweisungssteigerungen an die Länder und an die Gemeinden betragen in diesen Jahren: 1965 34,8 Milliarden, 1966 38,7 Milliarden, 1967 39,2 Milliarden, 1968 43,8 Milliarden, 1969 49,1 Milliarden, 1970 55,1 Milliarden, 1971 62 Milliarden, 1972 72 Milliarden, 1973 voraussichtlich 69 Milliarden, 1974 92 Milliarden Schilling.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das bedeutet eine wesentliche Besserstellung der Gemeinden und der Länder, und ich glaube, daß die Gebietskörperschaften damit echt in die Lage versetzt werden, ihre Leistungen besser erfüllen zu können.

Die Bundesregierung erfüllt ihre versprochenen Programme. Sie versetzt die Länder und Gemeinden in die Lage, entsprechende Leistungen zu erbringen. Dies trotz der Schwarzmalerei, die heute hier betrieben worden ist. Die Debatte über den „heißen Herbst“ ist in einen kalten Winter gekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich Schluß mache, habe ich noch im Zusammenhang mit den Energiesparmaßnahmen einen Entschließungsantrag einzubringen. Er lautet:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wielandner und Genossen betreffend Prüfung der Einführung der Sommerzeit.

Die Bundesregierung wird ersucht, im Zuge der Vorbereitung von Energiesparmaßnahmen auch die Einführung der Sommerzeit in Erwägung zu ziehen, zu prüfen und über das Ergebnis dieser Prüfung die Öffentlichkeit zeitgerecht zu unterrichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Abg. Dr. Gruber: Das Parlament zu unterrichten, wäre auch ganz gut!*) Ja, Herr Kollege Dr. Gruber, ich glaube, Sie waren nicht herinnen, als ich den ersten Antrag eingebracht habe. (*Abg. Dr. Gruber: Sie haben gesagt: Die Öffentlichkeit! Aber das Parlament auch!*) Sie können es dann ja in den Zeitungen lesen, wenn es Sie interessiert! (*Abg. Dr. Gruber: Ach so, das ist eine Einstellung!*) Ja sicher!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Sie haben hier eine 150 Stunden lange Debatte geführt, Sie haben nicht brauchbare Alternativen gebracht. Wir werden in den kommenden zwei Jahren, 1974 und 1975, weiter zeigen, wie wir sozialistische Politik in Österreich machen, wie wir sie in den Gemeinden seit vielen Jahren zu machen gewohnt sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Die beiden Entschließungsanträge der Abgeordneten Wielandner und Genossen, die verlesen wurden, sind genügend unterstützt und stehen somit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin meinem Vorredner sehr dankbar für bestimmte Hinweise, die sich aus seiner Rede ergeben. Er hat gesagt, was er unter Inflation versteht. Er meinte, von Inflation könne man nur dann sprechen, wenn sie ein solches Ausmaß erreiche wie die nach dem Ersten Weltkrieg. Er meinte weiters, daß eine zweimalige Aufwertung des Schillings ein Beweis dafür ist, daß es in Österreich keine Inflation gibt.

Herr Kollege Wielandner! Wenn man nicht weiß, was Inflation ist, dann kann man sie auch nicht bekämpfen. (*Beifall bei der FPO und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Dr. Broesigke

Das ist der Schlüssel zu der Tatsache, daß zwar immer wieder von Stabilisierung geredet wird, aber in erschreckendem Maße in Österreich die Preise ansteigen. Wie immer man das bezeichnen will: ein Zustand, der keineswegs erfreulich ist und wozu — das ist ja die Grundlage der Diskussion — auch das Budget wesentlich beiträgt.

Die Feststellungen, die wir dazu schon bei der ersten Lesung getroffen haben, wurden bis zum heutigen Tag vom Finanzminister nicht widerlegt, weil sie eben nicht widerlegbar sind, weil im Zahlenmaterial des Budgets steht, daß 2 Milliarden inlandswirksam sind, was nichts anderes bedeutet, als daß dadurch die Inflation angeheizt wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ferner steht fest, daß man, wenn man die Ausgaben ausweitung berücksichtigt, und zwar nicht durch einen falschen Vergleich von Dingen, die sich nicht vergleichen lassen, sondern durch einen wirklichen Vergleich zwischen dem Vorjahr und dem heurigen Jahr, eine Ausgabensteigerung um 18 Prozent konstatiert. Das muß inflationär wirken, und das ist der Grund, warum wir die größten Bedenken gegen dieses Budget haben.

Ich darf aber noch folgendes dazu sagen: Als das Budget erstellt wurde, schätzte man die Ausweitung des Bruttonationalprodukts mit 13 Prozent nominell und 4,5 Prozent real. Seit diesem Zeitpunkt sind internationale Ereignisse eingetreten, die sich auch auf Österreich auswirken und auf Grund deren man zu dem Ergebnis kommen muß, daß nach den Schätzungen der Fachleute das reale Wachstum im kommenden Jahr 3 Prozent, vielleicht sogar 3,5 Prozent betragen wird.

Die Annahmen, die den Budgetziffern zugrunde liegen, sind also schon heute einwandfrei als unrichtig festgestellt. In dem Zeitpunkt, da die Mehrheit dieses Hauses das Budget beschließt, ist es schon von den Annahmen her naturgemäß unrichtig, weil es von Schätzungen ausgeht, von denen man heute allgemein annehmen muß, daß sie sich nicht bewahrheiten werden.

In einer solchen Lage wäre es notwendig gewesen, daß die Bundesregierung von sich aus die erforderlichen Korrekturen vornimmt. Sie hat das nicht getan, sondern sie ist bei jenen Ziffern geblieben, die sie von Anfang an unter der Annahme, wie schon gesagt, unrichtiger Wachstumsprognosen eingesetzt hatte.

Da ist schon ein Mißtrauen der Opposition, wie ich glaube, berechtigt, zumal nicht einmal die Ziffern an jene Werte angepaßt werden,

die sich nach den derzeitigen Prognosen ergeben.

Herrn Abgeordneten Tull ist eine Fehlleistung unterlaufen. Ich will da von einer ganz bestimmten Fehlleistung sprechen. Er sagte nämlich, daß die sozialistische Fraktion zum Finanzminister ein gewisses Vertrauen habe. Nun, meine Damen und Herren, wenn die sozialistische Fraktion selbst nur ein „gewisses“ Vertrauen in ihn setzt, was für ein Vertrauen soll denn dann in ihn und in sein Budget die Opposition setzen? *(Beifall bei der FPÖ und des Abg. O f e n b ö c k.)*

Ich darf aber noch einige Bemerkungen zu dem machen, was hier Herr Abgeordneter Tull, der leider augenblicklich nicht da ist — ich hätte es ihm gerne persönlich gesagt —, erklärt hat.

Die Meinung, daß mit Gaspedal und Bremse, wie er sich ausdrückte, das Wirtschaftsgeschehen so gesteuert werden könne, daß es zum allgemeinen Vorteil sei, können wir wohl kaum teilen, weil die Erfahrungen in der Vergangenheit ja doch sehr wesentlich anders waren. Wir haben Fälle gehabt, wo man zur unrichtigen Zeit auf der Bremse gestanden ist, manchmal ist man aber zu sehr auf dem Gaspedal gestanden, und das Fahren, das ewige Fahren in der „Überholspur“, auf der wir uns ja schon seit zwei Jahren ununterbrochen befinden, ist halt überhaupt eine sehr gefährliche Sache!

Nunmehr kommt der Appell, man müsse in kritischen Situationen des Staates zusammenstehen. Zweifellos ein Appell, der begründet ist und gegenüber der freiheitlichen Opposition nicht ungehört verhallen wird.

Es gibt aber dafür auch bestimmte Voraussetzungen: Man kann nicht auf der einen Seite sagen, wir müssen angesichts der kritischen wirtschaftlichen Situation zusammenstehen, und auf der anderen Seite auf Grund eines Justamentstandpunktes jede Erklärung, jede Initiative der Opposition für falsch erklären und in vielen Dingen mit 93 zu 90, einem Stimmenverhältnis, von dem man gar nicht mehr weiß, ob es noch der Meinung der Bevölkerung entspricht, den eigenen Justamentstandpunkt durchsetzen. Wer zum Zusammenstehen, zur gemeinsamen Arbeit aufruft, muß auch seinen eigenen Teil dazu beitragen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es hat sich das eher dummliche System eingebürgert, von Neinsagern zu reden und das Neinsagen an sich abzuqualifizieren. Ja und nein, meine Damen und Herren, sind an sich neutral. Es kommt immer darauf an, wie der Gegenstand ist, zu dem man ja oder nein sagt, und erst dadurch kommt die Bewertung.

Dr. Broesigke

Der Versuch, das Neinsagen an sich zu etwas Negativem und das Jasagen an sich zu etwas Positivem zu machen, ist ein primitiver Propagandatrick, der in einem Parlament, das auf Niveau etwas hält, eigentlich gar nicht versucht werden sollte.

Ich glaube also schon, daß man jeweils vom Thema ausgehen und fragen muß, ob zu diesem Thema verantwortungsbewußt ja oder nein gesagt werden kann.

Ich muß nun auf ein Interview zu sprechen kommen, das der Herr Bundesminister für Finanzen am 3. November 1973 der „Arbeiter-Zeitung“ gegeben hat und in dem er von der Zeitung gefragt wurde: „Ist nun der Finanzminister Inflationsgewinner?“ Der Herr Bundesminister für Finanzen hat darauf geantwortet: Nein, es „gilt zu berücksichtigen, daß mit der Inflation etwa 25 Prozent der Einnahmen kräftig wachsen, während etwa 75 Prozent nicht oder sogar weniger rasch wachsen, weil man an sich notwendige Tarifkorrekturen aus Stabilitätsgründen nicht vornimmt.“

Nun, bezüglich dieser Tarifkorrekturen und der damit verbundenen Zurückhaltung haben wir im vorhergehenden Jahr sehr wenig wahrgenommen. Aber ich möchte im allgemeinen zu dieser Behauptung sagen: Natürlich ist der Bundesminister für Finanzen beziehungsweise der Staat ein Inflationsgewinner. Bei allen Verbrauchsteuern, vor allem bei der Umsatzsteuer, bekommt er ja umso höhere Einnahmen, als die Steigerung der Preise fortschreitet. Das ist an sich in der Natur der Sache begründet. Bei einem Umsatzsteuersatz von 16 Prozent ist natürlich der Staat an jeder Preissteigerung mit 16 Prozent beteiligt. Nur in jenen Fällen, wo es auf die Menge ankommt und nicht auf den Preis, ist die Steigerung neutral.

Es kommt aber noch besser. Im Falle der progressiven Steuern besteuert in der Zeit der Inflation ja das Finanzministerium laufend Scheingewinne, und zwar bei den Unselbständigen in der Form, daß die Lohnerhöhung keine echte Erhöhung des Reallohnes ist, sondern bestenfalls zum Teil eine Erhöhung; bei den Selbständigen in der Form, daß der nominelle Gewinn ja kein echter Gewinn ist, sondern ein buchmäßiger Gewinn. Wenn man also einen progressiven Steuertarif hat, so ist naturgemäß die Folge, daß mit steigender Inflation die Einnahmen des Staates automatisch wachsen. Es ist das eine Tatsache, die man nicht hinwegdiskutieren kann.

Und da möchte ich nun eines sagen. Auf das dänische Beispiel wurde schon verschiedentlich Bezug genommen. Wenn man es zitiert, so geht es nicht darum, nun plötzlich zu sagen:

keine Steuern mehr, Entlassung der Beamten und so weiter, wie es jene neue Partei in Dänemark getan hat. Aber ein solches Ereignis muß man ja registrieren, man muß es zu deuten versuchen. Und die Deutung ist ja ganz klar. Es gibt einen Punkt, wo es Teilen, und zwar in diesem Fall beträchtlichen Teilen der Bevölkerung einfach zu dumm wird, wo sie das laufende Steigen der Besteuerung nicht mehr zur Kenntnis nehmen wollen, wo ihnen die Umverteilung beim Hals herauswächst und sie keinen Vorteil mehr darin sehen, weil sie feststellen, daß sie alle die schönen Geschenke des Staates sich selbst bezahlen müssen.

Aus diesem Grund muß man doch warnend auch in Österreich sagen: Überlegen wir uns doch, ob wir nicht schon sehr nahe an diesen Zustand herangekommen sind! An den Zustand, wo die Steuerschraube nicht mehr weiter angezogen werden kann, wo die heilige Umverteilung um der Umverteilung willen nicht mehr fortgeführt werden kann, weil es einfach nicht mehr geht und weil es die Bevölkerung gar nicht mehr will und weil die Bevölkerung auch einmal draufkommen wird, daß damit nicht unbedingt echte Fortschritte und echte Werte verbunden sind, sondern daß unter Umständen ein sehr wesentlicher Schaden für die Wirtschaft entstehen kann. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich komme auf ein Detailproblem, das auch im Zusammenhang mit der übermäßigen Besteuerung steht, zu sprechen, das ist die Frage des Heizöls. Wir haben schon im Ausschuß zu einem dort vorliegenden Antrag der Volkspartei den Standpunkt vertreten, daß es nicht berechtigt ist, wenn man bei einer zweckgebundenen Steuer auch jene besteuert, die aus dem Zweck der Steuer überhaupt keinen Vorteil ziehen. Im vorliegenden Fall also ist die Steuer der Instandsetzung der Straßen gewidmet. Keinen Vorteil ziehen jene, die nicht als Autofahrer diese Straßen benützen. Das sind diejenigen, die das Öl als Heizöl verwenden, und das sind diejenigen, die das Öl zur Arbeit auf dem Feld verwenden, also die Bauern.

Nun wendet das Finanzministerium demgegenüber ein, daß ein an sich knappes Wirtschaftsgut nicht verbilligt werden sollte. Ich glaube, von Verbilligung kann ja keine Rede sein, sondern es kann nur davon die Rede sein, daß die Verteuerung nicht so groß wäre, wie sie dann ist, wenn die Besteuerung noch dazukommt beziehungsweise aufrechterhalten wird.

Dazu ist außerdem noch etwas zu sagen. Das ist keineswegs ein Problem der Reichen und es ist auch keineswegs ein Problem von Leuten, die sehr leicht auf andere Beheizungs-

Dr. Broesigke

möglichkeiten ausweichen können. Es ist bekannt, daß man etwa in Wien sich nicht beliebig aussuchen kann, welches Mittel zur Beheizung man verwendet. Es gibt eine Menge Häuser, wo die Verwendung elektrischer Heizung unmöglich ist, es gibt Häuser, wo man keine Gasheizung verwenden kann, weil die Steigleitung nicht stark genug ist. Leute in kleinen Einkommensverhältnissen können also nicht von heute auf morgen von der einen Heizungsart zur andern wechseln. Und daß man nun ausgerechnet denen das Heizöl besteuert, ist etwas, was wirklich nicht einzusehen ist in dem Augenblick, wo diese Steuer dem Straßenbau dient, sodaß also ein Zusammenhang zwischen dem Steuerzweck und der Besteuerung in keiner Weise besteht.

Aus diesem Grund unterbreite ich folgenden Entschließungsantrag:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Broesigke, Meißl und Genossen betreffend Novelle zum Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundesminister für Finanzen wird ersucht,

1. ehest einen Entwurf für eine Novelle zum Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz ausarbeiten zu lassen, der

a) eine gänzliche Befreiung des Gasöls (Heizöls) von der Bundesmineralölsteuer,

b) die Einbeziehung des für landwirtschaftliche Zwecke verwendeten Dieselöls in dieses Gesetz

vorsieht;

2. den durch diese Maßnahmen bedingten Ausfall an Mitteln der Bundesmineralölsteuer für den Straßenbau dadurch auszugleichen, daß die einzusparenden Beträge für die Treibstoffverbilligung in der Landwirtschaft sowie die sich aus der Benzinpreiserhöhung ergebenden Mehreinnahmen an Umsatzsteuer für Zwecke des Straßenbaues zur Verfügung gestellt werden.

Meine Damen und Herren! Ich darf bezüglich der Landwirtschaft noch etwas anfügen. Im oberösterreichischen Wahlkampf sind von sozialistischer Seite Erklärungen abgegeben worden, die jedem dort Wahlberechtigten den Eindruck vermitteln mußten, als ob das, was hier im Punkt 1 b enthalten ist, nunmehr ohnehin durchgeführt wird.

Um diese Maßnahme ist es sehr still geworden. Ein Antrag auf Änderung des Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetzes ist im Ausschuß abgelehnt worden. Wir werden aber nicht

müde werden, dieses Thema immer wieder zur Diskussion zu stellen, weil wir der Meinung sind, daß hier eine echte Ungerechtigkeit vorliegt, die im Interesse der Betroffenen ehestens beseitigt werden müßte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf in diesem Zusammenhang noch zu den heute schon eingebrachten Entschließungsanträgen etwas sagen. Der Herr Abgeordnete Dr. Zittmayr hat hier bezüglich der Umsatzsteuer ausgeführt, sie sei eine unsoziale Steuer. Ich muß ehrlich sagen, das war bisher der Standpunkt der Volkspartei nicht. Die Volkspartei hat an der Steuer den Einführungszeitpunkt beanstandet und den Satz der Steuer neben einer ganzen Reihe von Detailfragen, aber nicht das Steuersystem. Man kann, glaube ich, auch nicht aufrechterhalten, daß diese Steuer als unsozial anzusehen ist; dann wäre jede Verbrauchs- und Umsatzbesteuerung unsozial, weil sie notwendigerweise auf den Wirtschaftsgütern liegt und daher jeden trifft, der diese Güter bezieht.

Bzüglich des Problems des Vorsteuerabzuges muß ich ehrlich sagen, daß ich nie begriffen habe, warum eigentlich diese Forderung so vehement aufgestellt wird, weil es doch sehr leicht möglich ist, in den Genuß eines besseren Vorsteuerabzuges zu kommen, wenn wirklich diese 8,7 Prozent, die da genannt werden, stimmen sollten, indem man eben Bücher führt. Dann kann man die Ausgaben unterbringen. Die Weinbauern tun es ja auch aus einem anderen Grund.

Den Vorteil der Pauschalierung mit dem Vorteil des Ergebnisses der Buchführung zu verbinden, ist naturgemäß für eine Finanzverwaltung schwer. Dessenungeachtet würden wir zum zweiten Teil des Antrages doch den Herrn Bundesminister bitten zu prüfen, ob bezüglich des Handelsdüngers die Forderung, statt 16 Prozent den begünstigten, den halben Steuersatz von 8 Prozent anzuwenden, realisierbar wäre.

Ich darf weiters im Zusammenhang mit diesem Kapitel in Erinnerung rufen, daß der Nationalrat — wie es in der „Österreichischen Steuer-Zeitung“ vom 15. September 1973 heißt: „Der vergebliche Nationalrat“ — am 15. Juni 1972 eine Entschließung folgenden Wortlautes beschlossen hat:

„Der Nationalrat hält eine Vereinfachung der Getränkebesteuerung für dringend notwendig. Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat entsprechende Vorlagen zuzuleiten und auch darauf hinzuwirken, daß die Getränkesteuergesetzgebung der Länder diesem Erfordernis angepaßt wird.“

Dr. Broesigke

Mit Recht wird hier das Wort „vergeßlich“ gebraucht.

Wie steht es also mit dieser Vereinfachung der Getränkebesteuerung? Ich weiß sehr wohl, daß an sich die Getränkesteuer nicht eine Sache des Bundes ist. Aber es wäre ja sehr wohl möglich gewesen, bestimmte Vereinfachungsschritte im Wege des Finanzausgleichs indirekt zu bewirken, und es wäre sicher auch möglich gewesen, beim Alkoholabgabegesetz bestimmte Vereinfachungen durchzuführen.

Ich muß nun noch auf ein anderes Thema zu sprechen kommen, und das ist die Frage der Bediensteten der Finanzverwaltung. Herr Bundesminister! Geradeso wie dem Herrn Bundesminister für Justiz muß ich Ihnen sagen, daß es Aufgabe eines Ministeriums ist, nicht nur in der Höhe zu thronen, Gesetze vorzubereiten, große wirtschaftspolitische Entscheidungen zu treffen in Ihrem Fall, sondern daß auch dafür gesorgt werden muß, daß die Bediensteten der Finanzverwaltung unter entsprechenden Arbeitsbedingungen arbeiten können. Wenn ich mir die Wiener Zustände anschau, so ist etwa das Finanzamt I auf verschiedene Gebäude verteilt, detto das Finanzamt VI/VII, zugegebenermaßen liegen sie dort nahe beieinander. Man kann nicht sagen, daß diese Gebäude die allermodernsten sind, daß die Einrichtungen die allerbesten sind. Es fehlt an einer ganzen Anzahl notwendiger Dinge.

Unter diesen Arbeitsbedingungen mußte nun eine Fülle von neuen schwierigen Aufgaben bewältigt werden: die Umstellung auf das neue Umsatzsteuersystem, das neue Einkommensteuersystem laut Einkommensteuergesetz 1972, und dazu kam noch die Einrichtung des Computers. Ein bißchen viel, und ich habe Ihnen auch schon im Ausschuß gesagt: In Wien besteht außerdem noch das Problem der Gastarbeiter, für das eine Lösung im Rahmen der Finanzverwaltung bisher nicht gefunden wurde. Es ist für die betroffenen Beamten manchmal einfach unerträglich, ihren Dienst dort der Vorschrift entsprechend durchzuführen, und es wäre dringend notwendig, daß Sie hier eine zentrale Stelle — eventuell mit Dolmetsch und dergleichen — einrichten, um das leichter zu bewerkstelligen. Ganz abgesehen davon, daß naturgemäß der durch die Sprachfrage schwierige Parteienverkehr mit den Gastarbeitern den gesamten Parteienverkehr aufhält und verlangsamt.

In diesem Zusammenhang wäre auch noch die Frage des Beschäftigtenstandes überhaupt zu erwähnen. Es ist bekannt, daß in drei Bundesländern — in Vorarlberg, Tirol und Salzburg, besonders in Vorarlberg — nur ein

Teil des Dienstpostenplanes wirklich besetzt ist. Es müssen also schon Überlegungen angestellt werden, wie man diese Lücke füllen kann.

Wenn ich mir nun die Verordnung anschau — sie ist zwar für den Bereich der Justiz, aber Sie waren mit federführend, Herr Bundesminister —, die da über Mehrleistungszulagen für Maschinschreibeblenden im Bundesgesetzblatt Nr. 604/1973 erschienen ist, so sind da einige bemerkenswerte, sehr genaue Regelungen drin. Da heißt es etwa, daß die Normalleistung drei Maschinschreibseiten beträgt, die Seite 32 Zeilen mit je mindestens 55 Buchstaben oder Zwischenräumen zu enthalten hat. Und dann gibt es eine Schreibprämie von 0,02 vom Hundert und eine Ansageprämie von 0,0056 vom Hundert. Das ist alles sehr schön und genau gerechnet (*Abg. Peter: Verwaltungsreform!*), aber mit solchen Dingen wird man die erforderlichen Arbeitskräfte nicht bekommen, sondern da wird man etwas großzügiger sein müssen und auch wahrscheinlich den Amtsvorständen etwas Bewegungsfreiheit geben müssen, statt hier komplizierte Berechnungen anzustellen, die zu Ergebnissen führen, die dann bei 200 bis 300 S im Monat bestenfalls liegen können.

Versuchen Sie einmal, bei dem Anfangsgehalt plus 300 S Zulage entsprechend der Mehrleistung geeignete Schreibkräfte zu kriegen! So auf dem Gebiet der Justiz, so aber auch in anderen Bereichen der Verwaltung.

Ich komme damit zum Schluß und darf abschließend folgendes sagen: Wir glauben, daß im Laufe der Budgetdebatte klar bewiesen wurde, was heute schon eingangs gesagt worden ist: daß dieses Budget ein Inflationsbudget ist. Wir sind keineswegs diejenigen, die aus Prinzip alles verneinen. Wir haben das schon dadurch zum Ausdruck gebracht, daß wir einer Reihe von Budgetkapiteln unsere Zustimmung gegeben haben, weil wir der Meinung waren, daß hier Anerkennenswertes ist, weil Abänderungen vorgenommen wurden und dergleichen mehr.

Wir sagen also nicht nein zu diesem Budget aus Prinzip, sondern wir sagen nein aus der Überzeugung, daß dieses Budget für 1974 ein Unglück für Österreich darstellt! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Broesigke und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Finanzminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch**: Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir einleitend einige grundsätzliche Feststellungen, an die ich später Maßnahmenkonsequenzen knüpfen möchte, bevor ich auf die wirtschafts- und budgetpolitische Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere aber im Hinblick auf das Budget 1974 eingehe.

Ich stimme dem Herrn Abgeordneten Peter völlig zu, daß nach einer Phase mehrjähriger starker quantitativer Wachstumsentwicklung ein Neuüberdenken notwendig geworden ist — und das schon, bevor die Ereignisse auf dem Energiesektor Platz gegriffen haben — und damit eine Neuorientierung. Ich möchte das umschreiben mit einer Strukturänderung von quantitativem Wachstum auf qualitatives Wachstum — ich habe in der Diskussion, die Sie angesprochen haben, darauf verwiesen, ich konnte in der letzten und vorletzten Budgetrede und auch bei verschiedenen anderen Gelegenheiten darauf Bezug nehmen —, wozu auch gehört, daß man mit den materiellen Ressourcen anders umgeht als bisher, daß es nicht nur eine Frage der Bedarfsdeckung ist, sondern daß auch das Problem der Bedarfsweckung für ohne Zweifel weniger wichtige Dinge hier mit eingeschlossen ist.

Weiters teile ich die Ansicht, daß die Situation für das kommende Jahr wesentlich unsicherer geworden ist, als sie in den letzten Jahren war, und damit schwieriger zu meistern sein wird. Auch hier darf ich später noch auf die Überlegungen und Konsequenzen hinsichtlich der Maßnahmen zu sprechen kommen.

Ich möchte aber in aller Kürze, da nun fast vier Jahre diese Regierung die Verantwortung trägt, auf gewisse wirtschaftspolitische Fakten verweisen, die zwar immer wieder bestritten werden, aber die Tatsachen ändern sich ja durch wiederholtes Bestreiten nicht.

Ich darf zunächst einmal das reale Wachstum in Erinnerung rufen, also jenes, bei dem Preissteigerungen bereits abgezogen und ausgeschaltet sind. Diese Raten betrugen im Jahre 1970 8,1, im folgenden Jahr 5,6, 6,4 im Jahre 1972 und werden heuer etwa 6 Prozent erreichen.

In dieser Zeit haben sich nach den Stagnationen in den sechziger Jahren die Bruttoanlageinvestitionen, die 1969 83 Milliarden Schilling betrugen, auf 196 Milliarden Schilling im heurigen Jahr erhöht.

Die industriellen Investitionen in denselben Jahren erschienen 1969 mit 12 Milliarden Schilling, sie werden heuer etwa 26 Milliarden Schilling betragen.

Die Zahl der Beschäftigten, die im Jahre 1969 2,360.000 betrug, stieg um 310.000 auf 2,670.000 im heurigen Jahr.

Die Einkommen, und zwar die Masseneinkommen in den Jahren 1970 bis 1973 stiegen um 8,1, 14,8, 12,0 und 14,0 Prozent.

Das sind ohne Zweifel die positiven Aspekte. Gar nicht zu leugnen ist die Schattenseite der Preisentwicklung, auf die ich im einzelnen ebenfalls noch zu sprechen kommen werde.

Was nun das Budget anbelangt: Hier ist jedes Jahr die gleiche Kritik hinsichtlich des Budgetrahmens, hinsichtlich des Bruttodefizits, hinsichtlich der Finanzschulden.

Ich darf darauf verweisen: In der Zeit 1966 bis 1970 stieg die Finanzschuld von 29 auf 47 Milliarden Schilling, das ist um 18 Milliarden Schilling. In der Zeit von 1970 bis 1974 wird sie von 47 auf 56 Milliarden Schilling, also um 9 Milliarden Schilling, steigen, das heißt um die Hälfte weniger. Die Konsequenz davon ist, daß der Anteil der Finanzschuld, gemessen am Bruttonationalprodukt, von 13,2 Prozent im Jahre 1969 auf 9 Prozent im Jahre 1974 zurückgegangen sein wird.

Der Ausgabenrahmen des Budgets am gesamten Bruttonationalprodukt, also das, was das Budget an Gütern und Leistungen in Anspruch nimmt, ist von 28,1 Prozent im Jahre 1969 auf 25,2 Prozent im Jahre 1973 zurückgegangen. Dies alles, meine Damen und Herren, ohne daß bestehende Steuern erhöht oder neue eingeführt worden wären, wie das 1968 — und darauf darf ich auch noch zu sprechen kommen — der Fall war. Damit meinen wir einen wesentlichen Beitrag zur Zielsetzung der Regierungserklärung geleistet zu haben, nämlich eine Konsolidierung der Staatsfinanzen verwirklicht zu haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf auf die Frage der Budgetprognosen eingehen, die in früheren Jahren nicht regelmäßig, sondern in unregelmäßigen Abständen erfolgt sind. Ich hatte im vergangenen Jahr den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen um eine solche ersucht, angesichts der Umstellungsmaßnahmen des Jahres 1973 sah sich dieser — wofür ich Verständnis habe — nicht in der Lage, eine solche zu erstellen. Die Umstände, die zu dieser Haltung geführt haben, waren heuer ähnlich, sodaß ich hoffe, im kommenden Jahr wieder mit einer solchen Prognose rechnen zu können.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Peter, davon gesprochen haben, daß das Budget 1974 ein unbequemes Ruhebett ist, so stimme ich dem

Bundesminister Dr. Androsch

vollkommen zu, darf aber hinzufügen, daß das an sich für jedes Budget gilt, und ich bitte zu berücksichtigen — das ist auch verständlich, ändert aber nichts an der Tatsache —, daß die Wünsche — nicht des Finanzministers, sondern an den Finanzminister, ganz gleichgültig welche Person und welche Parteizugehörigkeit —, weit über das hinausgehen, wofür die Bereitschaft besteht, auch die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich meine, über diese an sich banale Konsequenz kommt man nicht hinweg.

Was die Dreiteilung des Budgets 1974 betrifft, darf ich doch noch einmal darauf verweisen, daß hier einer Anregung gerade aus den Reihen der Freiheitlichen Partei, und zwar durch die Anregungen des Herrn Abgeordneten Dr. Broesigke, Folge geleistet wurde. Diese Dreiteilung erlaubt es ohne Zweifel, flexibler vorzugehen — wenn ich vorwegnehmen darf —: denn schon bei der Budgeterstellung mußte mit einer unsichereren Einschätzung für das Jahr 1974 gerechnet werden, als das das Jahr zuvor der Fall war. Diese Stabilisierungsquote erlaubt ohne Zweifel eine größere Flexibilität.

Was nun die wirtschaftspolitische Bewertung des Budgets betrifft, so möchte ich nicht meine Meinung dazu äußern, weil sie sicherlich als eine parteiische gewertet werden muß. Ich darf mich vielmehr auf eine Arbeit des Instituts für Wirtschaftsforschung im Heft 11, in dem das Budget 1974 daraufhin untersucht wird, beziehen, und ich glaube, das ist etwas, dem sich alle anschließen können.

Ich darf einige der wichtigsten Sätze aus der Zusammenfassung dieses Artikels zitieren. Hier heißt es unter anderem:

„1973 ergeben sich auf Grund der Reformen erhebliche Ausfälle an Steuereinnahmen. Der Anteil der Steuern am Brutto-Nationalprodukt wird (unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Erfolges) auf 21,8 Prozent sinken und damit den niedrigsten Wert seit 1965 erreichen.“

Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr! Es ist also nicht so, wie Sie sagten, daß die höchste Quote erreicht wird, sondern es ist so, daß es die niedrigste Quote seit 1965 sein wird.

Zum Grundbudget heißt es in diesem Artikel:

„Wenn man die Ausgaben des Grundbudgets und ihre Auswirkungen auf die Nachfrage nicht nur global betrachtet, sondern auch die Struktur(änderungen) untersucht, zeigt sich, daß die Ausgaben mit geringem Effekt auf die Nachfrage stärker steigen als die sehr

expansiv wirkenden Ausgaben. Die Strukturänderung der Ausgaben des Grundbudgets dämpft somit den zusätzlichen Nachfrageeffekt.“

Und schließlich:

„Die restriktiven Effekte der Besteuerung dürften daher etwas stärker sein als die expansiven Nachfrageeffekte auf der Ausgabe-seite. Im Vergleich zum allerdings atypischen — ich füge hinzu: wegen der Reformmaßnahmen — „Budget 1973 dürften vom Grundbudget keine zusätzlichen expansiven Wirkungen ausgehen.“

Dann wird weiter ausgeführt, daß sehr wohl solche von der Stabilisierungsquote ausgehen können, wenn sie eingesetzt wird, weil in diese, bewußt und beabsichtigt, entsprechende expansive Ausgaben aufgenommen wurden.

Ich darf mich nun einigen steuerpolitischen Überlegungen zuwenden.

Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr! Wenn Sie sagten, die Mehrwertsteuer ist eine unsoziale Steuer, dann verstehe ich nicht, aus welchem Grund von Ihrer Partei sie — mit Recht — jahrelang verlangt wurde, daß es in der Regierungserklärung der Regierung Klaus als ein Punkt enthalten war (*Abg. Doktor Zittmayr: Das ist eine Frage der Höhe, der Prozent!*), aber wie so viele Punkte dort nicht verwirklicht wurde. Es wurde die Mehrwertsteuer nicht eingeführt, es kam zu keinem EWG-Arrangement und es wurde kein Bundesministeriengesetz geschaffen, um nur einiges aus der Fülle der nichterledigten Dinge der ÖVP-Regierung in Erinnerung zu rufen. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Es geht um den überhöhten Steuersatz von 16 Prozent! — Abg. Dr. Tull: Ihnen wären 0 Prozent lieber!*)

Darüber hinaus ist ja der halbe Satz, Herr Abgeordneter, aus Gründen der sozialen Differenzierung vorgenommen worden. Im übrigen ist heute finanzwissenschaftlich unbestritten, daß die Frage, wie ein Budget wirkt, nicht von einer einzelnen Steuer, auch nicht von einer Steuergruppe, sondern nur von der Gesamtwirkung der Entzugseffekte der Einnahmen — damit auch der Steuern und der Transferwirkungen der Ausgaben — betrachtet werden kann.

Es wird ja immer wieder kritisiert, daß es einen Umverteilungseffekt gibt, und zwar nicht zuletzt wegen der Maßnahmen im Sozialbudget und wegen der Maßnahmen im familienpolitischen Bereich. Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Bundesregierung bekennt sich zu diesen Umverteilungskonsequenzen, wie sie im Budget enthalten sind! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Bundesminister Dr. Androsch

Sie haben von der Landwirtschaft gesprochen. Es ist Ihnen ja schon in Zwischenrufen dargetan worden. An sich ist die Regelung der Pauschalierung — und nur die Landwirtschaft hat eine solche Pauschalierungsregelung im neuen Umsatzsteuergesetz — doch mit folgender Konsequenz verbunden: Früher, nach dem alten Umsatzsteuergesetz, gab es die Zahllast auf der landwirtschaftlichen Produktionsstufe im Ausmaß von 1,7 Prozent. Ich lasse die eingekauften Vorsteuern, die es auch damals gegeben hat, zunächst einmal weg. Diese 1,7 Prozent sind weggefallen, das heißt, es gibt heute auf der landwirtschaftlichen Stufe bei Pauschalierung überhaupt keine Zahllast mehr. *(Abg. Dr. Zittmayr: Vollkommen falsch!)* Ihre Forderung hingegen würde bedeuten, daß nicht nur eine Glattstellung, eine Nullstellung erfolgt, sondern daß Sie darüber hinaus eine Subvention aus dem Titel der Mehrwertsteuer anstreben.

Ich glaube: Dort, wo Subventionen notwendig sind, sind sie in den Ausgabenbereich aufzunehmen, aber nicht in dem steuerlichen Bereich gewissermaßen zu verstecken. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Wenn alle Bauern eine Buchführung machen würden, könnten sie die tatsächlich eingekaufte Mehrwertsteuer zur Gänze abziehen!)* Das ist vollkommen richtig. Aber die Wahlmöglichkeit ist ihnen außerdem eingeräumt. Es steht jedem frei, davon Gebrauch zu machen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Daher ist der Pauschalierungssatz falsch!)*

Ich darf auf einige andere steuerliche Dinge eingehen.

Zunächst ein Detail bezüglich der Heiratsbeihilfe. Herr Abgeordneter Sandmeier! Es geht mir gar nicht um die Festhaltung von Urheberrechten, also wer den Vorschlag die Heiratsbeihilfe betreffend zuerst gemacht hat. Es würde mir nicht schwerfallen, Ihnen nachzuweisen, daß ich im Jahre 1962 erstmals in einem Artikel das angeregt habe, daß die Junge Generation der SPÖ diese Forderung sich dann zu eigen gemacht hat und daß ich in einem Vortrag im Herbst 1969 bei der Betriebswirtschaftlichen Woche das neuerdings releviert habe. Darum geht es nicht. Sie hatten vier Jahre Zeit, das zu tun. Sie haben es nicht gemacht. Wir hatten das nach eineinhalb Jahren gemacht. Das scheint mir das Entscheidende zu sein. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich darf eine Bemerkung zur Getränkebesteuerung machen, Herr Abgeordneter Doktor Broesigke. Ich stimme zu, daß diese kompliziert ist. Sie hat zwei Bemessungsgrund-

lagen, es sind drei Steuern betroffen. Diese komplizierte Situation ist aber nicht neu entstanden, sie war auch vor den Reformen gegeben. Sie war in Wahrheit komplizierter. Wir konnten bei der Einführung der Mehrwertsteuer eine gewisse — sehr vorsichtig gesprochen: eine gewisse — Verbesserung erreichen. Aber es ist aus den interkommunalen Finanzausgleichsbedingungen zunächst eine weitere nicht zu erreichen gewesen. Ich möchte das damit nicht von der Tagesordnung sozusagen streichen, aber ich möchte nur darauf aufmerksam machen, wo die Schwierigkeiten liegen, ohne mich auf diese ausreden zu wollen.

Ich darf nun hinsichtlich des „Inflationsgewinnes des Finanzministers“ doch noch eine Bemerkung machen: Zunächst darf ich darauf verweisen, daß wir im Jahre 1971 eine Progressionsmilderung vorgenommen haben, im Jahre 1972 eine Vorleistung und eine beträchtliche Senkung im heurigen Jahr, die auch bereits zur Senkung dieser Steuerbelastungsquote, die die niedrigste seit 1965 geworden ist, geführt hat.

Ich darf den Unterschied aufzeigen: Im Jahre 1968 hatten Sie Ihre Mehrheit dazu verwendet, eine Erhöhung der Umsatzsteuer, der Zuschläge zur Einkommensteuer, zur Lohnsteuer, zur Vermögensteuer und zur Körperschaftsteuer vorzunehmen und eine Alkoholsondersteuer und eine Kraftfahrzeugsondersteuer einzuführen.

Ich glaube, daß damit die Unterschiede doch deutlich herausgearbeitet sind.

Aber nun zum Inflationsgewinn, Herr Abgeordneter Dr. Broesigke: Es ist sicher richtig, daß das bei den progressiven Steuern eintritt. Bei den proportionalen oder unterproportionalen Einnahmen trifft das nicht zu. Man kann ja nicht nur die Einnahmenseite sehen, sondern die Inflation trifft ja das Budget auch auf der Ausgabenseite. Das bedeutet per saldo, daß der Finanzminister aus der Budgetstruktur heraus — nicht ad personam, aber was das Gesamtbudget anlangt — Inflationsverlierer sein muß. Das ist jetzt nicht nur meine parteiische Stellungnahme — natürlich bin ich auch in der Frage Partei —, sondern ich darf aus einer Nummer der „Wirtschaftswoche“ zitieren, und zwar aus der Nummer 35 vom 1. September 1972, wo folgendes zu lesen ist:

„In einem Exposé des Planungsstabes der CDU/CSU-Fraktion“ — also der Schwesterpartei der Österreichischen Volkspartei — „... heißt es, daß „in Inflationsbedingte Steuereinnahmen zu keiner Verringerung der Defi-

Bundesminister Dr. Androsch

zite des Bundes führen'. Erfahrungsgemäß würden die Staatsausgaben bei Inflation stärker wachsen als die Einnahmen."

Ich bitte, mich auf diese Erkenntnisse stützen zu können.

Ich darf zur Frage der Finanzbeamten Stellung nehmen und darf dem Hohen Hause berichten, daß der Dienstposten-Sollstand nahezu zu 100 Prozent ausgefüllt ist. Ich gebe gerne zu — ich selbst habe in meiner Eigenschaft als Abgeordneter diese Dinge seinerzeit zur Sprache gemacht —, daß vor allem im Wiener Raum die Finanzämter sich zu einem großen Teil in einem unbefriedigenden Zustand befinden. Einesteils hatten wir die Schwierigkeiten, auf die Baubremse Rücksicht nehmen zu müssen und deswegen vor allem den Schulbauten Vorrang einzuräumen, andererseits besteht die Grundstücksproblematik in Wien. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Wir haben nunmehr ein Grundstück in der Nußdorferstraße und können, sobald es stabilitätspolitisch möglich ist, mit einem Neubau auch im Wiener Raum beginnen, um von dort her eine sukzessive Verbesserung der Situation zu erreichen, unbeschadet der Maßnahmen, die man als Adaptierungen bezeichnen kann.

Was die sonstigen Arbeitsbedingungen betrifft, so haben wir im heurigen Jahr einen namhaften Betrag zur Verfügung gestellt, um die Finanzbeamten mit entsprechenden Rechengeräten auszustatten.

Hohes Haus! Ich darf mich nun der grundsätzlichen Kritik zuwenden, die darin besteht, bei jedem einzelnen Kapitel des Budgets — zum Teil mit viel Berechtigung; das soll gar nicht bestritten werden — zu monieren, daß die Dotierung zu gering sei, und gleichzeitig aber zu sagen, daß die Summe der so zu niedrig dotierten Teilbudgets schon wesentlich zu groß wäre.

In diesem Zusammenhang, weil die Frage der Alternativen angezogen wurde, darf ich vorweg in Erinnerung rufen, daß die heutige Regierungspartei in der Zeit von 1967 bis 1969 eine Fülle von Alternativprogrammen präsentiert und sich auch nicht gescheut hat — aus der Sicht der bevorstehenden Wahlen kann man das sicherlich nicht als Popularitätshascherei werten —, ein entsprechendes Finanzierungskonzept vorzulegen, welches ich selbst die Ehre hatte, am 1. Dezember 1969 vor dem Parteirat meiner Partei zu vertreten.

Etwas Ähnliches ist in den letzten dreieinhalb Jahren der heutigen Regierungspartei als Alternative nicht geboten worden.

Die Anträge zu diesem Budget bedeuten, daß man auf der Ausgabenseite auf Grund der Entschließungsanträge bei einer vorsichtigen Schätzung mit Mehrausgaben von 3,9 Milliarden Schilling rechnen müßte. Dazu gab es die Forderung des Müttergehalts: 1,2 Milliarden, des Lebenskapitals: 5 Milliarden. Das heißt: 10,1 Milliarden Schilling an zusätzlichen Ausgaben für diese Forderungen. *(Abg. Doktor Koren: Wo hat jemand ein Lebenskapital gefordert, darf ich das fragen?)* Ich darf darauf verweisen: das war das Sekretariat Ihrer Partei in der Kärntnerstraße. *(Abg. Dr. Koren: Wo liegt hier ein Antrag?)* Sie haben es in der Öffentlichkeit verlangt. Offensichtlich wollten Sie, daß das finanziert wird. Sie haben in der Öffentlichkeit diese Forderung erhoben.

Und die anderen beiden Forderungen — damit wir es darauf reduzieren — machen 5,1 Milliarden Schilling aus. Herr Klubobmann Professor Koren! Das sind aber konkrete Anträge.

Auf der Einnahmenseite hätten die verschiedenen Forderungen, brutto gesehen, wovon der Bund in etwa zwei Drittel treffen, bei der Lohn- und Einkommensteuer Mindereinnahmen von 3,75 Milliarden, bei der Mehrwertsteuer — ein Prozent-Punkt — 3 Milliarden an Mindereinnahmen bedeutet, wobei man noch die verschiedenen Einzelmaßnahmen hinzurechnen könnte, sodaß für den Bund bei Durchführung dieser Maßnahmen eine Verschlechterung von netto 14,6 Milliarden Schilling eingetreten wäre — und das bei der Kritik, daß das Defizit jetzt schon zu hoch wäre.

Hohes Haus! Ich darf mich nun der Schattenseite, von der ich vorhin gesprochen habe, nämlich der Preisentwicklung, zuwenden. Es wurde eine Reihe von Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen. Sie haben Erfolge gebracht, Erfolge, die uns keineswegs zufrieden sein lassen. Die Erfolge bestehen, was das heurige Jahr anlangt, darin, daß wir nicht nur nicht die auch hier im Hohen Hause genannten 10 Prozent oder noch mehr erreicht haben, daß wir uns auch nicht — wie der Herr Abgeordnete Dr. Schleinzer noch im Frühjahr behauptet hat — im Spitzenfeld befinden und auch dort bleiben werden, sondern daß wir uns mit Belgien und der Bundesrepublik Deutschland zusammen am Ende des „Inflationsgeleit-zuges“ befinden und daß wir weiter ... *(Abg. Dr. Kohlmaier: In einem Monat!)* Nein, nicht in einem Monat! Ich kann Ihnen gerne die Zahlen zur Verfügung stellen.

Ich kann auch darauf verweisen, daß die UNO dieser Tage eine Veröffentlichung gemacht hat, wo die Zeit Jänner 1970 bis September 1973 festgehalten wird. In dieser Zeit hat

Bundesminister Dr. Androsch

nur Belgien eine geringere Preissteigerungsrate nämlich 19 Prozent, und die Bundesrepublik und Österreich sind an vorletzter Stelle mit 20 Prozent. Alle anderen Länder liegen hier ungünstiger. Das gilt also für einige Monate, das gilt für das Jahr 1973, und dies gilt für die Zeit von 1970 bis 1973.

Wir haben eine gewisse Trendumkehr erreicht, bevor die Ereignisse am Energiesektor, aber auch bei den Rohstoffpreisen eingetreten sind. Ich darf doch zunächst einmal auf diese Rohstoffpreise verweisen. Der Preisindex für Rohstoffe des „Economist“, also der englischen ökonomischen Wochenzeitung, lag im September um 67 Prozent über dem Vorjahresstand. Nahrungsmittel waren um 46 Prozent, Nichteisenmetalle um 75 Prozent, Faserstoffe um 110 Prozent und sonstige Rohwaren um 69 Prozent teurer als im Vorjahr. In der Zwischenzeit ist der Index noch weiter angestiegen, in der Zwischenzeit ist die Verteuerung bei Erdöl hinzugetreten.

Das bedeutet, daß wir die gestern abgeschlossene Phase drei der Stabilisierungsbemühungen für die vor uns liegenden sechs Monate ohne Zweifel unter erschwerten Bedingungen, nämlich durch die von außen kommenden, fortsetzen müssen.

Das sind Schwierigkeiten, die etwa in der Schweizerischen Eidgenossenschaft dazu geführt haben, daß man den Index geteilt hat, nämlich in einen Teil, der sozusagen von der Binnenwirtschaft beeinflusst ist und auf den man binnenwirtschaftlich einwirken kann, und in einen anderen Teil, der von außen her bewirkt wird, auf den man keinen Einfluß nehmen kann; denn niemand wird behaupten, daß eine nationale Regierung auf die Erdölpreise oder auf die Rohstoffpreise Einfluß nehmen kann. Nicht einmal Großmächten scheint dies möglich zu sein, ganz zu schweigen von mittleren und kleinen Staaten.

Aber ich möchte diese Überlegungen zur Preisentwicklung nicht ohne auch die Einkommensentwicklung anzuführen abschließen. Und hier haben wir in den Jahren von 1970 bis 1972 eine durchschnittliche Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme von 14,2 Prozent — im Vergleich dazu eine Steigerung von 8,2 Prozent in den Jahren 1966 bis 1969 —, und bei den Masseneinkommen in der Zeit von 1970 bis 1972 eine Steigerung von 13 Prozent gegenüber 8,4 Prozent in den Jahren 1966 bis 1969.

Da stecken die Preissteigerungen drinnen. Daher darf ich die realen Zahlen anführen, nämlich jene Steigerungen, bei denen die Preissteigerungen bereits ausgeschaltet sind, auf

pro Kopf umgerechnet, damit einem nicht aus der größeren Beschäftigtenzahl ein Fehlschluß vorgeworfen werden kann.

Die reale Steigerung pro Kopf der Bevölkerung bei den Lohneinkommen betrug im Jahre 1970 3,1 Prozent, im Jahre 1971 7,5 Prozent, im Jahre 1972 4,0 Prozent und für die ersten drei Quartale des heurigen Jahres 3,8 Prozent. Das betrifft die unselbständig Erwerbstätigen.

Vielleicht nun eine Bemerkung zu den nicht mehr im aktiven Arbeitsprozeß Stehenden und hier wiederum jene mit den geringsten Einkommen: das sind die Ausgleichszulagenempfänger. Ich darf auch hier die Entwicklung anführen: Im ersten Halbjahr 1970 betrug der Richtsatz 1283 S pro Monat. Er liegt jetzt bei 1800 S, wird ab Jänner 2000 S und ab Juli kommenden Jahres 2060 S betragen. Für Juli 1975 sind 2334 S in Aussicht gestellt.

Eine Pension von derzeit 3000 S wird ab Jänner auf 3312 S und ab Juli auf 3411 S angewachsen; ab Juli 1975 soll sie bereits 3865 S ausmachen.

Das ist in fünf Jahren eine hundertprozentige Steigerung mit allen Konsequenzen für das Budget, weil wir uns gerade diesem Personenkreis im höchsten Maß verpflichtet fühlen. Denn diese Leute haben in ihrer aktiven Zeit der Beschäftigung die Voraussetzungen geschaffen, auf denen wir heute arbeiten können. *(Beifall bei der SPO.)*

In diesem Zusammenhang bitte ich auch die Frage des Heizöls zu sehen. Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Bundesmineralölsteuer nicht gestiegen ist, weil sie in einem festen Satz pro Menge gegeben ist. Geringfügig gestiegen ist ohne Zweifel die Mehrwertsteuer, die vom Preis abhängig ist. Aber ich darf doch darauf verweisen, daß das ja nicht nur eine Frage der Beheizung mit Heizöl ist, sondern für diesen Personenkreis in einem noch größeren Maße die festen Brennstoffe Kohle, Koks, Holz und andere Brennstoffe oder Heizungsträger wie elektrischer Strom und Gas bedeutend sind. Daher kann man das nicht auf einen zahlenmäßig beschränkten Teil beziehen, sondern man muß es für alle einbeziehen. Das war der Grund, warum wir entgegen den bisherigen Rechtsgrundlagen eine wesentlich stärkere Erhöhung der Renten zum 1. Jänner und zum 1. Juli des kommenden Jahres in der vergangenen Woche beschlossen haben.

Hohes Haus! Es wurde auch davon gesprochen, daß die Regierungspolitik dahintreibe und keine Maßnahmen gesetzt werden. Ich darf für den eigenen Bereich beziehungsweise für den wirtschaftspolitischen Bereich doch

Bundesminister Dr. Androsch

einiges dazu sagen. In den letzten 18 Monaten wurden folgende Vorhaben beschlossen beziehungsweise sind bereits in Kraft getreten: die Einkommensteuerreform, die Mehrwertsteuerreform, das Arrangement mit den Europäischen Gemeinschaften, der Finanzausgleich, die große Stahllösung, die Buntmetallösung, die Arbeitsverfassung und die Gewerbeordnung.

Mit diesen Maßnahmen, Hohes Haus, sind wesentliche Teile des Regierungsprogramms verwirklicht worden, und zwar in einer Weise, daß versucht wurde, eine größtmögliche Zustimmung in diesem Haus herbeizuführen.

Das hat auch dazu geführt, daß von diesen acht Vorhaben vier, nämlich das Arrangement mit der EWG, der Finanzausgleich, die Arbeitsverfassung und die Gewerbeordnung, einstimmig beschlossen wurden, drei Vorhaben, nämlich die Einführung der Mehrwertsteuer, die Stahllösung und die Buntmetallösung, mit Zustimmung der Freiheitlichen Partei und nur ein einziges Gesetz nur mit den Stimmen der Regierungspartei angenommen wurden.

Sie mögen, Hohes Haus, bitte daraus ersehen, daß die Regierung die größtmögliche Übereinstimmung sucht, wo sie sie finden kann, daß sie aber andererseits entschlossen ist und entschlossen sein muß, dort, wo diese Übereinstimmung nicht zu finden ist, von ihren Mehrheitsverhältnissen Gebrauch zu machen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir sind daher unverändert daran interessiert — nur dadurch ist diese Übereinstimmung, ist dieser Konsens herbeizuführen —, den Dialog zu führen. Ich darf das an die Adresse des Herrn Abgeordneten Peter richten und darf grundsätzlich erklären, daß wir in den letzten Jahren gerade zu den Wirtschaftsfragen und gerade zu den geänderten Bedingungen, unter welchen Wirtschaftspolitik zu betreiben ist, auch im ersten Halbjahr 1974 einen Wirtschaftsbericht vorlegen werden mit der Bitte um entsprechende Erörterung in diesem Hohen Haus.

Es wurde auch über Fragen der öffentlichen Verwaltung gesprochen. Ich darf zunächst grundsätzlich eine Information hinsichtlich des Personalstandes festhalten. Der Gesamtdienstpostenstand betrug 1970 273.218 Dienstposten, während für 1974 281.910 vorgesehen sind. Dies ergibt 8692 zusätzliche Dienstposten. Da die Zahl der Dienstposten für das Unterrichts-, Wissenschafts- und Forschungswesen allein um 8742 erhöht wurde, bedeutet dies, daß alle anderen Bereiche, also ohne Wissenschaft, Unterricht und Forschung, sich um 50 Dienstposten verringert haben. Wozu noch zu be-

merken ist, daß in diesem Zeitraum eine zweimalige Arbeitszeitverkürzung stattgefunden hat, die nach den Ermittlungen des seinerzeitigen Staatssekretärs Dr. Gruber in der Verwaltungsreformkommission eine Erhöhung des Dienstpostenstandes um etwa 11.500 Dienstposten erfordert hätte.

Was die Verwaltungsmodernisierung betrifft, so darf ich, ohne heute in Einzelheiten hier, eingehen zu wollen, doch darauf verweisen, daß gerade in der Finanzverwaltung durch den Einsatz der Computer eine sehr tiefgreifende Veränderung Platz greift, die ihre weitreichenden Auswirkungen hat. Ich darf mir erlauben, zum gegebenen Zeitpunkt dem Hohen Hause umfassend darüber zu berichten.

Ich möchte aber eines noch sagen. Vom Herrn Abgeordneten Zittmayr wurde davon gesprochen, der sozialistische Staat übernehme immer neue Aufgaben. Ja, es ist richtig, daß der Staat, nicht nur der sozialistische, neue Aufgaben übernimmt. Aber nicht, weil er sozusagen in einer Omnipotenz das anstrebt, sondern weil immer wieder die Wünsche, Forderungen — zum größten Teil die berechtigten Wünsche und Forderungen — an ihn kommen. Es ist daher nicht der Wunsch oder die Forderung des Staates oder der Regierung, solche Aufgaben zu übernehmen, sondern es sind die verständlichen Wünsche der Bürger des Staates, daß zusätzliche Aufgaben gemeinschaftlich gelöst werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf in diesem Zusammenhang, Herr Abgeordneter Zittmayr, noch einmal auf die Kraftfahrzeugsteuer zu sprechen kommen; ich tat es bereits im Ausschuß. Die jetzige Lösung — ich darf in Erinnerung rufen: diese Steuer ist eine Ländersteuer, der Bund hebt sie nur ein — hat ein kompliziertes Verfahren bedeutet; es wurde erleichtert. Ich glaube, man sollte daraus keinen Vorwurf machen, wenn der Herr Abgeordnete Zittmayr gesagt hat, die Finanzbeamten sollten es damit leichter haben. Natürlich sollen sie es damit leichter haben, weil sie ja diese administrativen Tätigkeiten durchzuführen haben und weil mit einer Vereinfachung auch eine Einsparung beziehungsweise eine Verwendung in anderen Bereichen möglich ist.

Die Einhebung mit der Versicherung hat allerdings einen sozialpolitischen Aspekt. Die jetzige Einhebung — das ist der Grund, warum die Autofahrerverbände sich letzten Endes für dieses System wieder ausgesprochen haben — bedeutet die Möglichkeit der monatlichen Zahlung. Das ist bei dem Versicherungsprinzip ausgeschlossen. Vom administrativen

Bundesminister Dr. Androsch

Standpunkt würde ich Ihnen gern recht geben, vom sozialpolitischen schaut die Situation allerdings etwas anders aus.

Hohes Haus! In aller Kürze noch zu den konjunkturpolitischen Einschätzungen und den strukturpolitischen Überlegungen aus der eingetretenen Energiesituation.

In bezug auf die Konjunkturpolitik war — wie ich vorhin schon ausführte — die Einschätzung bereits im Herbst unsicherer als früher, weil man in drei großen Industriestaaten, nämlich in den Vereinigten Staaten, in der Bundesrepublik Deutschland — was für Österreich von besonderer Bedeutung ist — und in Japan mit Abschwächungen rechnen mußte. Dazugekommen sind die Probleme, die sich aus der Energiesituation ergeben haben. Ich glaube, aus beiden Ursachen war und ist eine Doppelstrategie notwendig, die einerseits global gesehen eine weitere Bekämpfung des Preisauftriebes notwendig macht, und zwar unter erschwerten Bedingungen, erschwert durch die vorhin erwähnten Rohstoffpreiserhöhungen und Steigerungen der Energiepreise. Und zu den Auswirkungen aus den drei großen Industriestaaten kommen nun Wachstumsdämpfungen hinzu, die primär von der Verknappung auf dem Erdölmarkt ausgehen und daher grundsätzlich einen anderen Charakter aufweisen als normale Konjunkturerinbrüche oder Rezessionen, die durch Nachfrage- oder Absatzschwächen ausgelöst werden. Daher ist, wenn man diese Energiefragen miteinbezieht, die zentrale Frage etwas anders zu sehen, nämlich mit einem gegebenen knappen Energieangebot eine möglichst hohe Produktion und einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad zu erreichen. Das bedeutet, die vorrangige Deckung des Energieverbrauches der Produktion allenfalls zu Lasten des privaten Verbrauches, die Förderung von kurzfristig möglichen Substitutionsprozessen, Umstellung auf Energiearten und Güter mit noch relativ elastischem Angebot sowie nötigenfalls eine selektive Zuteilung von Heizöl an Betriebe vorzunehmen. Erst in zweiter Linie zwecks Vermeidung unerwünschter Sekundärwirkungen kommen kaufkraftstärkende Maßnahmen in Frage, wobei die eventuelle Rückwirkung solcher Maßnahmen auf den Energiebedarf und die Effizienz der Energieverwendung zu berücksichtigen sind. Zusammengefaßt heißt das: Global gesehen müssen die Stabilisierungsbemühungen mit einem Konjunkteinsatzprogramm fortgesetzt werden, von dem die Stabilisierungsquote des Budgets einen Bestandteil bildet, und es muß vorgesorgt werden, um regional beziehungsweise sektoral in bestimmten Branchen gegensteuern zu kön-

nen, daß unter Berücksichtigung der Energieknappheit, bei der man fehlende Energie nicht durch Geld ersetzen kann, so vorzugehen ist, daß eine größtmögliche Beschäftigung und eine entsprechende Wirtschaftsentwicklung sichergestellt werden kann. Das bedeutet wahrscheinlich ein etwas schwächeres Wachstum, das bedeutet einen etwas stärkeren Preisauftrieb; so wie die Dinge heute einzuschätzen sind, wird ein hohes Beschäftigungsniveau möglich sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal darauf verweisen, daß die Einschätzung schwierig ist, denn wir haben es mit kriegerischen Verhältnissen zu tun und all den Auswirkungen, die damit zusammenhängen. Das wäre der kurzfristige Aspekt.

Der mittelfristige strukturpolitische Aspekt, glaube ich, ist so zu sehen, daß zu den Zielsetzungen, die bisher bestanden, nämlich ein optimales Wachstum zu erreichen — optimal schließt die relative Preisstabilität und ein hohes Beschäftigungsniveau mit ein —, zwei weitere Ziele und nicht nur kurzfristige hinzutreffen, nämlich die Sicherung der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern in Krisensituationen und die Verbesserung oder zumindest Erhaltung der Lebensqualität bei zunehmender Beanspruchung der materiellen Ressourcen.

Die Erreichung dieser Ziele, das sei mit großer Deutlichkeit gesagt, verursacht beträchtliche Kosten und geht daher zu Lasten eines möglichen höheren Wirtschaftswachstums. Das bedeutet in den einzelnen Bereichen, daß sich die heimische Energieversorgung, die an sich in Österreich durch die Tatsache, daß wir einen hohen Anteil an Wasserenergie, eine Selbstversorgungsquote bei Erdöl und Erdgas haben, über bescheidene Kohlenvorkommen verfügen, in einer relativ günstigen Situation befindet, sodaß man dem Ausbau auf dem Energiesektor eine größere Bedeutung zumißt.

Hier haben wir allerdings die Tatsache aufzuholen, daß man in den Jahren 1966 bis 1970 — ich muß das erwähnen, weil es hier als Kritik angebracht wurde — im Rahmen des Verbundkonzernes Beschlüsse für neue Kraftwerke mit einem Anschlußwert von insgesamt 650 MW gefaßt hat, weil man einer Fehleinschätzung der weiteren Entwicklung unterlag, während in der Zeit seit 1970 Beschlüsse beziehungsweise Baubeginne im Ausmaß von 2400 MW, also nahezu dem Vierfachen, gefaßt wurden.

Wir müssen dem deshalb diese Bedeutung zumessen, weil selbst dann, wenn man die Erdölenergie bekommt, der Preis und die Bela-

Bundesminister Dr. Androsch

stung, die dieser Preis für die Zahlungsbilanz, Handelsbilanz und damit für den ganzen Bereich ausmacht, eine Rolle spielt.

Der zweite Sektor, auf dem eine Strukturänderung notwendig sein wird, ist der Verkehrssektor. Ohne in eine Verteufelung des Autos zu verfallen, meine ich, daß man dem Individualverkehrsmittel den ihm gebührenden Stellenwert geben muß. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß man die öffentlichen Verkehrsmittel, vor allem die Nahverkehrsmittel entsprechend ausbaut und auch bereit ist, die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Dafür erhöht man das Kraftfahrzeugpauschale!)*

Was das Pauschale beim Kraftfahrzeug betrifft, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, darf ich Sie auf folgende Tatsache des Steuergesetzes aufmerksam machen: Es handelt sich hier um Betriebsausgaben bei den Selbständigen und um Werbungskosten bei den Unselbständigen. Ich glaube nicht, daß man dem einen die gestiegenen Kosten als Betriebsausgaben absetzen lassen kann und den Unselbständigen bei den Werbungskosten dies untersagt. Das wäre eine ungleichmäßige Behandlung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was die Industrie und den Fremdenverkehr betrifft, so glaube ich, nur so viel dazu bemerken zu müssen, daß man trachten muß, hier nicht dem quantitativen, sondern dem qualitativen Aspekt entsprechende Bedeutung beizumessen; dazu würde ich auch zählen, daß man in der Industrie den Grundstoffbereich und dessen Entwicklung neu überdenkt und daß man schließlich eine entsprechende Exportoffensive vorbereitet, für die die Vorarbeiten bereits laufen.

Zur Bevorratung möchte ich sagen, daß im wesentlichen das Modell steht. Es finden konkrete Gespräche statt, wo, zu welchen Bedingungen und mit wem über wichtige Dinge, wie für Energie, für Produkte, die die Landwirtschaft braucht, aber auch für gewisse essentielle Dinge im Bereich der Industrie, im Rahmen der vorgesehenen Mittel und Möglichkeiten, Vorsorge getroffen werden kann, und wir werden trachten, bis Mitte Feber unbeschadet dieses Sofortmaßnahmenpaketes ein Bevorratungsgesetz dem Hohen Hause zur Beschlußfassung vorzulegen.

Bei all diesen Dingen, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus, werden wir bemüht sein, so wie ich das an den Reformmaßnahmen der letzten 18 Monate versucht habe zu zeigen, eine größtmögliche Übereinstimmung zu erzielen; das setzt aber voraus,

daß man entsprechende Informationen erteilt, daß man entsprechende Gespräche führt und auch auf die Einstellung des anderen eingeht.

Wir haben bereits bei den beschlossenen Dingen bewiesen, daß wir dazu bereit sind, weil sonst eine Übereinstimmung bei Arbeitsverfassung, Gewerbeordnung, Mehrwertsteuer, Stahllösung, Buntmetalllösung, Finanzausgleich und beim EG-Arrangement nicht zu erzielen gewesen wäre.

Daß wir uns, wie das der Herr Bundeskanzler mehrfach zum Ausdruck gebracht hat, in Fällen, bei denen wir diese Übereinstimmung nicht erzielen können, vorbehalten müssen, von der Mehrheit der Regierungspartei Gebrauch zu machen, weil ja schließlich auch regiert werden muß, ist selbstverständlich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Abgeordnete Professor Dr. Koren.

Abgeordneter Dr. **Koren** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister! Ich habe am Beginn Ihrer Wortmeldung einen Augenblick geglaubt, daß Sie einmal aus Ihrer üblichen Art der Präsentation von Fragen von der Regierungsbank her ausbrechen könnten. Im weiteren Verlauf haben Sie die gleiche Flucht in die Vergangenheit angetreten, wie sie heute seit dem Beginn der Debatte von Ihren Rednern angetreten worden ist und wie sie letzten Endes die letzten 14 Tage dominiert hat.

Weiter konnten Sie es nicht dabei belassen, Herr Finanzminister, immer wieder zwar richtige Zahlen zu nennen, dann aber wieder Dinge zu verschweigen, die für das Verständnis mehr als wesentlich sind.

Sie haben richtig berichtet, daß seit 1970 bis heute das Wirtschaftswachstum real im Durchschnitt um etwa ein Prozent höher war als von 1966 bis 1969/70; das ist richtig.

Bei der Steigerung der Investitionen sind Sie schon wieder von Nominalbeträgen ausgegangen.

Bei der Entwicklung der Masseneinkommen sind Sie natürlich von Nominalbeträgen ausgegangen, und, Herr Finanzminister, was Sie dabei nicht gesagt haben, ist, daß trotz dieser realen Steigerung, trotz dieser nominellen Steigerung vieler anderer Größen die reale Entwicklung der Durchschnittseinkommen in den Jahren 1966 bis 1969 — Sie haben es nur anders kombiniert, das tun Sie gerne; ich komme noch auf einen solchen Punkt zurück — laut Arbeiterkammer-Jahrbuch im Durchschnitt 5,1 Prozent betrug und in den Jahren Ihrer bisherigen Regierungstätigkeit — und da rechne ich Ihnen das Jahr 1970

Dr. Koren

schon zu, obwohl Sie kaum sehr viel dafür konnten, wie sich damals die Wirtschaft entwickelte — bis jetzt wieder 5,1 Prozent bezogen auf den Kopf des Beschäftigten, also genau die gleiche Entwicklung. Das heißt, die größere reale Entwicklung des Wirtschaftswachstums in Österreich in toto ist eine Folge der Zunahme der Gesamtbeschäftigung, die, das wissen Sie so gut wie ich, in den Jahren seit 1970 ausschließlich auf die Zunahme beziehungsweise Vermehrung ausländischer Arbeitskräfte zurückzuführen gewesen ist.

Herr Finanzminister! Sie haben selbst Beschäftigtenzahlen genannt. Ich habe sie jetzt nicht genau im Kopf, ich müßte hier nachschlagen. Die Entwicklung von 1970 von etwa 2,18 auf nun etwa über 2,3 Millionen sozialversicherter Beschäftigter ist genau die Zunahme des Auslandskräftearbeitspotentials in diesen Jahren und bedeutet im Durchschnitt 2 Prozent — im Jahresdurchschnitt — Vermehrung der Gesamtbeschäftigung, das heißt, 2 Prozent des Wachstums sind auf diese Ausweitung der Beschäftigung zurückzuführen. *(Bundesminister Dr. Androsch: Höhere Investitionsquote!)*

Herr Finanzminister! In einem anderen Bereich würde ich Sie herzlich bitten, recht bald Abschied von Ihrer Argumentation zu nehmen. Sie haben heute wieder das alte Schlagwort Schuldenpolitik aufgewärmt und Zahlen genannt, bei denen Sie der ÖVP den Vergleich mit fünf Jahren präsentiert, nämlich bis zum Ende des Jahres 1970 — irgendwann müssen wir uns einigen, wem das Jahr 1970 gehört —, und dem die drei Jahre Ihrer Tätigkeit gegenübergestellt haben. Ich will aber jetzt wirklich nicht über Zahlen streiten, Herr Finanzminister. Aber wenn das nächste Jahr zu Ende ist — vielleicht ist es auch das Ende Ihrer Regierungszeit —, dann, Herr Finanzminister, wird außer jedem Zweifel stehen, daß in Ihrer Regierungszeit trotz pausenloser Hochkonjunktur der Gesamtschuldenstand der Republik Österreich stärker zugenommen hat als in den vier Jahren Alleinregierung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und das sollten Sie doch langsam zur Kenntnis nehmen und aus Ihrer Argumentation umsteigen. *(Abg. Doktor Gradenegger: Das ist unwahr!)* Wie wahr es leider ist, Herr Kollege!

Eine zweite Feststellung, Herr Finanzminister, auf die Sie sich sehr viel zugute halten. *(Abg. Dr. Gradenegger: Das ist unwahr!)* Bitte schön, schauen Sie bei den Zahlen nach. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Eine zweite Feststellung, Herr Finanzminister, die Sie immer wiederholen. Wenn Sie über die Entwicklung der Steuerpolitik in Ihrer Zeit und in der Vergangenheit sprechen, dann stellen Sie immer wieder genüßlich fest,

daß in diesen vier Jahren Steuererhöhungen vorgenommen worden sind. Bestreitet niemand, Sie haben sie alle aufgezählt, Herr Finanzminister. Tatsächlich wurden 1968 für zwei Jahre befristete und teilweise für drei Jahre befristete Sondersteuern eingeführt. Nur eines, Herr Finanzminister, haben Sie vergessen hinzuzufügen: Ausgenommen die Autosondersteuer, die der Preis für das Überleben der Minderheitsregierung gewesen ist, haben Sie seither alle übrigen Sondersteuern unbefristet verlängert. Das heißt, Sie kassieren sie selbstverständlich weiter. Ein Zweites haben Sie bei diesem Vergleich vergessen, Herr Dr. Androsch: daß nämlich die Gesamtsumme dieser Sondersteuern, die damals eingeführt worden sind, nicht einmal halb so groß gewesen ist wie die Belastung, die den österreichischen Konsumenten vor drei Wochen über Nacht durch die Treibstoffpreiserhöhung aufgebürdet worden ist. Nur um die Größenordnungen zu zeigen.

Ein weiterer Vergleich dafür, Herr Finanzminister: Diese Sondersteuern damals haben 2,9 Milliarden Schilling ausgemacht. Für das Jahr 1974 rechnen Sie allein bei der Lohnsteuer mit 6 Milliarden Schilling Mehreinnahmen, gegenüber 1 Milliarde im Durchschnitt der vier Jahre ÖVP-Regierung. Also hören Sie doch endlich auf, hier schiefe Vergleiche auszustellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben die Steuerbelastung verglichen, Herr Finanzminister, und auf das Jahr 1973 hingewiesen und richtig festgestellt, daß in diesem Jahr die Steuerbelastung leicht zurückgegangen ist. Sie haben nur vergessen, zu sagen, warum sie zurückgegangen ist. Deshalb nämlich, weil allein durch die Einführung der Mehrwertsteuer ein Steuerausfall nach Ihrem 1973er-Budget von 9 Milliarden Schilling nicht auf der Steuereinnahmenseite gestanden ist, sondern bei den sonstigen Einnahmen, sodaß logischerweise in diesem Jahr die Steuerbelastung kleiner sein mußte als in normalen Jahren. Für 1974, Herr Finanzminister, dürfte die Zahl um eine ganz kleine Kleinigkeit anders aussehen.

Und noch eine kleine Überlegung, Herr Finanzminister! Der Zusammenhang zwischen Inflation und Budget: Sie haben hier — offenbar wieder mit leisem Unterton — einen Bericht der CDU zitiert, so als müßten wir den selbstverständlich glauben, weil er ja von der CDU kommt. Herr Finanzminister! Es gibt österreichische Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Inflation und dem österreichischen Budget, denn hier liegen die Dinge ja völlig anders. Der deutsche Staatshaushalt kennt die Automatismen nicht, die wir in unserem Staatshaushalt haben. *(Bundes-*

Dr. Koren

minister Dr. Androsch verneint.) Entschuldigen Sie, Herr Finanzminister, er kennt sie nicht in dem Ausmaß. Aber lassen Sie mich weiterreden, dann werden Sie gleich sehen, was herauskommt dabei. Es ist nicht sehr erfreulich. Denn eines ist im österreichischen Staatshaushalt klargestellt: daß in den ersten zwei Jahren einer steigenden Inflationsrate, Herr Finanzminister, Sie der Gewinner sind, weil verschiedene Automatismen im Steuerbereich sofort wirksam werden und Ihnen sofort die Mehreinnahmen bringen und daß auf der Ausgabenseite der time-lag eben größer ist, weil die Mechanismen im öffentlichen Dienst, in der Sozialversicherung mit Verzögerung wirken und daher auf der Ausgabenseite erst später zuschlagen.

Ich habe Ihnen ja vor vier Wochen hier schon gesagt, daß Sie jetzt dabei sind, vom Gewinner der Inflation zum Verlierer zu werden. Natürlich, nur brauchen wir dazu die Untersuchung der CDU nicht, das haben wir schon festgestellt, daß dem so ist. Für Sie tritt ein Szenenwechsel ein, und dieser Szenenwechsel wird, fürchte ich, nicht sonderlich angenehm sein.

Meine Damen und Herren! Ich möchte gar nicht noch auf viele andere Punkte, die Sie reichlich geboten haben, eingehen. Vielleicht nur auf einen, den Sie auch mit Vorliebe gebrauchen und der Lizitation heißt. Hier machen Sie es sich, fürchte ich, sehr, sehr einfach. Als ich meine alten Akten durchkramte, Herr Finanzminister, fand ich einen Bericht des Büros der Sektion I, die heute Ihnen zur Verfügung steht, aus dem Jahre 1967, der sich mit den Anträgen der damaligen Oppositionspartei beschäftigt. Ihnen werden heute Unterlagen präsentiert, mir wurden sie damals präsentiert. Eine einzige Post, die Sie damals präsentiert haben, Schätzung der Sektion: 6,3 Milliarden Schilling. Keine Rede davon, daß Sie vielleicht damals Lizitation betrieben hätten, keine Rede davon! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Withalm: Na, Herr Kollege Tull! — Abg. Dr. Tull: Wir haben ja Alternativvorschläge vorgelegt!*) Soll ich Ihnen weiter vorlesen? Es sind auch die Alternativvorschläge charakterisiert.

Meine Damen und Herren! Wenn ich trotzdem versuche, ein erstes, unvollständiges Resümee aus dem politischen Gehalt dieser Budgetdebatte zu ziehen, dann sehe ich folgende wesentliche Elemente:

Die Regierung und die Regierungspartei waren zweieinhalb Wochen lang peinlich bemüht, all jenen Problemen aus dem Weg zu gehen, die heute die österreichische Bevölkerung täglich beschäftigen, die ihr Sorge be-

reiten, über die sie von einer Regierung klar und deutlich informiert werden möchte, aber leider nicht informiert wird.

Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, haben hier so agiert, als wäre das kommende Jahr 1974 ein Jahr wie jedes andere auch, indem Sie alles aus dem Bewußtsein zu verdrängen suchten, was diese Illusion, die Sie nahren, stören hätte können.

Sie haben in den letzten drei Jahren die politische Technik der Problemverdrängung erfolgreich angewendet, wenn ich nur an die Verdrängung des Preisbewußtseins denke, das Sie seinerzeit so hervorragend zu wecken verstanden haben, oder an das Bewußtsein der unerträglichen Lohnsteuerbelastung, mit dem Sie damals den Oppositionsdruck bemerkenswert zu überhitzen verstanden haben, ein Problem, das heute scheinbar nicht mehr existiert.

Fast muß man zugeben, daß Sie in den letzten drei Jahren auf manchen Gebieten eine „Orwell'sche Leistung“ vollbracht haben, nämlich:

Aus drei Prozent Preissteigerung — damals hieß es: Katastrophe, Raubzug, unfähige Regierung — wurden acht Prozent. Jetzt wird von erfolgreicher Stabilisierungspolitik gesprochen; die Stabilität habe Vorrang. Aus 1 Milliarde Schilling mehr Lohnsteuer, damals als unerträgliche Steuerbelastung bezeichnet, wurden 6 Milliarden Schilling mehr Lohnsteuer. Diese seien notwendig, um Staatsausgaben zu decken! Man müßte fast ein Dankgebet an den Finanzminister richten, daß er nicht doppelt so viel genommen hat! Schlecht ist heute gut, Versagen ist heute Leistung! Das ist Orwell! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Flucht der Regierungspartei in die Verdrängung der gegenwärtigen Probleme war in dieser Budgetdebatte — das sagte ich schon — gleichzeitig eine Flucht in die Vergangenheit anderer Regierungen. Die grundlegenden und elementaren Änderungen, die zwischen der Erstellung dieses Staatshaushaltes und seiner Diskussion hier im Parlament, in der österreichischen und internationalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung eingetreten sind, haben für Sie weitestgehend nicht stattgefunden. Sie haben damit einmal mehr versucht, die Wirklichkeit zu verdrängen, um mit der Fata Morgana einer heilen Welt zu überleben.

Hier und heuer, scheint mir aber, haben Sie jenen Punkt überschritten, ab dem die österreichische Bevölkerung nicht mehr bereit ist, sich ihre Sorgen und Probleme von Ihnen verdrängen zu lassen.

Dr. Koren

Weil Sie diese Sorge vor dem Morgen und Übermorgen geflissentlich nicht zur Kenntnis nehmen wollen, sind Sie in den letzten acht Wochen mehr unglaublich geworden als in allen drei Jahren vorher.

Heute können Sie auch für den einfachen Österreicher jene Probleme und Fragen, die uns schon bedrängen und im nächsten Jahr noch mehr bedrängen werden, nicht mehr einfach hinwegreden, umso weniger, als diese Regierungsmannschaft im Streß der Entwicklung nun endgültig außer Tritt gekommen ist. Ich spreche nicht von jener apolitischen Schutzgruppe im Team, die wahrscheinlich nicht einmal die gläubigsten Funktionäre der Regierungspartei zum Fähnlein jener „best-vorbereiteten“ rechnen, das uns seinerzeit im Überschwang der Gefühle präsentiert worden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt sind auch die gefeierten Matadore der Mannschaft nicht mehr ganz rollenfest. Krampfhafter und unrealistischer Optimismus bei den einen — wie uns gestern der Herr Handelsminister wie eine Mitrailleuse zusammengeschossen hat mit optimistischen Erklärungen — oder düstere Orakel besonders nach einer Kur im Schlangenbad bei einem anderen. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Graf: Anton heißt er, nicht? Ich frage ja nur!)*

Vor allem aber fällt der österreichischen Bevölkerung auf, daß der Bundeskanzler bei weitem nicht mehr die dominante und unbestrittene Rolle des Ersten unter nicht Gleichen spielt, die er in drei Sonnenscheinjahren so unbestritten und überzeugend dargestellt hat. Nun, da sich die Szene verdüstert, stehen andere im Vordergrund und müssen andere auf der Bühne agieren. *(Abg. Graf: Anton heißt er!)*

Seit der Schock der internationalen Krise der österreichischen Bevölkerung Sorge vor der Zukunft bereitet hat und sie von ihrer Regierung Selbstsicherheit, Klarheit, Wahrheit und Vertrauenswürdigkeit erwartet und erhofft, hat der Herr Bundeskanzler es noch nicht der Mühe wert gefunden, auch nur einmal in klarer und eindeutiger Form vor diesem Haus Stellung zu beziehen, um zu zeigen, daß er die Probleme kennt, daß er weiß, was er will, und bereit ist, die Politik darauf auszurichten.

Meine Damen und Herren! Obwohl wir nun — ich glaube, seit fast fünf Stunden — verhandeln, ist es uns heute nicht gelungen, auch nur einen Blick auf den Großen werfen zu dürfen.

Seit dieser Zeit, seit dem Beginn der Krise, hat der Herr Bundeskanzler seinen Führungsanspruch und seinen Führungsauftrag, der ihm

erteilt ist, offenbar nur noch als eine unangenehme Last empfunden. Wir würden von einem Regierungschef mehr als nur den guten Ratschlag, nicht mehr zu baden, erwarten, um Energie zu sparen. Ich fürchte, die Zeit ist wirklich zu ernst, als daß ein Regierungschef mit Gags und Aperçus durch ein Interview hindurchturnen darf.

Heute wollen die Österreicher nicht mehr eine Wetterfahne der öffentlichen Meinung sehen, nicht mehr einen Jongleur mit Gags und Aperçus, sondern einen Mann, der ihnen Wegweiser in eine ungewisse Zukunft sein kann, zu dem sie Vertrauen haben können. Dieser Rolle ist aber offenbar der Herr Bundeskanzler nicht gewachsen. Deswegen ist er auch nicht geneigt, in dieser Debatte zu erscheinen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler sollte bald zur Kenntnis nehmen, daß der politische Stil der fetten Jahre, den er so vorzüglich beherrscht hat, nicht der gleiche in allfälligen mageren Jahren sein kann.

Die Probleme, meine Damen und Herren, vor denen wir in Wahrheit stehen, sind nicht neu.

In meiner Rede zur ersten Lesung des Bundesvoranschlags für das Jahr 1974, am 7. November, habe ich ausgeführt, daß mit diesem Budget 1974 die Budgetpolitik des Finanzministers aus der dreijährigen Phase auf der Sonnenseite der Konjunktur in deren Schattenseite eintreten wird.

Damals, vor fünf Wochen, war schon abzu-sehen, daß das kommende Jahr ernste wirtschaftliche Belastungsproben bringen wird. Es stand damals fest, daß 1974 nach allen Vorausschätzungen der Wirtschaftsforscher auf der einen Seite das Wirtschaftswachstum geringer werden würde als 1973, während zumindest im ersten Halbjahr mit einer zusätzlichen Verstärkung des Preisauftriebes gerechnet werden mußte, das heißt also, mit einer Ausgangssituation, die dem Typ der Entwicklung zur Stagflation entspricht.

Ebenso stand fest, daß die österreichische Konjunktur differenzierter und unterschiedlicher werden würde, weil die Kostenexplosion und die Inflationseskalation der letzten Jahre die Konkurrenzbedingungen im Inland und im Ausland verändert hat. Besonders aber in einzelnen Industriezweigen, im Fremdenverkehr und in Teilen der Bauwirtschaft mußte mit einer Veränderung des Konjunkturklimas gerechnet werden.

Damit mußte aber damals schon jedem Einsichtigen klar sein, daß mit dem Szenenwechsel in der nationalen und internationalen Konjunktur auch der politische Stil der letzten

Dr. Koren

drei Jahre unbrauchbar werden mußte, weil die Hoch- und Überkonjunktur der Jahre von 1968 bis 1973 der Nährboden für den Stil dieser Regierung und insbesondere ihres Kanzlers gewesen ist.

Das Bewegen der öffentlichen Meinung mit Ankündigungen, Diskussionen, neuen Ankündigungen, Ablenkungen, aufgefrischten Einfällen und schließlich kleinen oder größeren Geschenken ist letzten Endes das Wesenselement der Politik der letzten drei Jahre gewesen.

Es war der Stil der Sorglosigkeit, der die Grundlage für das Entstehen der Wachstums- und Einkommenseuphorie der letzten Jahre gebildet hat. Und damals hat es, vor allem im Laufe dieses Jahres, immer mehr Stimmen gegeben, nicht nur von seiten der Opposition, die aus den verschiedensten Gründen vor den Folgen einer solchen Politik gewarnt haben:

Die Wirtschaftsfachleute vor den Folgen der ständigen Zunahme der Inflation, deren längerfristigen Auswirkungen auf die Struktur und den Beschäftigungsgrad der Wirtschaft, auf ihre Konkurrenzposition.

Die Zukunftsforscher vor der Begrenztheit der natürlichen Produktionsgrundlagen, insbesondere auf dem Rohstoffsektor, vor den Folgen der Bevölkerungsexplosion und vielen anderen Zukunftsfragen.

Die Währungspolitiker vor den Folgen der Zerrüttung des Weltwährungssystems, die schon einmal Ursache einer weltweiten Krise geworden ist.

Schließlich die Ökologen vor der Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Ballungsräumen unserer Industriezentren.

Hohes Haus! Mit anderen Worten: Die Seismographen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Meinungsbildung haben schon seit geraumer Zeit signalisiert, daß unsere Gesellschaft vor neuen und schwierigen Problemen steht. Auch in der öffentlichen Meinung blieb diese Entwicklung und blieben diese Warnungen nicht ganz unbeachtet. Schon während dieses Jahres konnten wir alle miteinander, glaube ich, erste Anzeichen eines Umschlagens der öffentlichen Meinung aus der unbekümmerten Sorglosigkeit und Euphorie in zunehmende Sorge vor der zukünftigen Entwicklung feststellen.

Was jedoch alle Zukunftswarner, alle schockierenden Untersuchungen — etwa des Club of Rome —, alle spektakulären Zukunftsvisionen der Forscher über die Zukunft unserer Wirtschaft nur mühsam initiieren konnten, nämlich einen Wandel der öffent-

lichen Meinung und ein Problembewußtsein, dieses Umdenken hat die internationale Ölkrise binnen weniger Wochen schlagartig bewirkt.

Eine verhältnismäßig geringfügige Drosselung der Olzufuhr aus dem Vorderen Orient hat die ungeheure Anfälligkeit der hochentwickelten Wirtschaften der westlichen Welt sowohl in wirtschaftlicher, vor allem aber auch in politischer Hinsicht beängstigend plastisch hervortreten lassen.

Nun droht die Phase der Wohlstandsfortschrittsgläubigkeit der letzten Jahre fast schlagartig in eine depressive Phase des Zukunftspessimismus umzuschlagen. Ich sage Ihnen gleich: Ich halte das eine wie das andere für gefährlich. Weder die „Insel der Seligen“-Theorie, in die Sie sich in den letzten Jahren hineingesteigert haben, noch die überpessimistischen Visionen über die Zukunft, wie sie etwa Ihr Parteikollege Brandt in der Bundesrepublik von sich gegeben hat, entsprechen den heute überblickbaren Fakten. Es wird uns aber einmal mehr demonstriert, daß wirtschaftlicher Fortschritt, Wohlstand und soziale Sicherheit nicht Selbstverständlichkeiten sind, sondern mühsam und hart erarbeitet werden müssen. Es wird uns vorgeführt, daß es auf dem Weg des Fortschrittes auch Rückschläge geben kann. Rückschläge, die neue Entscheidungen, neue Überlegungen und entschlossenes Handeln vor allem zu ihrer Bewältigung erfordern.

Kein Mensch kann heute exakt voraussagen, welche wirtschaftlichen Ergebnisse das nächste Jahr tatsächlich bringen wird. Soviel aber steht heute fest: daß die wirtschaftlichen Spannungen im nächsten Jahr erheblich größer sein werden, als noch vor drei Monaten angenommen worden ist. Das heißt, der Preisauftrieb wird stärker sein, als er der ursprünglichen Prognose mit 7,5 Prozent zugrunde gelegt wurde, und das Wirtschaftswachstum wird fraglos geringer sein als die ursprüngliche Prognose von 4,5 Prozent.

Darüber hinaus wird die Energiekrise zumindest primär partielle Störungen, das heißt mit konjunkturpolitischen Mitteln nicht behebbare Störungen, hervorrufen. Wir stehen also vor einer der Hauptaufgaben, einer der schwierigsten Aufgaben für das Jahr 1974.

Ich sehe zweitens auf längere Sicht in den darauffolgenden Jahren eine Reihe weiterer Probleme, mit denen wir uns heute auseinandersetzen müssen. Denn es steht heute wohl eindeutig fest, daß das Wirtschaftswachstum der Jahre 1974 und folgende geringer sein muß als zwischen 1968 und 1970, aus einer ganzen Reihe von Gründen, die ich hier gar

Dr. Koren

nicht alle aufzählen kann. Einen Grund hat der Finanzminister genannt: ein möglicher Strukturprozeß, der durch die Energiekrise ausgelöst wird, darüber hinaus aber auch die Tatsache, daß die Expansion unseres Beschäftigungspotentials durch ausländische Arbeitskräfte nicht in dem Tempo fortgeführt werden könnte, wie es in den Jahren 1970 bis 1973 expandiert wurde. Geringeres Wachstum aber bedeutet härtere Probleme der Einkommensverteilung, bedeutet Probleme für die soziale Ruhe und Sicherheit in unserem Lande. Das bedeutet aber weiter, daß längerfristig notwendige Umschichtungen politischer und wirtschaftlicher Ziele schwieriger werden, neue Rangordnungen notwendig sind, neue Prioritäten bei verringertem wirtschaftlichem Wachstum geschaffen werden müssen, Prioritäten, die nicht zu den bestehenden hinzuzugewonnen werden können.

Ich glaube, daß diese Aufgaben seit langem erkennbar waren und erkannt hätten werden müssen. Es müßten längst, Hohes Haus, alle Kräfte des Landes — Wissenschaftler, Ökonomen, andere Fachleute — an der Bewältigung der Grundlagen und Mittel, um die Zukunft zu bewältigen, arbeiten. Längst müßten die Probleme erfaßt worden sein, die Mittel überlegt werden, um mit diesen Fragen fertig zu werden. Längst müßten die Konsequenzen und Alternativen aufgezeigt werden, zwischen denen wir zu wählen haben, und wir müßten den Menschen unseres Landes zeigen, wie die Probleme dieses Landes bewältigt werden können.

Leider haben wir in den zweieinhalb Wochen der Budgetdebatte darüber nichts gehört, weil Sie diese Aufgaben und diese Probleme verdrängen wollten. Wir haben zweieinhalb Wochen über die Zahlen eines Budgets diskutiert, über ein Budget, dessen Voraussetzungen falsch waren, ehe die Diskussion überhaupt begonnen hatte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dr. Neuner.

Abgeordneter DDr. **Neuner** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bundesminister! Aus einer berufs-kollegialen Solidarität heraus habe ich von diesem Platz schon einmal an Sie appelliert, in Ihre Aussagen Präzision zu legen, keine Halbwahrheiten zu sagen, über Fakten nicht mit schloddrigem Husch-Pfusch hinwegzuspringen, sondern auch bei Ihrer politischen Tätigkeit jenen Stil zu wählen, der in der Berufsarbeit eines Wirtschaftsprüfers üblich ist.

So, Herr Bundesminister, muß ich Ihnen sagen, daß wir nicht die Mehrwertsteuer als

unsozial hingestellt haben, sondern wir haben den von Ihnen überhöhten Mehrwertsteuersatz als unsozial bezeichnet. *(Beifall bei der ÖVP.)* Neben der überstürzten Einführung der Mehrwertsteuer war gerade dieser überhöhte Satz der Hauptvorwurfspunkt der Österreichischen Volkspartei.

Der Vorwurf hat sich bewahrheitet; wir haben Ihnen im Ausschuß aus zwei von Ihrem Ministerium vorgelegten Unterlagen den Nachweis darüber geliefert, nämlich aus dem Budgetüberschreitungsgesetz 1973, in dem Sie bereits selbst zugeben mußten, daß die Einnahmen um 5 Milliarden zu hoch waren, daß mehr Einnahmen an Mehrwertsteuer eingegangen sind, als präliminiert waren, und aus dem Oktoberausweis 1973, wo wir nachweisen können, daß bereits für 1973 um 6 Milliarden zu wenig Mehrwertsteuer budgetiert war. *(Zwischenruf des Bundesministers Doktor Androsch.)*

Ja, Sie haben das auch im Ausschuß gesagt, was Sie mir jetzt sagen, nämlich daß die Wirtschaftsentwicklung nicht vorhersehbar war. Herr Bundesminister! Das ist unrichtig, und zwar aus folgendem Grund: Das Institut für Wirtschaftsforschung hat bereits am 2. Oktober 1972 eine erste Schätzung für das Jahr 1973 vorgelegt, lange, bevor Sie diesem Hause hier den Haushaltsplan 1973 vorgelegt haben. Ich zitiere daraus:

„Auf Grund vorläufiger Überlegungen und bestimmter Annahmen, die im folgenden erläutert werden, wird für 1973 mit einer Wachstumsrate von fast 5 Prozent gerechnet, nur geringfügig weniger als 1972. Der österreichische Export wird von der Belebung der westeuropäischen Konjunktur ... und den EWG-Zollsenkungen profitieren. Der private Konsum wird ... nur wenig langsamer wachsen als 1972. Die Lagerbildung ... dürfte 1973 wieder zunehmen ... Auf Grund vorläufiger Überlegungen ist für 1973 mit einer durchschnittlichen Steigerung der Verbraucherpreise von 7 Prozent zu rechnen.“

Genauer konnte man doch die Voraussage am 2. Oktober 1972 nicht geben, und Ihre Aussage, Sie konnten bei der Budgetierung für das Jahr 1973 die günstige Wirtschaftsentwicklung nicht voraussehen, ist unrichtig, Herr Bundesminister! Damit haben wir wieder einmal bewiesen, daß die Mehrwertsteuer mit dem Satz, den Sie gewählt haben, tatsächlich eine „Mehr-weg“-Steuer geworden ist und daß das Budget 1973 — ich muß jetzt sagen nach dem, was Sie am 2. Oktober 1972 gewußt haben — bewußt falsche Mehrwertsteueransätze enthält.

DDr. Neuner

Damit ist aber auch, meine Damen und Herren, der Schluß zulässig, daß auch das Budget 1974 sicherlich in diesem Falle unrichtige Ansätze enthält. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Im Oktoberausweis wird ganz nüchtern folgendes ausgesagt:

„Bei der Einbeziehung der Finanzämter in das automatisierte Abgabeneinhebungsverfahren ergeben sich zwangsläufig zeitliche Verschiebungen in der budgetmäßigen Verrechnung der eingehenden Abgabebeträge, die jedoch keine Auswirkungen auf die Führung der Konten der Abgabepflichtigen haben. Die Überleitung der Finanzämter mit größerem Gebarungsumfang hatte zur Folge, daß vorübergehend die Abgabenerfolge mit Daten korrespondierender Zeiträume nur bedingt vergleichbar sind.“

In einer allgemein verständlichen Sprache — das ist keine Kritik an der Formulierung; die ist sehr präzise — heißt das, es bestehen erhebliche Rückstände bei der Verbuchung der Staatseinnahmen, insbesondere beim sehr aufkommenswirksamen Finanzamt für Körperschaften. Der technische Ausdruck, der für diese Rückstände in der Verbuchung verwendet wird, ist: diese Abgabeneingänge „liegen auf Verwahrung“.

Im Ausschuß, Herr Bundesminister, haben wir von Ihnen keine Antwort darüber erhalten, wie hoch sich diese Beträge, die „auf Verwahrung liegen“, also in der Staatsverrechnung noch nicht im Eingang sind, belaufen. Sie haben uns nur gesagt, das wird im November aufgelöst. Es bleibt also die Frage weiterhin im Raum stehen: Wie hoch sind diese auf Verwahrung stehenden Beträge?

Und nun ein paar Worte zur Progression, Herr Bundesminister! Sie haben sich hier in Ihrer Rede am heutigen Tage wieder sehr gut herausgespielt und haben gesagt, Sie hätten die Konsolidierung der Staatsfinanzen ohne neue Steuern und ohne Steuererhöhungen herbeigeführt. Herr Bundesminister! Übersehen Sie, daß durch die Inflation eine permanente Einkommen- und Lohnsteuererhöhung eintritt, weil Sie sich einfach weigern, die Steuersätze der Inflation anzupassen, die Steuersätze zu senken? Haben Sie sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, Herr Bundesminister, wie sich diese permanente Einkommensteuererhöhung auf die inflationsbedingten Scheingewinne im betrieblichen Sektor auswirken?

Der Herr Abgeordnete Minkowitsch hat beim Kapitel Landwirtschaft vorgetragen, daß Ihr Regierungskollege, der sicherlich nicht solche Detailfachkenntnisse hat wie Sie, im

Ausschuß bei der Bearbeitung des Kapitels Landwirtschaft diesen Problemkreis voll und ganz erkannt hat.

Die vom Anschaffungswert bezogenen Abschreibungen setzen nicht mehr jene Beträge frei, die notwendig sind, um die erhöhten Wiederbeschaffungskosten für die Anlagen zu investieren. Die progressive Einkommensteuer verstärkt diesen negativen Effekt. Ich brauche Ihnen, Herr Bundesminister, doch nicht zu sagen, daß auch im Vorratsbereich erhebliche Scheingewinne dadurch entstehen, daß die Verkaufspreise nach den Wiederbeschaffungspreisen kalkuliert werden müssen und dadurch eben Scheingewinne entstehen, diese Scheingewinne nicht nur besteuert, sondern progressiv härter besteuert werden, weshalb eben wieder die progressive Einkommensteuer diesen negativen Effekt nur verstärkt. Eine Eigenkapitalbildung ist bei dieser Steuersituation überhaupt nicht mehr möglich.

Herr Bundesminister! Haben Sie sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, wie sich diese in der Inflation besonders leistungsfeindliche Steuerprogression auf jene Steuerpflichtigen auswirkt, deren Leistungswille allein von ihrer eigenen Initiative abhängt? Ich denke hier an die freien Berufe, ich denke an die Künstler, ich denke an die Schriftsteller, wenn Sie wollen, an die Elite dieses Landes. Sie wissen genau, Herr Bundesminister, wie notwendig beispielsweise die Kommentierung von Gesetzen durch sachkundige Beamte und Richter ist. Diese Fachleute werden es sich in Zukunft überlegen, die ungeheure Arbeit, die ihnen ohnedies nur mit einem Bettel als Autorenhonorar quittiert wird, noch zu machen, wenn dieses Honorar größtenteils progressiv weggesteuert wird.

Herr Bundesminister! Sie sind nicht nur wirtschaftsfeindlich, Sie sind nicht nur unsozial, Sie sind auch kulturfeindlich, wenn Sie sich weigern, die Einkommen- und Lohnsteuer zu senken! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Wir haben immer mehr den Eindruck, daß Sie nicht mehr Herr der Situation sind, daß Sie ein Gefangener von Kräften sind, die von außen auf Sie wirken. Die Steuern, Herr Bundesminister, das wissen Sie genau, ressortieren doch in Ihr Ministerium. Aber die Frage nach einer Gesundheitssteuer wird vom allgewaltigen Bundeskanzler erhoben und nicht von Ihnen. Sie sind nicht mehr Herr der Situation, sondern ein Getriebener der Inflation, Herr Bundesminister!

So lesen wir in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 30. September: „Für 1974

DDr. Neuner

komme eine Lohnsteuersenkung daher nicht in Betracht, erklärte Androsch weiter."

Die „Arbeiter-Zeitung“ weiß am 24. November 1973 zu berichten, daß nicht Sie, Herr Dr. Androsch, sondern „Benya und Androsch Freitag das Ausmaß der Erhöhung des Kfz-Pauschales fixierten“. (*Abg. Teschl: Was ist da schlecht?*) Daß ein Nicht-Ressortminister etwas fixieren kann, ist mir neu, meine Herren!

Herr Bundesminister! Sie sind nicht mehr Herr der Situation, anders sind mir der Zickzackkurs bei der Wertpapierdeckung für die Abfertigungsrücklage, die in letzter Minute vorgelegten Husch-Pfusch-Abänderungsanträge zum Abgabenänderungsgesetz 1973 und Ihr Regieren mit Erlässen gleichsam als Notverordnungen, Erlässen, die gesetzwidrig sind, nicht erklärbar!

Herr Bundesminister! Sie sind nicht mehr Herr der Situation, weil Sie es dulden, daß der schwerst überlasteten Finanzverwaltung immer neue, überdies völlig artfremde Aufgaben aufgebürdet werden.

Sie haben sich in der Regierung gegenüber dem Herrn Justizminister nicht durchgesetzt. In der Regierungsvorlage über die Änderung des Mietengesetzes ist vorgesehen, daß die Finanzbeamten die Mietzinsbeihilfen auszahlen sollen. Meine Damen und Herren! Die Einhebung von Abgaben dem Gesetze gemäß durchzuführen ist schwer genug. Die Beamten aber mit neuen Verteilungsaufgaben zu belasten, ist bei der derzeitigen Personallage der Finanzverwaltung unverantwortlich.

Herr Minister! Ich fasse mich heute kurz, weil sicherlich die Zeit nicht mehr da ist, Ihnen große Konzepte vorzutragen oder weiterhin große Kritik zu üben. (*Abg. Teschl: Haben Sie große Konzepte, Herr Doktor?*) Mehr als Sie, Herr Kollege!

Ein ernstes Wort zum Abschluß: Die Finanzbeamenschaft zeichnet sich dadurch aus, daß sie immer schwieriger werdende Gesetze zu vollziehen und außerdem die höchst unangenehme Aufgabe zu erfüllen hat, auf legalem Wege dem Staatsbürger Geld wegzunehmen. Das, meine Damen und Herren, erfordert eine Beziehung zu dieser Arbeit, bei der Sachverstand, Objektivität, kritische Einstellung, ja auch eine Distanz von der Tagespolitik und natürlich auch von der Parteipolitik vorherrschen.

In einer 25jährigen Führung des Finanzressorts durch die Österreichische Volkspartei konnten die Finanzbeamten von der ersten bis zur dritten Instanz diese Eigenschaften voll entfalten.

Sie, Herr Dr. Androsch, profitieren von diesen Beamtentugenden. Wenn Sie sich aber durch immer neue Aufgabenstellungen, durch unvorbereitete und undurchdachte Gesetze, durch einen Zickzackkurs gegen die eigenen Finanzbeamten versündigen, Herr Finanzminister, dann werden Sie auf den Widerstand der Österreichischen Volkspartei stoßen, und das ist ein Grund mehr, dieses Budget abzulehnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Androsch.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf noch einmal feststellen — das stenographische Protokoll wird es jederzeit belegen —, daß Herr Abgeordneter Zittmayr davon gesprochen hat, daß die Mehrwertsteuer die unsozialste Steuer und daher abzulehnen sei. Ich bitte das in Erinnerung rufen zu dürfen.

Zweitens: Sie haben jetzt die Prognose des Instituts für Wirtschaftsforschung vom 2. Oktober 1972 zitiert. — (*Abg. Dr. Withalm: Das stimmt nicht! Das hat Zittmayr nicht gesagt!*) Es gibt ein Protokoll! (*Abg. Dr. Withalm: Die Höhe!*) Nein, er hat von der Höhe überhaupt nicht gesprochen. Er hat überhaupt nicht vom Mehrwertsteuersatz, sondern von der Steuer generell gesprochen. (*Abg. Dr. Withalm: Aber in einem Nebensatz! Das wird sich zeigen!*) Es gibt ja ein Protokoll! (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Die Behauptung „Halbwahrheiten“ hat Herr Abgeordneter Dr. Neuner aufgestellt. Also habe ich darauf erwidert. Das wäre das erste.

Das Zweite: Die Prognose, Herr Abgeordneter Dr. Neuner, die Sie zitiert haben, stammt vom 2. Oktober. Sie ist aber von der Entwicklung überholt worden, sonst hätte nämlich das Institut nicht in der Zwischenzeit Revisionen seiner Prognose vorgenommen. Die Schätzung beruhte auf dieser Prognose. Sie umfaßte eine nominelle Steigerung von 12, 13 Prozent, und tatsächlich kam man, wie die Revision ergeben hat, auf 15,8, und das ist eine andere Wirtschaftsentwicklung als bei der Schätzung angenommen, eine höhere, und das muß daher höhere Einnahmen bringen. Das hätte sich auch nach der alten Umsatzsteuer ergeben.

Schließlich drittens: Ich bekenne mich dazu, die erwähnte Angelegenheit mit dem Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes abgesprochen zu haben, wie ich mich auch dazu bekenne, flankierende Maßnahmen bei der Schillingaufwertung im März mit Vertretern der Wirtschaft und Industrie abgesprochen zu haben, wie ich mich auch dazu bekenne, im Juli mit dem Herrn Landwirt-

Bundesminister Dr. Androsch

schaftsminister Belange der Landwirtschaft, und zwar hinsichtlich des Milch Krisengroschens beziehungsweise eines flexiblen Milch Krisengroschens, abgesprochen zu haben.

Das ist Bestandteil der Wirtschaftspartner-schaft, die sich in Österreich bewährt hat und an der wir festhalten wollen! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Maier. Er hat das Wort.

Abgeordneter Kurt **Maier** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen über das Budget komme, möchte ich ganz kurz zu einigen Bemerkungen eines Vorredners, des Herrn Professors Dr. Koren, Stellung nehmen.

Herr Professor Dr. Koren! Sie haben heute hier wieder eine sehr große Schwarzmalerei betrieben. Ich möchte auf folgendes hinweisen: Wenn man sich die „Presse“ vom 22. Dezember 1970 ansieht, dann kann man dort lesen:

„Kritische Phase für Mitte 1971 erwartet. Koren sieht für SPÖ schlechte Zeiten kommen.“

Oder aus der „Presse“ vom 29. Dezember 1970:

„Es habe wenig Sinn, die Zeichen der unleugbar kommenden wirtschaftlichen und budgetären Probleme nicht sehen zu wollen und ernste Mahnungen für rechtzeitiges Handeln als Schwarzmalerei abzutun...“ *(Abg. Doktor Withalm: Sind schon da!)* Ich komme darauf, Herr Vizekanzler! *(Abg. Dr. Koren: Ich habe heute nicht schwarzgemalt, sondern wiederholt! Ich habe nicht von hunderttausend Arbeitslosen gesprochen so wie der Präsident des Gewerkschaftsbundes!)* Ich habe da nicht zitiert, Herr Professor Koren, daß Sie hier ... *(Abg. Dr. Koren: Mit keinem Wort, sondern ich habe dargestellt, was heute schon feststeht! Ich habe vor Pessimismus gewarnt! Das haben Sie offenbar überhört!)*

Sie haben ja bereits 1970 begonnen. Sie haben am 10. September 1971 wieder erklärt — und zwar im „ÖVP-Pressedienst“ —: „Die kommenden Budgetprobleme ...“ *(Abg. Doktor Koren: Ist die Inflation nicht von Jahr zu Jahr größer geworden?)* Möchten Sie dafür allein die Regierung verantwortlich machen, Herr Professor Koren? *(Abg. Dr. Koren: Gewarnt habe ich sie davor, und es ist eingetreten!)*

Herr Professor Koren! Sie als Wirtschaftsfachmann wissen doch ganz genau, daß diese Inflation nicht allein vom Staat Österreich kommt, sondern daß diese Inflation weltweit

ist. *(Abg. Dr. Koren: Meine Güte!)* Glauben Sie das nicht, Herr Professor Koren? *(Abg. Dr. Koren: Ein Pferd — ein Huhn, das ist ungefähr die Relation!)*

Herr Professor Koren! Sie sind anscheinend derjenige, der nicht nur mit einem Pinsel, sondern mit drei Pinseln versucht, alles, was diese Regierung macht, schwarzzumachen und als negativ aufzuzeigen. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: Sagen Sie mir wenigstens, in welchem Bereich!)*

Herr Professor Koren! Wenn man zum Beispiel heute zu den Ausführungen gerade Ihres Herrn Kollegen Zittmayr kommt — er ist leider nicht hier ... *(Abg. Dr. Gruber: Er holt das Protokoll!)* Er holt das Protokoll! Herr Kollege Gruber! Er hat über die Beamten-schaft gesprochen, hat erklärt, der Verwaltungsapparat sei zu groß und zu kostspielig. Herr Kollege Gruber! Sagen Sie Ihrem Kollegen Zittmayr, daß zum Beispiel beim landwirtschaftlichen Beratungswesen in den Landwirtschaftskammern von 1966 auf 1974 eine Steigerung von 28 Millionen Schilling auf 74 Millionen Schilling festzustellen ist! Die Bundesregierung hat keinen Einfluß auf den dortigen Beamtenapparat. Diese Beamten werden von den Landwirtschaftskammern bestellt. Der Bund trägt aber zwei Drittel der Personalkosten. *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das ist notwendig!)* Ja, dies ist notwendig. Wir begrüßen das.

Herr Kollege! Aber man darf dann dieser Regierung nicht vorwerfen, daß der Verwaltungsapparat zu groß wird! Im Budget 1974 sind 74 Millionen Schilling für das landwirtschaftliche Beratungswesen im Rahmen der Landwirtschaftskammern enthalten. *(Abg. Dr. Gruber: Nicht unter Personalaufwand!)* Diese 74 Millionen Schilling, Herr Kollege Gruber, müssen auch vom Bund aufgebracht werden. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Kern, wenn man immer wieder versucht, dieses Budget, das diese Regierung seit 1970 aufstellt, wo sie es zum erstenmal aufgestellt hat, zu kritisieren und zu behaupten, daß für die Landwirtschaft zu wenig getan worden sei, daß für die Landwirtschaft zu wenig gemacht wurde, dann, Kollege Kern, gehen Sie doch hinaus und überzeugen Sie sich — Sie sind doch selbst draußen in der Privatwirtschaft, Sie kennen doch das von der Praxis aus und wissen es —, daß es bei uns jedem Landwirt, auch den Bergbauern besser geht als früher! Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe des Abg. Kern.)* Jawohl, Herr Kollege Kern! Ich kann Ihnen sagen, in meiner

Kurt Maier

Gemeinde gab es 1960 60 Autos, heute sind es 210. Wenn es dem Bauern schlecht gehen würde, könnte er sich kein Auto leisten. So sieht das aus, Herr Kollege Kern! *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Kern: Sie glauben, es ist noch keiner verhungert!)*

Meine Damen und Herren! Sehen wir uns nur das Budget für 1974 für die Land- und Forstwirtschaft an, das mit einem Ausgabenrahmen von 3200 Millionen Schilling dotiert ist, ohne Preisausgleiche und Österreichische Bundesforste: 780 Millionen sind allein davon für den Grünen Plan und 300 Millionen Schilling für das Bergbauern-Sonderprogramm vorgesehen.

Die Bundesregierung setzt daher auch mit dem Budget 1974 die landwirtschaftlichen Förderungen der vergangenen Jahre fort, Herr Kollege Kern. Damit will sie den Ausbau und die Entwicklung von Vollerwerbsbetrieben fördern, den Betrieben, die zur Erhaltung der Kulturlandschaft notwendig sind, die Beschaffung eines Nebenerwerbes erleichtern, Herr Kollege Kern.

Im Interesse der Agrarpolitik werden dabei die Förderungsmittel auf Zinsenzuschüsse zu verbilligten AIK-Krediten verlagert. 1972 waren hierfür 284 Millionen Schilling vorgesehen, 1973 328 Millionen Schilling gegenüber 352 Millionen Schilling für das Jahr 1974. Das ist eine Steigerung, ein Plus von 24 Millionen Schilling. Das AIK-Kreditvolumen soll auch 1974 1500 Millionen betragen. *(Abg. Kern: Trotz bedeutend höherer Preise!)*

Die Treibstoffverbilligung war 1972 und 1973 mit jeweils 307 Millionen Schilling veranschlagt, und für 1974 wurde sie auf 387 Millionen Schilling angehoben; ein Plus von 80 Millionen Schilling. *(Abg. Kern: Da müssen Sie die Treibstoffkosten auch dazusagen, weil sie sich erhöht haben!)*

Herr Kollege Kern! Nicht diese Regierung hat die Treibstoffkosten erhöht. Ich werde Ihnen beweisen, wer die Anträge für die Erhöhung der Treibstoffkosten gestellt hat. Nicht diese Regierung hat diese Kosten erhöht, hat diese Anträge gestellt. *(Erneute Zwischenrufe des Abg. Kern.)* Nein, Herr Kollege Kern, dann nehmen Sie die „Salzburger Nachrichten“ vom 15. November in die Hand: Dort steht ausdrücklich: „Die Erhöhung der Benzinpreise stellt nur eine Etappe in der Entwicklung der Preise dar. Eine neue Welle von Erhöhungen kommt auf den Verbraucher und auf die industriellen Käufer zu.“ *(Abg. Kern: Wer hat denn die Mehrwertsteuer eingeführt?)* „Der Bezinpreis wird als unzureichend bezeichnet und die Bundeswirtschaftskammer arbeitet

intern bereits an einem neuen Antrag, der in den nächsten Tagen fertiggestellt werden soll.“ *(Abg. Dr. Gruber: Durch die Mehrwertsteuer ist ja das Dieselöl teurer geworden! Sie reden doch von ganz etwas anderem!)* Meine Herren, ich weiß schon, wovon ich rede, da brauch ich von euch keine Vorschriften. *(Erneute Zwischenrufe.)*

Hier fällt auch die Erhöhung für die Milchpreisstützung ins Gewicht, wo die Bundesmittel, die Vorsorge im Bundesvoranschlag für 1974 für den Milchpreisausgleich insgesamt 1973 Millionen Schilling betragen; gegenüber einem Voranschlag im Jahre 1973 in der Höhe von 1742 Millionen ein Plus von 231 Millionen Schilling, meine Damen und Herren! *(Abg. Kern: Wollen Sie uns das auch zuschieben?)*

Präsident **Probst**: Aber Herr Kollege Kern, wir haben ja keine Fragestunde. Sie halten da eine Rede, aufgeteilt in lauter Zwischenrufe. Bitte ein bisserl lassen Sie auch den Abgeordneten reden.

Abgeordneter **Kurt Maier** *(fortsetzend)*: Wir wollen, daß im Budget 1974 auch die Landwirtschaft ihren Teil erhält. Darum geht es. Wir wollen niemandem etwas in die Schuhe schieben. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Denn wir wissen ganz genau, was hier für die landwirtschaftliche Bevölkerung geleistet wird.

Eine Agrarpolitik, die eine ständige Verbesserung des materiellen Wohlstandes der ländlichen Bevölkerung verfolgt, muß auch die Bildungs- und Sozialpolitik mit einschließen. So sind für die Führung der Lehr- und Versuchsanstalten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft 431 Millionen Schilling vorgesehen. Für die seit 1971 bestehende Bauernpension sind im Budget 1974 2357 Millionen Schilling veranschlagt. *(Abg. Kern: Für die Bundesbahner 4½ Milliarden!)*

Herr Kollege, wenn Sie schreien „für die Bundesbahner 4½ Milliarden“ Schilling, dann darf ich Sie doch daran erinnern, und das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen, was die Bundesbahn für die Bundesbahnbediensteten bis jetzt geleistet hat. *(Erneute Zwischenrufe durch Abg. Kern.)* Lassen Sie mich ausreden! Die Bauernpension ist erst seit 1971 eingeführt, da können Sie doch nicht verlangen, das alles in zwei Jahren genauso weit ist. Wenn man das gewollt hätte, dann hätte man das doch schon 1966 einführen können. Dann wären Sie doch, Kollege Kern, der erste gewesen, der diesen Antrag für diese Bauernpension gestellt hätte. Heute wollen Sie von dieser Regierung, daß man in drei Jahren alles fix und fertig macht. *(Abg. Kern: Das ist ja*

Kurt Maier

sowieso durch Gesetz beschlossen! — Weitere Zwischenrufe.) Nicht mehr viel, denn dieser Sozialminister, dieser Finanzminister ist auch für die landwirtschaftliche Bevölkerung da. *(Abg. Dr. Gruber: Er hat nur ein Gesetz zu vollziehen gehabt!)*

Für die Bauernkrankenkasse werden im kommenden Jahr 300 Millionen Schilling aus Budgetmitteln zugesprochen.

Hohes Haus! Trotzdem wird von der Österreichischen Volkspartei immer wieder von einem Aushungerungsbudget oder Inflationbudget gesprochen.

Horst Knapp hat in seinem Buch „Der Schilling und die Weltwährungsordnung“ unter anderem ausgeführt: „Inflation ist ansteckend ... Die starke Beschleunigung des Preisauftriebes seit 1970 hat nämlich mit dem internationalen Währungssystem weit mehr zu tun als uns lieb sein kann, denn wenn die Stabilitätspolitik ständig gegen den Strom schwimmen muß, tut sie sich schwer.“ Und auch hier versucht diese österreichische Bundesregierung alles daranzusetzen, damit man nach Möglichkeit ein stabilitätsbewußtes konjunkturpolitisches Budget 1974 erstellt.

Meine Damen und Herren! Nicht diese Regierung trägt daher die Schuld an diesen Teuerungen. Wenn der Präsident Minkowitsch unter anderem auch ausführte, daß im November 1973 mit 8 Prozentpunkten eine besorgniserregende Inflationsmarke erreicht wurde, dann war es nicht die Regierung, die diese Anträge auf Dieselpreis- und Benzinpreiserhöhung erstellt hat, meine Damen und Herren. Ich habe es Ihnen schon zitiert. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das Budget 1974 wird wieder mithelfen, in der Land- und Forstwirtschaft die landwirtschaftlichen Einkommen und das Nebenerwerbseinkommen zu steigern.

Mein Kollege Pfeifer hat schon bei der Spezialdebatte darauf verwiesen, daß uns immer wieder von einigen Ihrer Vorredner vorgeworfen worden ist, daß man zuwenig zusammenarbeite und zuwenig miteinander spreche, um gerade in der Landwirtschaftspolitik etwas zu machen. Mein Kollege Pfeifer hat dabei unter anderem ausgeführt: „Der Zug der Agrarpolitik fährt mit großer Beschleunigung in Richtung Zu- und Nebenerwerbsbetrieb. Wie stehen Sie von der Österreichischen Volkspartei zu dieser agrarpolitischen Realität? Sind Sie bereit, gemeinsam mit uns das Förderungssystem der Landwirtschaft zu überdenken? Sind Sie bereit, dieses Förderungssystem den strukturpolitischen Gegebenheiten

entsprechend neu zu orientieren? Wie stehen Sie zur direkten Bergbauernförderung durch echte Einkommensbeihilfen? Wie stehen Sie zur Grenzlandfrage aus der Sicht der Agrarpolitik? Werden Sie mit uns das Problem der Hofübergabe sachlich diskutieren? Ihre Antwort würde uns sehr interessieren.“ — Es hat keiner Ihrer Redner nach dem Kollegen Pfeifer darauf eine Antwort gegeben. *(Abg. Doktor Gruber: Wozu auch?)*

Dann darf man nicht immer kritisieren, Herr Kollege Gruber, daß diese sozialistische Regierung, diese sozialistische Fraktion nicht bereit sei, mit Ihnen zu sprechen und gemeinsam etwas durchzuführen. Ich darf Sie nur daran erinnern, daß zum Beispiel der Herr Kollege Glaser in seiner letzten Rede unter anderem davon gesprochen hat, daß 223 Gesetze einstimmig beschlossen worden sind. Der Herr Kollege Mussil war ja nicht sehr begeistert, als er das hier ausgeführt hat. Ich habe ihn nämlich zufällig beobachtet. Aber dann dürfen Sie uns nicht immer die Vorwürfe machen, daß wir nicht bereit seien zu sprechen und zu reden. Um das geht es nämlich, Herr Kollege Gruber!

Das Budget 1974 wurde konjunktur- und stabilitätsgerecht erstellt und den agrarpolitischen und agrarwirtschaftlichen Sachverhalten angepaßt.

Die Nebenerwerbsbetriebe, deren Zahl ständig zunimmt, sind unter den früheren Regierungen immer stiefmütterlich behandelt worden, obwohl diesen Betrieben, die hauptsächlich im Berggebiet liegen, eine wichtige Aufgabe in der Erhaltung und Pflege der Erholungslandschaft zukommt.

Die Weiterführung begonnener und bewährter Förderungsmaßnahmen ist sichergestellt und im besonderen mit der Anhebung der Preisausgleiche auch gleichzeitig eine Sicherung des Absatzes für die Erzeugnisse. Die zur Verfügung stehenden Mittel des Agrarbudgets 1974 erfordern derzeit eine sehr notwendige Konzentration in der Abwicklung der Förderungsmaßnahmen, den funktionsgerechten Einsatz der Förderungsmittel und eine entsprechende regionale und spartenmäßige Schwerpunktbildung. Das macht daher einen rationalen und effizienten Einsatz der Förderungsmittel erforderlich.

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft hatte 1973 Schwierigkeiten zu meistern, die allerdings nicht zuletzt in der internationalen Entwicklung auf dem Währungssektor und im handelspolitischen Bereich ihre Ursachen hatten.

Kurt Maier

Im Zusammenhang mit der Energiekrise wurde behauptet, die Entwicklung der Landwirtschaft sei auf eine schlechte Wirtschaftspolitik der vergangenen drei Jahre zurückzuführen. Gerade in dieser Zeitspanne hatten wir in Österreich das höchste Wirtschaftswachstum, die höchste Beschäftigung und das höchste Bruttosozialprodukt, das es jemals gab.

Der Konsum der Bevölkerung hat sich immer mehr auf höherwertige Lebensmittel verlagert. Diesem Wunsche der Bevölkerung zu dienen, ihr hochwertige Nahrungsmittel zu liefern, wird weiterhin das Bestreben unserer Landwirtschaft sein. Das Budget 1974 wird mit-helfen, unserer Landwirtschaft im kommenden Jahr die Voraussetzungen zu schaffen, um unseren Bauern das notwendige Einkommen zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Huber.

Abgeordneter **Huber** (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der heutigen Debatte komme ich mir vor wie beim Turmbau zu Babel: Der Herr Bundeskanzler hat im Februar 1970 gesagt, 3 Prozent Preissteigerungen sind unerträglich. Heute streiten wir herum, ob 10 Prozent sehr milde ist und ob wir nicht 20 Prozent bekommen.

Ich möchte aber noch ganz kurz auf eine Sache zu sprechen kommen — und ich bin mir bewußt, da ich einer der letzten Redner in diesem Hause bin, daß es sicherlich nicht sehr angenehm ist und ich nicht helle Freude erwecken werde, wenn ich mich hier verbreite oder ein breit angelegtes Referat zum besten gebe —, ich möchte noch zum Finanzausgleich sprechen, denn dieses Gesetz ist ein Gesetz, das bei der Bevölkerung sehr wenig bekannt ist. Ich möchte betonen, daß es aber ein sehr tiefgreifendes Gesetz ist, denn es hat Folgen für jeden einzelnen Menschen und darüber hinaus auch für alle Familien in Österreich.

Das Finanzausgleichsgesetz, das ja nach dem Finanz-Verfassungsgesetz nun Grundlage für die Aufteilung der gemeinschaftlichen Steuern und Abgaben auf die einzelnen Gebietskörperschaften, also Land, Bund und Gemeinden ist, haben wir im Vorjahr beschlossen. Es ist in der heutigen Fassung wirksam bis einschließlich 1978.

Das Finanzausgleichsgesetz ist, wie wir alle wissen, kein Gesetz, das von der Regierung im Entwurf vorgelegt und vom Parlament dann beschlossen wurde, sondern es ist ein Gesetz, dessen materielle Grundlage zwischen den

Vertretern des Bundes, der Länder und der Gemeinden ausgehandelt worden ist. Es ist daher ein sogenanntes paktiertes Gesetz. Wie wichtig es ist, eine so einschneidende Frage im gemeinsamen Einvernehmen zu lösen, kann nur der ermes-sen, der auch die Probleme der Länder und Gemeinden kennt. Man müßte also sagen: Ausgemacht ist ausgemacht. Jede Beurteilung im Zeitraum seiner Gültigkeit sei fehl am Platze.

So einfach soll man sich aber meiner Auffassung nach die Sache nicht machen. Ganz und gar nicht in einer Zeit, in der die Anforderungen an die Gebietskörperschaften ganz allgemein, aber besonders im speziellen einem ständigen Wandel unterliegen.

Für das uns vorliegende Budget 1974 ist also der neue Finanzausgleich das zweite Jahr in Geltung. Man kann bereits die ersten Auswirkungen nicht nur in der theoretischen Voraussetzung, sondern schon in den tatsächlichen Gegebenheiten sehen, wenn man auch die Er-träg-nisse aus dem Finanzausgleich deshalb nicht genau sehen kann, weil sie nicht in einer Zeit entstanden sind, die stabile Wertverhältnisse hat. Die galoppierende Inflation hat hier weitgehend kosmetisch mitgewirkt. Alle Gebietskörperschaften haben zum Teil recht erhebliche Mehreinnahmen aus den Abgabenertragsanteilen und wiegen sich deshalb in relativer Zufriedenheit.

Schon hier soll festgestellt sein, daß die inflationistische Entwicklung jenen, die Voranschläge für das kommende Rechnungsjahr erstellen müssen, also dem Bund, den Ländern und Gemeinden, einige Sorgen abnimmt, weil aus den nominellen Steigerungen mehr an bestehenden Ausgabenwünschen befriedigt werden können. Freilich bleibt es zum Teil ein Trugschluß, weil die reale Basis erheblich anders aussieht. Mit gleich viel Schilling im Jahr 1974 kann man selbstverständlich weniger machen, weil Preise und Löhne höher sind und die gleichen Aufgaben also wesentlich mehr kosten.

Davon aber abgesehen, möchte ich gewissermaßen in Fortsetzung meiner Ausführungen, die ich bei der Beschlußfassung des Finanzausgleichsgesetzes gemacht habe, einige Feststellungen treffen.

Nach den Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen sollte sich auf der Grundlage des Voranschlages 1972 für 1973 eine Mehrbeteiligung der Länder an der Finanzausgleichsmasse von 582 Millionen Schilling, der Gemeinden eine solche von 1404 Millionen Schilling ergeben. Dem hätten budgetwirksame Ausgabenvermehrungen und

Huber

Einnahmenverminderungen des Bundes in der Höhe von 1356 Millionen Schilling gegenübergestanden.

Wenn man diese ersten Ergebnisse betrachtet, so sieht man, daß sich schon nicht unbedeutende Verschiebungen zugunsten von verschiedenem ergeben. Die Länder haben zwar nominell mehr bekommen, unbestritten. Dem inneren Wert nach aber nicht so viel wie angegeben. Das gilt auch für die Gemeinden. Die Gemeinden mußten überdies schon von vornherein der Stabilisierungsmaßnahmen wegen im Jahre 1973 auf die Getränkesteuer auf Bier verzichten. Ich werde noch kurz darauf zurückkommen. Aber abgesehen davon sind die den Gebietskörperschaften Länder und Gemeinden im Verhältnis zum Bund zugesagten Mehrerträge nicht in dieser Relation entstanden.

Der Bund hat von den Steuern und Abgaben, die zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geteilt sind, ein Mehrerträgnis von 37 Milliarden Schilling, also von rund 34 Prozent, wogegen die Zunahme bei den Ländern und Gemeinden 11,4 Milliarden Schilling oder 38 Prozent beträgt.

Die prozentuelle Verschiebung beträgt also abgerundet 4 Prozent. Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden sind um 4 Prozent mehr gestiegen — zugestanden —, als die Gesamtzunahme aller zu teilenden Abgaben in der Gruppe 5 Kapitel 2 ausmacht. 4 Prozent von 30 Milliarden sind rund 1,2 Milliarden in der Relation mehr für die Länder und Gemeinden.

Das bei der Behandlung des Finanzausgleichsgesetzes 1973 genannte Zahlenspiel war aber: 2 Milliarden Schilling mehr für Länder und Gemeinden — also die genannten 582 Millionen für die Länder und die 1404 Millionen für die Gemeinden — und 1,3 Milliarden Schilling weniger — Mehrausgaben, Mindereinnahmen — beim Bund.

Es zeichnet sich nun aber ab, daß sich die Einnahmenentwicklung im neuen Finanzausgleichsgesetz zugunsten des Bundes zu verschieben beginnt.

Nun noch ein paar Worte zur Getränkesteuer auf das Volksgetränk Bier. Nach den Finanzausgleichsgesetzen, die vor dem 1. Jänner 1973 in Geltung gestanden sind, waren die Getränke Milch und Bier von der Besteuerung ausgenommen. Das neue Finanzausgleichsgesetz 1973 nimmt das Bier noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres, also bis zum 31. Dezember 1973, aus. Diese Verschiebung um ein Jahr ist, wie ich bereits vorhin ausgeführt habe, wegen der Stabilisierungsbemü-

hungen festgelegt worden. Ab 1. Jänner 1974 ist nach § 14 des Finanzausgleichsgesetzes auch das Bier bei den getränkesteuerpflichtigen Getränken.

Der Herr Finanzminister hat diese Zusage damals mit treuherzigem Blick, möchte ich fast sagen, als Leistung an die Gemeinden gewertet. Die Gemeinden werden also gezwungen sein — sollten sie nicht dieser Mehreinnahmen verlustig werden —, ab 1. Jänner 1974 die Getränkesteuer vom Bier einzuheben. Wenn ich aber an die Schwierigkeiten denke, die sich gerade jetzt für die Fremdenverkehrswirtschaft ergeben — wir haben gestern beim Kapitel Handel gehört, was sich in der Fremdenverkehrswirtschaft abspielt —, so ist diese Bestimmung besonders in den Fremdenverkehrsgebieten, wie in Tirol, außerordentlich problematisch. Wegen der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ist der Wirtschaftszweig Fremdenverkehr besonders gefährdet. Das bedeutet aber auch den Verlust vieler Arbeitsplätze. Bei weiterem Anhalten einer Stagnation oder gar einer rückläufigen Bewegung werden auch die damit zusammenhängenden Wirtschaftszweige in Industrie und Gewerbe betroffen sein. Hiezu braucht es, meine Damen und Herren, wohl keiner besonderen Erläuterungen.

Die Vertreter des Fremdenverkehrs weisen nun — ich meine, nicht mit Unrecht — darauf hin, daß die zusätzlichen Belastungen aus der Getränkesteuer auf Bier neuerliche Kostensteigerungen bringen. Die Werbebüros und die Stellen des internationalen Fremdenverkehrs wollen aber Österreich als Fremdenverkehrsland ohnehin schon nicht mehr besonders empfehlen, weil die Kostensteigerungen bei uns einfach überdurchschnittlich sind. Diese Mehrkosten würden besonders in den sogenannten Extras, die nicht im Pensionspreis enthalten sind — eben die Getränke —, liegen. Die Teuerung beim Bier ist also wiederum ein Grund, diese negativen Seiten gerade bei diesen Werbebüros und diesen internationalen Stellen aufzuzeigen.

Nun die Frage: Wen treffen diese Vorwürfe? — Natürlich die Gemeinden, weil ganz oberflächlich weithin die Meinung besteht, die Gemeinden könnten auf diese Steuer ohne weiteres verzichten. So vereinfachen kann man die Dinge aber nicht. Den Gemeinden ist diese Steuer vom Finanzminister als Mehrertrag gegenüber dem Bund vorgerechnet worden. Wenn man der Meinung war, daß das Bier eine weitere Kostenbelastung nicht trägt, dann hätte der Finanzminister die Einbeziehung in die Getränkesteuerpflicht eben nicht

Huber

als Leistung für die Gemeinden anbieten dürfen. Er hätte in anderer Weise den Gemeinden etwas geben müssen.

Diese zusätzliche Kostenbelastung, die im übrigen nicht nur den Fremdenverkehr, sondern darüber hinaus auch den österreichischen Konsumenten betrifft, geht daher ausschließlich und ausdrücklich auf das Konto des Herrn Finanzministers.

Ich möchte daher abschließend sagen, daß die Fragen des Finanzausgleichs schon heute eine genaue Beobachtung verlangen. Im besonderen müssen die inzwischen auftretenden Aufgaben der Gebietskörperschaften, der Länder und Gemeinden, durch Zweckzuschüsse des Bundes Förderungsmittel erhalten, wodurch ein gewisser Ausgleich hergestellt werden soll.

Im übrigen bleibt aber die Tatsache bestehen, daß an einer Umgestaltung der Grundlagen des Finanzausgleichs weiter gearbeitet werden muß. Man muß sich heute schon Gedanken darüber machen — wie es der Herr Finanzminister gesagt hat: neu überdenken —, etwa über den abgestuften Bevölkerungsschlüssel, der weithin als Ungerechtigkeit betrachtet wird. Ein Akt der Gerechtigkeit wäre, die Volkszählungsergebnisse in kürzeren Intervallen für die Berechnungsgrundlage heranzuziehen.

Darüber hinaus möchte ich aber einen alten Spruch aus Rom dem Herrn Finanzminister ins Stammbuch schreiben. Er heißt: „Was im kleinen Kreis besorgt wird, soll der Statthalter nicht besorgen wollen!“ Und ich glaube, bei dem neuen Überdenken müßte diese Erkenntnis aus dem alten Rom auch in Wien zum Durchbruch kommen. Es müßte hier heißen: „Was die Bundesländer und die österreichischen Gemeinden besorgen, soll der Bund nicht unbedingt besorgen wollen!“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Stohs.

Abgeordneter **Stohs** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Vor aller kürzester Zeit habe ich in Erfahrung gebracht, daß Bestrebungen im Gange sind, hinsichtlich des Beamtenchutzgesetzes und des Versetzungsschutzes eine Änderung durchzuführen. Da der Dienstpostenplan zur Beratung steht, möchte ich hier die Anfrage stellen, ob dies nur ein Gerücht ist oder ob es der Richtigkeit entspricht, daß eine Änderung infolge des Kompetenzänderungsgesetzes und des zu erstellenden neuen Geschäftsverteilungsplanes in dieser Richtung bevorsteht.

Ich glaube, daß wir als Beamte unbedingt Wert darauf legen müssen, daß das Beamtenchutzgesetz, das unter der Regierung Doktor Klaus nach vielen und langen Beratungen zustande gekommen ist, auch in der Zukunft nicht durchbrochen werden darf, und ich hoffe, daß ich hier die entsprechende Zusicherung bekomme, daß dies der Fall sein wird und daß das andere nur Gerüchte sind, die nicht der Tatsache entsprechen.

Hohes Haus! Mit größtem Bedauern müssen wir am Schluß der diesjährigen Budgetdebatte feststellen, daß die SPÖ neben vielen anderen Anregungen und Anträgen den am 23. Oktober 1973 von der ÖVP eingebrachten Antrag zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes, der den Steuerzahlern dringend erforderliche Steuererleichterungen gebracht hätte, abgelehnt hat.

Dieser Antrag hätte, wie schon von maßgeblichen Rednern der ÖVP eingehend erläutert wurde, eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen, mit denen eine Rückerstattung eines Teiles des Inflationsgewinnes des Finanzministers erreicht hätte werden können.

Als Abgeordneter und als Gewerkschaftsfunktionär stelle ich fest, daß diese Forderungen auch den ÖGB-Grundsätzen entsprochen hätten, denn anläßlich der letzten Lohnsteuerreform wurde vom ÖGB-Präsidium festgelegt, daß der Teil von Lohn- und Gehaltserhöhungen, der der Abgeltung der Teuerung gilt, der Steuerprogression nicht unterliegen dürfe.

Jetzt wird vom sozialistischen Finanzminister Dr. Androsch behauptet, eine Lohnsteuersenkung würde die Inflation noch stärker anheizen. Diesen Standpunkt können wir nicht teilen.

Mit derselben Härte wie seinerzeit im Jahre 1967 die SPÖ und die sozialistischen Gewerkschafter die Milderung der Steuerprogression verlangt haben, müssen wir heute fordern, daß nicht erst mit Beginn des Wahljahres 1975 die Steuersenkung eintreten soll, sondern unbedingt noch im ersten Halbjahr 1974.

Mit der Ankündigung von Präsident Benya, daß zu Beginn des kommenden Jahres die Beratungen und Verhandlungen über die Steuerermäßigung einsetzen werden, ist dem Steuerzahler nicht gedient, auch wenn das ein Hoffnungsschimmer für ihn ist. Wir müssen nämlich verlangen, daß im kommenden Jahr nicht nur Beratungen einsetzen, sondern daß sie auch Auswirkungen haben.

Nun zu einem anderen Kapitel der Finanzpolitik der SPÖ: Der sozialistische Finanzminister hat bei der Wahrnehmung des Finanzausgleiches zwischen Bund, Ländern

Stohs

und Gemeinden versucht, gerade die Bundesländer und Gemeinden mit dem stärksten Bevölkerungszuwachs zu benachteiligen.

Dank der Klage des Landes Salzburg, die vom Bundesland Vorarlberg unterstützt wurde, ist vom Verfassungsgerichtshof am 6. März 1973 mit Erkenntnis festgestellt worden, daß für die Berechnung und Auszahlung der Ertragsanteile für das Jahr 1971 das Volkszählungsergebnis vom 12. Mai 1971 zugrunde zu legen ist. Das bedeutet, daß die Volkszahl vom Jahre 1971 und nicht die vom Jahre 1961, wie es vom Finanzminister Doktor Androsch entgegen der bisherigen Übung angeordnet wurde, als Grundlage dient. Dies ergab, daß zum Beispiel für das Bundesland Salzburg der vorenthaltene Anteil an den Ertragsanteilen des Jahres 1971 im Ausmaß von mehr als 45 Millionen Schilling nachzahlen war.

Nachdem die Bevölkerungsentwicklung in den neun Bundesländern von 0,8 Prozent Bevölkerungsrückgang in der Bundeshauptstadt Wien bis zu 19,9 Prozent Bevölkerungszuwachs im Bundesland Vorarlberg innerhalb der zehn Jahre von 1961 bis 1971 schwankt, wäre es dringend notwendig, die Volkszählung künftig alle fünf Jahre durchzuführen.

Ich habe bei der Beratung des Finanzausgleichsgesetzes am 23. November 1972 schon eindringlich darauf verwiesen und damals festgestellt, daß das Bundesland Vorarlberg schon innerhalb von fünf Jahren, also von 1961 bis 1966, einen Bevölkerungszuwachs von 12 Prozent aufweisen konnte und somit viele Jahre hindurch bei der Zuteilung der Ertragsanteile schwerstens benachteiligt wurde.

Ich erhebe heute erneut die Forderung, daß von der Kannbestimmung des § 1 Abs. 2 des Volkszählungsgesetzes in Zukunft Gebrauch gemacht wird und alle fünf Jahre eine außerordentliche Volkszählung vorgenommen wird, um bestehende Ungerechtigkeiten abzuschwächen. Würde dieser berechtigten Forderung entsprochen, wäre für die vier westlichen Bundesländer Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg die finanzielle Benachteiligung im Ausmaß von mehr als 500 Millionen Schilling behoben. Gerechtigkeit auch im Finanzausgleich soll oberstes Gebot der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung sein.

Eine andere Forderung, die mir sehr am Herzen liegt, ist die Gewährung der Fahrtkostenvergütung für körper- und geistesbehinderte Kinder, die beschützende Werkstätten oder ähnliche Einrichtungen besuchen.

In der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses am 22. November 1973 habe ich den Herrn Finanzminister auf dieses Problem auf-

merksam gemacht. Ich habe bekanntgegeben, daß zum Beispiel die „Lebenshilfe“ in Vorarlberg für die zirka 150 Behinderten für den Besuch von acht beschützenden Werkstätten im Jahre 1972 für den Transport der Kinder zwischen Wohnung und Werkstätte zirka 590.000 S aufgewendet hat. Dabei wurden eigene Vw-Busse des Vereins „Lebenshilfe“ zum Transport der Kinder verwendet.

Wenn diese Kinder auch keine Schule besuchen, so dient der Besuch dieser beschützenden Werkstätte nur der Berufsausbildung. Es wäre sicherlich angebracht, durch eine geringfügige Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes zu ermöglichen, daß die Eltern der Ärmsten der Armen die Schulfahrtbeihilfe ebenfalls bekommen könnten.

Mit Genugtuung habe ich festgestellt, daß auch die sozialistischen Abgeordneten des Vorarlberger Landtages in einer Entschließung vom 13. Dezember 1973, die sie an den Nationalrat gerichtet haben, meine Bemühungen unterstützen wollen.

Ebenso bitte ich, die Pauschbeträge für Schulfahrtbeihilfen gemäß § 30 c Abs. 1 und 2 des Familienlastenausgleichsgesetzes, die derzeit 25 S, 40 S, 50 S oder 80 S, je nach Schultagen und zurückgelegten Wegekilometern betragen, mindestens zu verdoppeln, damit sie der Schulfahrtbeihilfe, wie sie für den Gelegenheitsverkehr vorgesehen ist, ungefähr gleichkommen.

Nun noch ein letztes, aber nicht minder wichtiges Anliegen. Unter dem Titel „Presseförderung über den Leser“ hat der Chefredakteur der „Vorarlberger Nachrichten“, Professor Dr. Franz Ortner, am 30. August dieses Jahres eine Anregung gemacht, die aber meines Wissens bis heute von Ihnen, Herr Finanzminister, und von der SPÖ-Mehrheit des Nationalrates unbeachtet geblieben ist.

In diesem Artikel wird die Subventionierung der Presse durch die öffentliche Hand als unannehmbar bezeichnet, weil dadurch die Unabhängigkeit der Presse gefährdet werden könnte.

Der Vorschlag von Professor Dr. Ortner geht dahin, daß dem Österreicher bei der Einkommen- und Lohnsteuer eine Abschreibung für den Bezug von Tageszeitungen zugestanden würde, etwa in der Weise, daß ein Jahresabonnement einer Tageszeitung von der Steuer abgesetzt werden kann, wenn es mit entsprechendem Beleg nachgewiesen wird. So würde die Lesefreudigkeit gehoben und durch das Abonnement einer oder mehrerer Tageszeitungen zur Förderung der Erwachsenenbildung wesentlich beigetragen und der

Stohs

Demokratie sicherlich ein guter Dienst geleistet. Der bildungsmäßige Nutzen — derzeit werden von den 7,4 Millionen Österreichern nur 2,3 Millionen Exemplare der Tageszeitungen gelesen beziehungsweise gekauft — wäre für die Gesellschaft sicherlich größer als der budgetmäßige Verlust.

Wenn wir Vergleiche mit anderen Staaten anstellen, müssen wir die Feststellung machen, daß wir bezüglich des Bezuges von Tageszeitungen noch weit zurückliegen. Gerade die Tageszeitungen in den Bundesländern haben mit besonders starken Kostenbelastungen zu kämpfen; eine Förderung durch verstärkte Auflageziffern würde sehr helfen. Auch allen Kräften, die an der Verstärkung verantwortungsbewußter Medienträger verantwortlich sind, käme diese Unterstützung zugute.

Hohes Haus! Ich hoffe, daß die vielen wertvollen Anregungen, die in dieser im großen und ganzen sachlich geführten Budgetdebatte gemacht wurden und noch gemacht werden, entsprechende Beachtung finden und nicht erst unmittelbar vor der nächsten Nationalratswahl darangegangen wird, einige Anregungen zu verwirklichen.

Wenn die wichtigsten Vorschläge möglichst bald ihren Niederschlag finden, dann haben wir nicht umsonst zehn Tage im Finanzausschuß und dreizehn Tage im Hohen Haus über das Budget 1974 debattiert, sondern zum Wohle der gesamten Bevölkerung Österreichs. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Robert Weisz.

Abgeordneter Robert **Weisz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte am Anfang eine Richtigstellung vornehmen, und zwar auf Grund eines Zwischenrufes, den der Herr Vizkanzler Dr. Withalm getan hat. Ich habe hier das Protokoll. Der Herr Abgeordnete Dr. Zittmayr hatte wortwörtlich gesagt:

„Noch etwas dazu: Die Mehrwertsteuer, Herr Finanzminister, ist die unsozialste Steuer, die es überhaupt in Österreich gibt.“ *(Abg. Dr. Withalm: Wie geht es weiter?)* Moment, Moment!

Und der Herr Bundesminister Dr. Androsch hat darauf in einem Zwischenruf geantwortet: „Warum haben Sie sie dann verlangt?“ *(Abg. Dr. Withalm: Wie geht es trotzdem weiter?)*

Sicherlich geht es weiter: „Die Mehrwertsteuer in diesem Ausmaß, Herr Finanzminister, belastet jeden ...“ *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das ist richtig!

Aber die klare Stellungnahme des Abgeordneten war: „Noch etwas dazu: Die Mehrwertsteuer, Herr Finanzminister, ist die unsozialste Steuer, die es überhaupt in Österreich gibt.“ *(Abg. Dr. Withalm: Das ist nicht der Punkt! — Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Der Punkt steht hier.

Tatsache ist, daß diesem Protokoll entnommen werden kann, daß „die Mehrwertsteuer die unsozialste Steuer“ ist, die allerdings damals von Ihnen im Parlament verlangt wurde. *(Abg. Dr. Withalm: Da werden wir noch einmal darüber reden! — Erneute Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am letzten Tag der Debatte über das Bundesfinanzgesetz für 1974 stellen wir mit Genugtuung fest, daß das Budget auch heuer vom Nationalrat zeitgerecht und im Sinne der gemeinsamen Vorstellungen der Bundesregierung und der sozialistischen Parlamentsfraktion verabschiedet wird.

Wir stellen darüber hinaus fest, daß das Budget, wie es von der Regierung dem Nationalrat vorgelegt wurde, praktisch ohne Alternative der Opposition geblieben ist. In früheren Jahren hat es mehrfach einen Minderheitsbericht der Opposition zum Budget gegeben, in dem die Opposition ihre eigenen abweichenden Vorstellungen niedergelegt hat. Heuer hat es nicht einmal zu einem Minderheitsbericht der ÖVP gereicht. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Damit bin ich bei einigen kritischen Feststellungen angelangt, die unserer Meinung nach nicht unausgesprochen bleiben dürfen.

Zunächst die Frage der sachlichen Ergiebigkeit dieser Budgetdebatte. Die Regierungspartei könnte es sich leicht machen und sagen, unsere Aufgabe war und ist, die Beschlußfassung des Bundesfinanzgesetzes zu sichern. Alles Weitere, die sachliche Kritik am Budget, das Vorbringen sachlicher Alternativen, ist Angelegenheit der Opposition. Und wenn in der Öffentlichkeit heuer der Eindruck vorherrscht, daß es schon lange keine so lustlose, farblose und alternativlose Budgetdebatte gegeben hat, so fällt das zur Gänze der Opposition zur Last. Aber wir wollen uns nicht so einfach damit abfinden, denn wir glauben, daß es so etwas wie eine gemeinsame Verantwortung aller Parlamentarier gegenüber der Öffentlichkeit für das parlamentarische Geschehen gibt.

Gerade deshalb ist es notwendig, einige Dinge sehr deutlich auszusprechen, um auch

Robert Welsz

zu entsprechenden Schlußfolgerungen zu kommen:

Erstens: Es war einfach unübersehbar, daß der Opposition gegenüber dem Vorjahr kaum ein einziges neues Argument eingefallen ist. (*Abg. Dr. Gruber: Viele!*) Wenn man aber nur alte Argumente wiederholt — und damit hat ja schon Ihr Parteiobmann als erster Redner der Budgetdebatte begonnen —, darf man sich nicht wundern, daß das Interesse der Öffentlichkeit an einer solchen Art der Budgetdebatte rapid zurückgeht. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Zweitens: Die ÖVP hat bei jedem einzelnen Budgetkapitel Redner ans Pult geschickt, die in immer neuen Varianten erklärt haben, die Ausgaben für das betreffende Budgetkapitel seien zu niedrig: es sei zu wenig Geld für die soziale Verwaltung, es sei zu wenig Geld für die Gesundheit, es sei zu wenig Geld für die Wissenschaft, es sei zu wenig Geld für die Schulen, es sei zu wenig Geld für die Landwirtschaft, es sei zu wenig Geld für das Gewerbe, et cetera veranschlagt. Das haben mehr als 100 Redner der ÖVP vorgetragen.

Nur auf einen einzigen Redner haben wir vergeblich gewartet: Auf jenen Redner der Opposition, der die Forderungen seiner Kollegen ernst genommen, Papier und Bleistift zur Hand genommen und sich der Rechnungsart der Addition bedient hätte, um zu addieren, was das für den Gesamthaushalt bedeutet. Auf diesen Redner der Opposition haben wir vergeblich gewartet. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Offensichtlich deshalb, weil Sie Ihre eigenen Forderungen nicht ernst nehmen. Daher dürfen Sie sich aber auch nicht wundern, daß auch wir Ihre Forderungen nicht ernst nehmen. Nur eines sagen wir Ihnen mit aller Deutlichkeit: Auf diese Art werden Sie den Vorwurf, eine Lizitationspartei zu sein, nicht los werden, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.*)

Und drittens: Noch etwas mußte jedem Beobachter des parlamentarischen Geschehens heute und in den vergangenen Tagen auffallen: die Tatsache, daß Sie auch nicht den geringsten Versuch gemacht haben, in irgendeiner Weise zu differenzieren, sondern daß Sie pauschal und monoton bei jedem Kapitel versucht haben, die Leistungen des betreffenden Regierungsmitgliedes und seiner Mitarbeiter in gleicher Weise in Bausch und Bogen abzustreiten, abzuwerten und zu negieren.

Meine Damen und Herren! Das glaubt Ihnen ja niemand in einem Land, dessen Wirtschaft sich so großartig entwickelt hat, in einem

Land, wo gerade in den letzten Jahren entscheidende gesetzgeberische Reformen verwirklicht wurden, in einem Land, in dem die vielfältigsten Initiativen gesetzt wurden. Und darum, meine Damen und Herren, wird sich in der Öffentlichkeit das Gefühl, daß es sich bei der ÖVP um eine Nein-Sager-Partei handelt, nicht reduzieren, sondern nur verstärken. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Der Ruf der ÖVP als Nein-Sager-Partei wird sich festigen in jenem Umfang, in dem die Verwirklichung des Regierungsprogramms Fortschritte macht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Im Vorjahr hat die Budgetdebatte unmittelbar nach einem Parteitag der ÖVP stattgefunden, nach einem Parteitag, auf dem sich die Volkspartei ein neues Programm gegeben hat. Ein Programm, an das viele Versprechungen und Ankündigungen geknüpft wurden. Seither ist ein Jahr vergangen, und es ist merkwürdig, aber wahr: das Programm der ÖVP ist völlig in Vergessenheit geraten. Die einzigen, die es hie und da noch erwähnen, sind sozialistische Abgeordnete, die Sie daran erinnern, wie sehr es in Vergessenheit geraten ist.

Heuer fand die Budgetdebatte nach einer Klausurtagung des ÖVP-Parlamentsklubs statt, in deren Verlauf der Vorsatz gefaßt wurde, zum Unterschied von der Vergangenheit eine differenziertere Oppositionspolitik zu betreiben. Abgesehen davon, daß in diesem Vorsatz das Eingeständnis steckt, daß Ihre bisherige Oppositionspolitik eben wenig differenziert war, ist dieser Vorsatz noch kurzlebiger geblieben als Ihre vorjährigen Ankündigungen. Der Vorsatz einer differenzierten Oppositionspolitik hat nicht einmal die Budgetdebatte überstanden. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn in der Öffentlichkeit übereinstimmend der Eindruck entstanden ist, daß die zweitägige Strafrechtsdebatte eine gute, interessante und niveauvolle Diskussion gebracht hat, während die zwöftägige Budgetdebatte nur wenig Neues und viel Leerlauf brachte, so liegt das nicht etwa daran, daß etwa beim Strafrecht andere oder bessere Redner gesprochen hätten, sondern es liegt daran, daß über 200 Redner, die zu einem Budget sprechen, sich notgedrungenerweise wiederholen müssen und eine Spannung nicht aufkommen kann, was nicht zuletzt auch auf die Präsenz negative Auswirkungen hat.

Es ergeht daher neuerlich an Sie die Einladung, einer wirklichen Reform der Budgetdebatte zuzustimmen, im wohlverstandenen

Robert Weisz

Interesse unseres Parlaments und im wohlverstandenen Interesse seiner Abgeordneten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen über die weitere Entwicklung in unserem Land machen. Die Bevölkerung erwartet von einer Bundesregierung und einer Parlamentsmehrheit klare Entscheidungen, und niemand kann bestreiten, daß wir bereit und in der Lage sind, klare Entscheidungen zu treffen. Klare Entscheidungen entweder mit den anderen Parteien oder, wenn nötig, auch allein.

Die Beschlüsse über unser Verhältnis zur EWG, über die Einführung der Mehrwertsteuer, über die große Stahlfusion, über die große Strafrechtsreform, über die neue Gewerbeordnung, über das Arbeitsverfassungsgesetz und vieles andere mögen als Beispiel und als Beweis dafür dienen. Wir werden auch in Zukunft klare Entscheidungen treffen und treffen müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Einige Materien werden ja in wenigen Wochen oder Monaten zur Beschlußfassung heranstehen. Ich denke da an den Beharrungsbeschuß beim Strafgesetz, an die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten auf dem Gebiet der Lohnfortzahlung, an das Familienberatungsförderungsgesetz, an das Rundfunkgesetz, das Mietengesetz, das Krankenanstaltengesetz, das Tierseuchengesetz und viele andere.

Meine Damen und Herren! Es ist uns voll bewußt, daß zu diesen Problemen durch die Entwicklung der letzten Wochen und Monate noch zusätzliche große Aufgaben hinzukommen. Aber auch diese großen Aufgaben — und gerade diese Aufgaben — verlangen eine entscheidungsfreudige Regierung, mit einem Wort: eine klare Führung unseres Landes.

In letzter Zeit konnte man bemerken, daß manche Leute der Meinung sind, es gäbe nur zwei Alternativen: entweder die Führung des Landes durch die sozialistische Regierung so wie bisher oder Zusammenarbeit der Parteien auf breiterer Basis. Wir betrachten das als eine falsche Alternative, denn unser Konzept lautet: Klare Führung des Landes durch die auf Grund der Wählerentscheidung bestellte Bundesregierung und Zusammenarbeit in jenen Gremien, die für eine solche Zusammenarbeit vorgesehen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, laden wir Sie ein, an der Lösung der gestellten Aufgaben als konstruktive Opposition mitzuwirken. In diesem Sinne laden wir aber auch die Wirtschaftspartner ein, ihre verantwortungsbewußte Politik fortzusetzen. Und in diesem Sinne

laden wir vor allem alle Bürger dieses Landes ein, sich nicht in eine Panikstimmung versetzen zu lassen, sondern besonnen zu bleiben, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu bedenken und die Bundesregierung bei ihrer bestimmten nicht leichten Aufgabe zu unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auf diese Weise werden wir die auf uns zukommenden Probleme lösen können, die Vollbeschäftigung sichern und alle Bewährungsproben der nächsten Zeit bestehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Glaser.

Abgeordneter **Glaser (ÖVP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf verschiedene Bemerkungen des sozialistischen Klubobmannes Weisz eingehe, erlauben Sie mir noch zu einem Thema Stellung zu nehmen, das im Laufe der Beratungen nicht behandelt wurde und das zumindest für jenes Bundesland, das ich hier teilweise zu vertreten die Ehre habe, von außerordentlicher Bedeutung ist.

Zum Ressort des Finanzministers gehören auch die Salzbergwerke und die Salinen. In meinem Heimatland Salzburg war die Salzgewinnung seit Menschengedenken von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung, ja der Name Salzburg kommt vom Salzbergbau her. War das Salz einst nur zum Schmachhaft- oder Haltbarmachen der Speisen bestimmt, so ist heute das Salz ein wesentlicher Grundstoff für die chemische Industrie.

In Hallein, der zweitgrößten Stadt Salzburgs, entwickelte sich daher auch eine große blühende Industrie mit zahlreichen Betrieben, die gemeinsam mit dem Salzbergbau einem Großteil der dortigen Bevölkerung Arbeit und Brot sichern. Das war bis vor einigen Jahren gut und recht so.

Seit aber Dr. Androsch Finanzminister ist, wird auch an einer Reorganisation der österreichischen Salinen gearbeitet. Immer häufiger, meine Damen und Herren, sickern in diesem Zusammenhang Meldungen durch, daß an eine Einstellung des Salzbergbaues in Hallein und an eine Schließung dieser Saline gedacht wird.

In großer und verständlicher Sorge wendeten sich in den letzten Monaten alle kompetenten Salzburger Stellen und viele Mandatäre, vor allem Landeshauptmann Dr. Ing. Lechner, an den Finanzminister, um von ihm eine klare Stellungnahme für die Sicherung des Salzbergbaues und der Saline Hallein zu erhalten.

Für Minister Androsch hat sich bisher offenbar kein Grund ergeben, dazu klar Stellung zu nehmen. Herr Minister Androsch

Glaser

redet sich im wesentlichen auf eine Kommission aus, die ein Gutachten erarbeiten soll. Dem Vernehmen nach jedoch, meine Damen und Herren, wird von dieser Kommission empfohlen, in Österreich nur einen einzigen Salinenbetrieb zu erhalten.

Herr Bundesminister Dr. Androsch! Ich glaube, es wird höchste, ja allerhöchste Zeit, daß Sie klar zum Ausdruck bringen, was Sie hinsichtlich der Saline und des Salzbergbaues in Hallein vorhaben. Die in der Saline Hallein und im Salzbergwerk Beschäftigten, ebenso aber auch die vom Bezug der Sole abhängigen Industriebetriebe mit ihren rund tausend Arbeitern und Angestellten haben ein Recht darauf zu erfahren, ob ihre Arbeitsplätze weiterhin gesichert sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gestern hörten wir vom Herrn Handelsminister unter anderem, daß diese Regierung eine moderne Industriepolitik betreibe. Soll etwa das moderne Industriepolitik sein, Betriebe zuzusperren und anderen die Rohstoffquellen zu entziehen? Soll es etwa eine Vorsorgemaßnahme sein, in Erwartung von Krisenzeiten Salz- und Soleproduktion auf einen einzigen Platz in Österreich zu konzentrieren? Glauben Sie, Herr Finanzminister, daß etwa die Österreichischen Bundesbahnen, für die in Ihrem Normalbudget nicht ein einziger Schilling für die Anschaffung eines neuen Waggons vorgesehen ist, in der Lage sein werden, die Sole in entsprechendem Ausmaß nach Hallein zu transportieren? Ist Ihnen, Herr Bundesminister Dr. Androsch, denn nicht klar, daß, selbst wenn der Transport technisch möglich ist, dies zu einer wesentlichen Verteuerung der Endproduktion und damit auch zu einer Minderung der Konkurrenzfähigkeit der betroffenen Betriebe führen wird?

Vielleicht werden Sie, Herr Finanzminister, nun sagen, daß die Salzlager nicht mehr entsprechend ergiebig sind. Dem muß aber entgegengehalten werden, daß den Salzburger Forderungen nach neuen Probebohrungen, nach seismotechnischen und nach geologischen Untersuchungen nicht entsprochen wurde. Solange derartige Untersuchungen nicht in ausreichendem Maße durchgeführt wurden, kann über die Ergiebigkeit der Salzlagerstätten kein Urteil gesprochen werden.

Vor kurzem, meine Damen und Herren, erhielten wir Informationen über neue Salzfunde im bayrischen Nachbarland, vor allem im Raum Bayerisch-Gmain bis etwa zehn Meter an die österreichische Staatsgrenze heran. Es ist wirklich nicht anzunehmen, daß die Salzlager dort aufhören sollten, wo sich die österreichisch-deutsche Staatsgrenze befindet.

Herr Bundesminister Androsch! Ich fordere Sie sehr, sehr ernst auf, dafür zu sorgen, daß die von mir angeführten Untersuchungen ehestens durchgeführt werden.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß einmal davon gesprochen wurde, wegen zu geringer Ergiebigkeit den Kupferbergbau in Mühlbach am Hochkönig zu schließen. Es war aber unter der Regierung Dr. Klaus möglich, große neue Bohrungen durchzuführen, die letzten Endes fruchtbar geworden sind, und heute ist der Kupferbergbau in Mühlbach am Hochkönig durch die Erschließung neuer Adern auf Jahrzehnte hinaus gesichert. Ganz abgesehen davon, daß mit der Produktion von Kupfer in Österreich auch in wirtschaftlicher Hinsicht echte Vorsorgepolitik betrieben wurde.

Handeln Sie endlich, Herr Dr. Androsch, in bezug auf die Salzbergwerke und Salinen! Drücken Sie sich nicht um eine Entscheidung herum! Nehmen Sie endlich den mehr als tausend Salzburger Familien die Sorge um ihren Arbeitsplatz und der Salzburger Wirtschaft die Sorge um die weitere Entwicklung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Budgetdebatte geht in die Schlußrunde. Auch ich habe nicht die Absicht, die seltene Gelegenheit, vor fast vollem Haus reden zu können, restlos auszunützen. Aber ein paar Themen anzuschneiden müssen Sie mir schon noch gestatten.

Zweimal, meine Damen und Herren und vor allem Herr Finanzminister, habe ich von diesem Pult aus im Laufe der Diskussion die Frage angeschnitten, warum Sie Steuereinnahmen nicht zeitgerecht auch statistisch erfassen. Ich habe auf Expertenmeinungen hingewiesen, wonach Sie etwa 4 bis 5 Milliarden Schilling — es gibt Experten, die auch noch höhere Beträge nennen — nicht in der Steuerstatistik aufscheinen lassen, sondern unter dem Vorwand, daß die elektronische Datenverarbeitung dies momentan nicht gestatte, diese Beträge nur in Verwahrung halten. Herr Bundesminister Dr. Androsch, ich stelle fest: Bis heute haben Sie zu diesem schweren Vorwurf nicht Stellung genommen.

Ich darf mich nun den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Weisz zuwenden und zunächst einmal festhalten, daß die Budgetberatungen im Plenum einvernehmlich für elf Tage geplant waren und daß, wie wir wohl alle anerkennen müssen, diese Terminpläne auch eingehalten werden konnten. Daß sie eingehalten werden konnten, sehe ich aber vor allem auch als einen Beweis für die Kooperationsbereitschaft der Österreichischen

Glaser

Volkspartei an. Denn, meine Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses, um nur ein Beispiel anzuführen: Wir haben während dieser ganzen Zeit, zum Unterschied von Beratungen, wo Sie die Oppositionsbänke drückten, nicht eine einzige dringliche Anfrage eingebracht. Grund dazu, meine Damen und Herren, wäre mehr als einmal gewesen.

Zur derzeitigen Arbeitsweise des Nationalrates kann man wohl verschiedene Gedanken äußern. Aber, Herr Klubobmann Weisz, auch das möchte ich vor dem Hause betonen: Der Herr Abgeordnete Weisz gehört zu jenen nicht gerade zahlreichen sozialistischen Abgeordneten, die in ihrer Grundeinstellung zur Demokratie und damit auch zu anderen Parteien immer wieder zum Ausdruck bringen: Gespräch ist das wesentlichste! Etwas, was ich ausdrücklich hier festhalten möchte, etwa zum Unterschied von jenen, die sich unter dem Titel „Jusos“ und ähnlichen Bezeichnungen hier im Hause herumtreiben oder hin und wieder von diesem Pult aus ihre alles andere als demokratiefreundlichen Meinungen von sich geben.

Herr Abgeordneter Weisz! Seit 1945, also seit beinahe dreißig Jahren, gehört es zur Tradition des österreichischen Nationalrates, daß die Herbstwochen den Beratungen des Budgets gewidmet sind und damit auch einer Beratung der gesamten Regierungstätigkeit, einer Beratung der gesamtpolitischen Situation. Ich glaube, man muß die Budgetberatung auch von der Warte aus betrachten, daß sie im wesentlichen die nur einmal im Jahr vorhandene Gelegenheit darstellt, zu allen unsere Mitbürger drückenden Problemen Stellung zu nehmen.

Seit dem 27. November, also innerhalb von 23 Kalendertagen, haben wir nun — und das ist neu bei diesen Budgetberatungen des Herbstes 1973 — bereits 166 Sitzungsstunden, denn neben diesem Budget und vor diesem Budget wurden in diesem Herbst ja außerordentlich große weitere Gesetzesmaterien verabschiedet. Ich wiederhole, daß das bisher im allgemeinen nicht üblich war, sondern daß derart wichtige Gesetze nicht die Budgetberatungen beeinflusst haben.

Wenn ich sage, daß wir bereits mehr als 166 Sitzungsstunden in diesen 23 Kalendertagen abgeführt haben, dann darf ich auch darauf hinweisen, daß das etwas mehr als die Hälfte der Jahressitzungszeit des Deutschen Bundestages ausmacht. Und dort sind bekanntlich 518 Abgeordnete. Also ein Vergleich mit dem österreichischen Parlament zeigt hier deutlich, daß unser Parlament viel länger und viel häufiger zusammentritt und viel längere Beratungen durchführt.

Wenn ich an 166 Sitzungsstunden innerhalb von 15 Sitzungstagen oder, wenn man die Gesamtzeit zusammenrechnet, rund drei Wochen denke, dann stellt sich — es möge niemand böse sein und das falsch verstehen — schon unwillkürlich die Frage, ob es überhaupt einem Menschen zugemutet werden kann, fast 170 Stunden innerhalb von 15 Tagen nur politische Reden anzuhören. Es ist auch verständlich, daß während so langer Beratungen neben diesen Verhandlungen verschiedene andere Konferenzen, Sitzungen stattfinden, weil ja das übrige politische Leben nicht vollkommen lahmgelegt werden kann.

Meine Damen und Herren! Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Weisz möchte ich noch etwas sagen. Ich glaube, im Rahmen dieser Budgetberatungen haben die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei in klarer und verständlicher Form — und ich weiß, daß Ihnen das immer weh getan hat — vor allem auch gegenübergestellt: die sozialistischen Versprechungen und die sozialistischen Handlungen! Die Abgeordneten der ÖVP haben die Sozialisten daran erinnert, was sie gefordert, verlangt oder beantragt haben, solange sie Oppositionspartei waren, und haben dem gegenübergestellt, wie kläglich nun ihre Handlungen, verglichen mit den Forderungen von damals, geworden sind.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch dem Herrn Abgeordneten Weisz, wenn er meinte, die österreichische Öffentlichkeit hätte für die Argumentation der ÖVP-Abgeordneten wenig Verständnis und würde diese Art nicht gerade gut beurteilen, sagen: Ich glaube, das Urteil, das die Öffentlichkeit im Laufe des letzten Jahres über die Sozialistische Partei und über die Österreichische Volkspartei gesprochen hat, ist bei diversen Wahlen klar zugunsten der Österreichischen Volkspartei ausgefallen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Weisz! Wenn die Beurteilung des österreichischen Volkes in ähnlicher Form auch im nächsten Jahr so ausfallen wird — das möchte ich persönlich etwa als Landesparteiobmann der ÖVP von Salzburg sagen —, bin ich mit diesem Urteil der österreichischen Bevölkerung, auch mit der Arbeit, mit der Argumentation und mit der Leistung der Österreichischen Volkspartei hoch zufrieden.

Meine Damen und Herren! Aus der „Parlamentskorrespondenz“ geht noch etwas sehr Interessantes hervor. Die gesamten Sitzungsberichte in den Stenographischen Protokollen weisen aus den 20 Jahren Koalition rund 26.500 Druckseiten auf. Aber bereits in den 7¾ Jahren, seit es Alleinregierungen gibt, hat

Glaser

das Stenographische Protokoll, laut Angabe des Stenographenamtes, jetzt bereits rund 29.000 Druckseiten erreicht.

Wenn man da jetzt den Dienstpostenstand des Nationalrates damit vergleicht, so hat etwa der Dienstpostenplan des Nationalrates für das Budget 1964 eine Gesamtzahl von 132 vorgesehen; der Dienstpostenplan für das Jahr 1974 sieht für den Bereich des Nationalrates, also der Bundesgesetzgebung, insgesamt 187 Posten vor; das ist rund eine Steigerung von 40 Prozent, aber eine Arbeitssteigerung auf fast das Dreifache. Ich glaube, daß es daher angebracht ist, gerade unter Hinweis auf diese Tatsache allen Bediensteten des Nationalrates von dieser Stelle aus besondere Anerkennung auszusprechen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Darf ich zum Schluß kommen und den Abgeordneten der Sozialistischen Partei, vor allem ihrem Klubobmann, noch ein paar Er widerungen sagen. Es wurde gefragt, wo denn eingespart werden kann. Herr Abgeordneter Weisz! Sie wissen genauso gut wie ich und genauso gut wie der Herr Bundeskanzler oder der Herr Finanzminister, daß allein beim Monsterprojekt des UNO-City-Gebäudes Milliarden eingespart werden können! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Einer unserer Abgeordneten hat eine lange Liste der Repräsentationskosten vorgelesen und Vergleiche zwischen 1974 und 1969 angestellt. Herr Bundeskanzler! Hier ist wieder ein Gebiet, auf dem es möglich wäre, Einsparungen zu tätigen.

Ich habe am Beginn der Budgetberatungen im Rahmen der ersten Lesung auf eine Reihe von Broschüren hingewiesen, die in den letzten Tagen — inzwischen sind eine Menge neuer dazugekommen — von den einzelnen Ministern und Ministerien nicht nur den Abgeordneten, sondern breiten Kreisen der Öffentlichkeit zugekommen sind. Ich habe daran erinnert, daß Sie dies, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, als Sie Oppositionsabgeordnete waren, als Propagandakosten nicht nur kritisiert haben, sondern verlangt haben, daß das abgeschafft wird. Die Tatsache, wie auf fast allen Gebieten, ist die, daß, seit Sie die Alleinverantwortung tragen, die Kosten für die Propagandazwecke der Regierung sehr wesentlich gestiegen sind.

Meine Damen und Herren! So kann man Posten um Posten anführen, wo Sie verschwenden, wo Sie zuviel ausgeben, wo es zweckmäßigere Verwendungsmöglichkeiten gäbe.

Ich wiederhole daher: Die Abgeordneten der ÖVP haben im Laufe dieser Budgetberatungen überzeugend und verständlich dargestellt, warum sie dieses Budget als schlecht ablehnen, warum sie damit auch dieser Regierung nicht zustimmen können. Daher werden wir auch dem Budget unsere Zustimmung verweigern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter ein Schlußwort? — Bitte.

Generalberichterstatter Josef Schlager: Herr Präsident! Hohes Haus! Zum Schluß dieser Debatte gestatte ich mir, als Generalberichterstatter einige interessante Punkte über die Statistik, die ich geführt habe, zu bringen.

Es ist heute schon gesagt worden, daß die Budgetdebatte im Plenum 11 Tage beziehungsweise rund 111½ Stunden gedauert hat. Ebenso wurde bemerkt, daß der Fahrplan gegenüber früheren Jahren diesmal äußerst präzise eingehalten worden ist.

Die von den Klubvorständen empfohlene Redezeit von 20 Minuten wurde von 82 Abgeordneten eingehalten. Zählt man die Hauptredner weg, denen man eine längere Redezeit zubilligen muß, dann haben sich rund 80 Abgeordnete nicht an diese Empfehlung gehalten. Gerechterweise muß ich dazusagen, daß von diesen Abgeordneten rund die Hälfte diese Redezeit nur um einige Minuten überschritten haben.

Die längste Rede in dieser Debatte hielt der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi mit 72 Minuten. Die kürzeste Rede hielt, sieht man von den Berichtigungen ab, der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier mit 5 Minuten. Wenn man aber diese Rede als Feststellung wertete, dann hätte der Herr Abgeordnete Kosteletzky mit 7 Minuten die kürzeste Rede gehalten.

Von den Ministern hat der Herr Landwirtschaftsminister die Frau Wissenschaftsminister in seiner Rede um 1 Minute übertroffen, nämlich mit 54 Minuten gegenüber 53 Minuten.

Hohes Haus! Ich habe auch über jedes einzelne Kapitel eine ausführliche Statistik angefertigt, und es steht jedem frei, in diese Statistik Einblick zu nehmen.

Sehr interessant, meine Damen und Herren, ist natürlich auch die Anwesenheitsstatistik. Die Anwesenheitsquote lag immer zwischen 20 und 50 Prozent, außer bei den Abstimmungen und vor den Abstimmungen, wo natürlich eine hundertprozentige Präsenz zu verzeichnen war. Ich darf jedoch darauf hinweisen, daß gerade in diesen Weihnachtstagen unzählige

Josef Schlager

Delegationen bei Abgeordneten vorgeschrieben haben, was wohl auch ein Grund war, warum nicht immer eine so große Präsenz, wie sie zu wünschen wäre, gegeben war.

Das sollte nur ein kurzer Überblick über die Statistik der Budgetdebatte sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XI.

Diese umfaßt das Kapitel 50 mit dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags, die Kapitel 51 bis 53, das Kapitel 54 einschließlich des dazugehörigen Teiles des Konjunkturausgleich-Voranschlags, die Kapitel 55 bis 57, 59 und 73 bis 76 in der Fassung des Ausschlußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Die zu dieser Beratungsgruppe eingebrachten Entschließungsanträge werden nach der dritten Lesung zur Abstimmung gebracht.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz und die dazugehörigen Anlagen, soweit über diese nicht bereits abgestimmt wurde.

Es sind dies die Anlagen Ia bis Id sowie II a, Gesamtübersichten, der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes, die beide je eine Anlage zum Bundesvoranschlag darstellen, und Anlage III, Dienstpostenplan, in der Fassung des Ausschlußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit **a n g e n o m m e n.**

Damit ist die zweite Lesung über das Bundesfinanzgesetz 1974 samt Anlagen beendet.

Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Wird Einspruch erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

So bitte ich jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist in dritter Lesung mit Mehrheit **a n g e n o m m e n.**

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 eingebrachten **E n t s c h l i e ß u n g s a n t r ä g e.**

Eine Übersicht, in der die einzelnen Entschließungsanträge mit Nummern versehen wurden, ist allen Abgeordneten zugegangen. Ich werde über die Entschließungsanträge in dieser Reihenfolge abstimmen lassen.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 1 der Abgeordneten Kern und Genossen betreffend Maßnahmen zur Erhaltung der Kulturlandschaft. *(S. 8490.)*

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag beitreten, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir gelangen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 2 der Abgeordneten Dr. Schwimmer und Genossen betreffend Einbau der Hauskrankenpflege und des Versicherungsfalles der Pflegebedürftigkeit in den Pflichtleistungskatalog der sozialen Krankenversicherung. *(S. 9010.)*

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit und somit **a b g e l e h n t.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 3 der Abgeordneten Anton Schlager und Genossen betreffend Umwandlung der Zuschußrenten in Bauernpensionen. *(S. 9017.)*

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit und somit **a b g e l e h n t.**

Ich lasse über den Entschließungsantrag Nummer 4 der Abgeordneten Anton Schlager und Genossen betreffend Einführung der Frühpension in der Bauern-Pensionsversicherung abstimmen. *(S. 9019.)*

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir gelangen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 5 der Abgeordneten Dipl.-Ing. Tschida und Genossen betreffend die in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten Treibstoffe. *(S. 9099.)*

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag beitreten, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 6 der Abgeordneten Hagspiel und Genossen betreffend die Erhaltung des Siedlungs- und Kulturlandes in Berggebieten. *(S. 9136.)*

Präsident

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir gelangen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 7 der Abgeordneten Neumann und Genossen betreffend Bergbauförderung. (S. 9473.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 8 der Abgeordneten Dipl.-Ing. Tschida und Genossen betreffend Ostliberalisierung. (S. 9481.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Ich lasse nun über den Entschließungsantrag Nummer 9 der Abgeordneten Ofenböck und Genossen betreffend Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit auf Österreichs Straßen abstimmen. (S. 8973.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 10 der Abgeordneten Kinzl und Genossen betreffend Sicherstellung der Verpflegung für das Mob-Heer für eine angemessene Frist. (S. 8919.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir gelangen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 11 der Abgeordneten Regensburger und Genossen betreffend Sicherung der erforderlichen Mittel für den Wohnbau. (S. 8811.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Ich lasse nunmehr über den Entschließungsantrag Nummer 12 der Frau Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend Vorlage eines Umweltschutzberichtes abstimmen. (S. 9330.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 13 der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen betreffend Novellierung des Krankenpflegefachdienstgesetzes. (S. 9342.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 14 der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen betreffend Bericht der Bundesregierung über die Lage auf dem Gebiet des Umweltschutzes. (S. 9351.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 15 der Abgeordneten Dr. Pelikan und Genossen betreffend Novellierung des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Fonds „Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen“. (S. 9353.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Ich lasse nunmehr über den Entschließungsantrag Nummer 16 der Abgeordneten Doktor Zittmayr und Genossen betreffend pauschaler Vorsteuerabzug bei der Mehrwertsteuer und halber Satz für Handelsdünger abstimmen. (S. 9523.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 17 der Abgeordneten Dr. Broesigke und Genossen betreffend Novelle zum Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz. (S. 9533.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 18 der Abgeordneten Wielandner und Genossen betreffend Information des Nationalrates über wirtschaftspolitische Entwicklungen. (S. 9528.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung ertei-

Präsident

len, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. *Angenommen. (E 40.)*

Schließlich gelangen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 19 der Abgeordneten Wielandner und Genossen betreffend Prüfung der Einführung der Sommerzeit. (S. 9530.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 41.)

2. Wahl eines Mitgliedes in die Beratende Versammlung des Europarates

Präsident: Wir gelangen nunmehr zum 2. Punkt der Tagesordnung: Wahl eines Mitgliedes in die Beratende Versammlung des Europarates.

Es liegt mir der Vorschlag vor, für das ausgeschiedene Mitglied Peter Schieder Frau Anneliese Albrecht zu wählen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Schlußansprache

Präsident: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dieser Sitzung werden wir gleichzeitig auch die Arbeiten für das heurige Jahr beenden. Aus diesem Anlaß ist es mir ein Bedürfnis, einige Worte dem Rückblick auf das Geleistete und dem Ausblick auf das kommende Jahr zu widmen.

Ich will Sie mit dem Rückblick nicht lange aufhalten, zumal gerade die bedeutsamsten Beschlüsse, nämlich jene über ein neues Strafgesetzbuch, eine neue Gewerbeordnung und über das Arbeitsverfassungsgesetz noch nicht lange zurückliegen. Man hat vor allem die beiden erstgenannten Gesetze nicht zu Unrecht als „Jahrhundertgesetze“ bezeichnet. Und wenn es auch nicht möglich war, in dritter Lesung alle genannten Vorlagen einstimmig zu verabschieden, so darf ich doch mit Befriedigung feststellen, daß die Formulierungen aller vom Nationalrat gefaßten Beschlüsse unter maßgeblicher Mitwirkung sämtlicher Parteien dieses Hauses zustande gekommen sind.

Und noch etwas möchte ich hervorheben: Dank der Kooperationsbereitschaft aller parlamentarischen Fraktionen und letztlich aller Mitglieder des Hohen Hauses ist es heuer möglich gewesen, neben der Budgetdebatte und der Verabschiedung jener Gesetze, die auf die Einnahmen- oder Ausgabenseite des

Bundesvoranschlages unmittelbare Auswirkungen haben, auch noch weitere wichtige und umfangreiche Gesetzesvorhaben zu erledigen, ohne daß die für die Budgetdebatte vorgesehene Sitzungsdauer voll ausgeschöpft werden mußte.

Damit scheinen die allseits als richtig erkannten Bestrebungen zur Straffung der Budgetberatung erste, wenn vielleicht auch noch bescheidene Erfolge zu zeitigen. Niemand will die Redefreiheit der Abgeordneten einschränken; aber auch die heurige Budgetdebatte hat bewiesen, daß ein Allzuviel dem Ansehen der parlamentarischen Tätigkeit oft mehr schadet als nützt. Wir werden uns daher bemühen — schon im Interesse des rationellen Einsatzes unserer aller Arbeitskraft —, das heuer Erreichte noch zu verbessern; aber ich möchte es nicht unterlassen, Ihnen allen dafür zu danken, daß ein Teilerfolg erreicht werden konnte.

Wenn ich jetzt in Ihrer aller Namen auch allen jenen danke, ohne deren Mithilfe die erzielten Ergebnisse gar nicht möglich gewesen wären, so bedeutet dies nicht nur die Erfüllung einer konventionellen Verpflichtung. Es wäre ungerecht, gerade nach den letzten harten Wochen die eine oder andere Gruppe unserer Mitarbeiter oder gar einzelne besonders hervorzuheben. Ich möchte nur sagen, daß Ausmaß der Arbeit und Druck der Termine in den Monaten November und Dezember 1973 wohl alles Bisherige übertroffen haben, daß von Bediensteten des Hauses und teilweise auch der Staatsdruckerei deshalb sogar an Sonn- und Feiertagen gearbeitet werden mußte und daß schließlich die Parlementsleitung gerade in den letzten Wochen trotz des unfallbedingten Ausfalles eines leitenden Beamten allen Anforderungen nur gerecht werden konnte, weil jeder einzelne mehr als nur seine Pflicht getan hat und eine vorbildliche Organisation uns half, den Ablauf des Geschehens stets im Griff zu behalten. In diesem Sinne also vielen Dank unseren unmittelbaren und mittelbaren Helfern. (*Allgemeiner Beifall.*)

Ich möchte auch den Beamten der verschiedenen Ressorts, die uns vor allem in den Ausschlußberatungen zur Seite gestanden sind, sowie den Berichterstattern von Presse, Hörfunk und Fernsehen, die unsere Arbeit der Öffentlichkeit vermitteln halfen, herzlich danken. (*Neuerlicher allgemeiner Beifall.*)

Nun aber, Hohes Haus, ist es heuer nicht ganz so leicht wie in vergangenen Jahren, den Blick vom ausgehenden Jahr einfach mit frohen Glückwünschen auf das kommende zu richten. Wir alle wissen — und auch das österreichische Volk weiß es längst —, daß 1974 wahrscheinlich ein Jahr mit größeren

Präsident

Schwierigkeiten sein wird. Als einer, der wie viele Mitglieder dieses Hohen Hauses die schweren Zeiten der Ersten Republik mitgemacht hat und sich noch der Anstrengungen und Entbehrungen beim Wiederaufbau unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert, möchte ich es nicht als Krise bezeichnen, wenn — wie zu erwarten — die Zuwachsrate des Nationalproduktes kleiner wird, betriebliche Kapazitäten nicht mehr überbeansprucht und Lieferfristen daher kürzer werden, wenn sich Produktion und Arbeitsmarkt wieder besser aufeinander einstellen werden und dergleichen mehr; aber andererseits hat es auch keinen Sinn zu verschweigen, daß sich wahrscheinlich das Bild unserer Gesellschaft, die man nicht zu Unrecht als „Wohlstandsgesellschaft“, „Wegwerfgesellschaft“, „Vergeudungsgesellschaft“ und ähnliches bezeichnet hat, im kommenden Jahr erheblich ändern könnte. Ein so kleiner und von Einflüssen aus dem Ausland in mannigfacher Weise abhängiger Wirtschaftsraum wie der unserer Volkswirtschaft wird sich negativen Auswirkungen, die für die Weltwirtschaft und insbesondere die ökonomische Entwicklung der westlichen Industriestaaten im kommenden Jahr allgemein erwartet werden, nicht entziehen können.

Aber wie im menschlichen Leben überhaupt wird sich auch hiebei an uns die Frage richten, was wir aus der Situation, die wir nicht nur aus eigener Kraft entscheidend zu ändern vermögen, für unsere persönliche Daseinsgestaltung machen! Und es stellt sich die weitere Frage, ob die übersteigerte Wohlstandsgesellschaft überhaupt dazu beigetragen hat, den einzelnen glücklicher und die Gesellschaft menschlicher werden zu lassen.

Ich möchte nicht mißverstanden werden und nicht etwa als Konsum-Asket oder ähnliches abgestempelt werden. Aber ist es nicht der Überlegung wert, ob nicht beispielsweise der Druck der Leistungsgesellschaft erst so richtig das Problem der Alten geschaffen hat, die eben nicht mehr zur Wohlstandsmehrung beitragen können, und ob nicht derselbe Druck bisweilen die Kindererziehung etwas vernachlässigen ließ?

Wenn uns wieder stärker bewußt wird, daß materieller Wohlstand nicht alles bedeutet, daß das Lesen eines Buches, das Hören eines Konzertes, das Betrachten eines Kunstwerkes, das nicht nur dem Geschäfte oder ähnlichen Zwecken dienende Gespräch von Mensch zu

Mensch oder auch die Arbeit für andere in Sozialberufen eine persönliche Bereicherung darstellen, dann müßten wir eigentlich auch manche gesellschaftlichen Probleme leichter bewältigen können: dann würde man wohl in den Zügen der alten Menschen wieder die Generation erkennen und achten, die uns erzogen und ihre kulturellen Werte auf uns übertragen hat; und wir würden wahrscheinlich gleichzeitig mehr unsere Verpflichtungen gegenüber der heranwachsenden Jugend, gegenüber Armen und Hilflosen verspüren.

Diese Besinnung — so glaube ich, Hohes Haus — müßte auch auf die Politik übergreifen, als deren wesentlichen Inhalt man in den letzten Jahren nur allzuoft und allzu vereinfachend die Wohlstandsverteilung betrachtet hat. Richtig verstandene Politik aber ist mehr, und eine sich auf das Wesentliche besinnende Politik könnte dem demokratischen Rechtsstaat gewiß höhere Würde und Ansehen verleihen, als gegenwärtig sichtbar und für den einfachen Bürger erfahrbar wird.

Hohes Haus! Weihnachten und ein Jahreswechsel sind immer Anlaß zur Besinnung. Deshalb schien es mir der richtige Zeitpunkt, vor dem Nationalrat als dem obersten Repräsentanten des österreichischen Volkes einmal diese Gesichtspunkte einer möglichen kommenden Entwicklung aufzuzeigen.

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, und in Ihrer aller Namen dem österreichischen Volke daher ein schönes Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 1974, und zwar glücklich nicht in dem Sinn, daß uns alle Prüfungen und Beschwernisse erspart bleiben mögen — denn das wäre wohl vermessen und eine Illusion —, sondern in dem Sinne, daß es uns stets gelingen möge, was immer das Jahr 1974 bringen wird, in gemeinsamer Arbeit glücklich zu bestehen. (*Allgemeiner anhaltender Beifall.*)

Hohes Haus! Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung, die für Mittwoch, den 23. Jänner 1974, um 9 Uhr in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Unter dem Beifall des Hauses begeben sich die Klubobmänner Robert Weisz, Doktor Koren und Peter zum Präsidenten und erwidern im Namen ihrer Klubs die Wünsche.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 55 Minuten